

2022

Atlas der

# Zivil- gesellschaft



Freiheitsrechte unter Druck

**Schwerpunkt Digitalisierung**

Zahlen. Analysen. Interviews. Weltweit.

## Impressum

### Herausgeber

Brot für die Welt  
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.  
Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin  
Telefon +49 30 65211 0, Fax +49 30 65211 3333  
info@brot-fuer-die-welt.de  
www.brot-fuer-die-welt.de  
www.brot-fuer-die-welt.de/atlas-zivilgesellschaft

**Autor:innen** Kai Schächtele, Ingo Dachwitz, Felix Zimmermann,  
Chris Köver, Christine Meissler, Martina Hahn, Sven Hilbig

**Redaktion** Martina Hahn, Kai Schächtele, Christine Meissler,  
Maike Lukow, Thorsten Herdickerhoff, Franziska Reich, Camila Sanchez  
Ugalde, Annemarie Blohm (Fotos)

**Inhaltliche Verantwortung** Christine Meissler, Silke Pfeiffer, Kai Schächtele

**Projektleitung/CvD** Martina Hahn

**Idee** Anne Dreyer, Julia Duchrow

**V.i.S.d.P.** Klaus Seitz

**Layout und Satz** Lena Appenzeller

**Infografiken und Illustrationen** Sabine Hecher

**Portraits** Julian Rentzsch

**Art Direction** Nicole Liekenbröcker

**Gestaltungskonzept** Factor Design, Hamburg

**Korrektorat** Elena Bruns, Lingen

**Fotos** Hermann Bredehorst (S. 3), Darren Stewart/Gallo Images/Getty  
Images (S. 4, 17), Ajeng Dinar Ulfiana/Reuters (S. 4, 64), Marco Longari/  
AFP/Getty Images) (S. 5, 70), Walentyn Ogirenko/Reuters (S. 5, 76),  
Oswaldo Rivas/Reuters (S. 23), Rentsendorj Bazarsukh/Reuters (S. 27),  
Czarek Sokolowski/picture alliance/Associated Press (S. 31),  
Edgard Garrido/Reuters (S. 58), Teun Voeten/Panos Pictures (S. 62),  
Fotomontage: fizkes/Shutterstock 2020/Brot für die Welt (S. 69),  
Mark Henley/Panos Pictures (S. 74), Alexey Pavlishak/Reuters (S. 80)

**Redaktionsschluss dieser Ausgabe** 20. Februar 2022

© 2022 oekom verlag, München  
oekom - Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH  
Waltherstraße 29, 80337 München

**Druck** Friedrich Pustet GmbH & Co. KG

Alle Rechte vorbehalten  
ISBN 978-3-96238-379-4



Mitglied der  
**actalliance**

# Vorwort

**Z**ivilgesellschaftliche Organisationen leiden immer stärker unter Einschränkungen, Verboten und Repressionen: Wieder verloren weltweit viele Partnerorganisationen von Brot für die Welt ihre Registrierung oder konnten sie nicht mehr verlängern. Wieder mussten viele ihrer Mitarbeitenden das Land verlassen, um nicht verhaftet zu werden. Noch nie mussten so viele Organisationen in ihrem Ursprungsland geschlossen werden und ihre Arbeit aus dem Ausland fortsetzen. Dabei sind Menschenrechte und zivilgesellschaftliche Initiativen essenziell für Demokratie, Entwicklung und Frieden.

Vor diesem Hintergrund veröffentlichen wir nun zum fünften Mal den Atlas der Zivilgesellschaft gemeinsam mit CIVICUS, dem weltweiten Netzwerk für Bürgerbeteiligung. Die Daten des CIVICUS-Monitor spiegeln unsere eigenen Beobachtungen des weltweiten Trends wider: Der Handlungsraum zivilgesellschaftlicher Organisationen und Akteur:innen schrumpfte im vergangenen Jahr erneut. Die Zahl der Menschen, die in offenen Gesellschaften leben, sinkt weiter – und die der Menschen, die in Staaten leben, deren Regierungen die Zivilgesellschaft unterdrücken und schließen, wächst. 70 Prozent der Weltbevölkerung leben inzwischen in diesen Ländern, die der Atlas orange und rot darstellt.

14 Länder haben sich in ihrer Einstufung verschlechtert, darunter auch Polen, das nun neben Ungarn als zweites EU-Mitglied in der Kategorie „beschränkt“ eingestuft wird. Das zeigt, dass längst auch im Globalen Norden und der Europäischen Union die zivilgesellschaftlichen Handlungsräume zunehmend schrumpfen. Die Zahl der im Atlas der Zivilgesellschaft grün eingefärbten – also offenen – Länder in der EU hat mit zwölf einen neuen Tiefstand erreicht.

Deutschland gehört weiterhin zu den offenen Staaten. Doch auch hier ist die Situation für die Zivilgesellschaft nicht perfekt. Reporter ohne Grenzen hat Deutschland 2021 in der Rangliste der Pressefreiheit eine Kategorie abgewertet, weil Journalist:innen stärker als je zuvor von Protestierenden angegriffen



wurden. Des Weiteren ist zu beobachten, dass zivilgesellschaftliche Organisationen und Freiwillige, die sich etwa in der Flüchtlingsarbeit oder für Klima- und Umweltschutz engagieren, immer häufiger attackiert und bedroht werden. Nicht nur über die Sozialen Medien,

sondern auch physisch.

Hinzu kommt, dass weltweit die Digitalisierung an Bedeutung gewonnen hat und in immer mehr Bereiche hineinwirkt. Diesem Thema widmet sich daher der Schwerpunkt unserer Publikation. Denn Digitalisierung ist für die Aktivist:innen Chance und Problem zugleich: Mithilfe moderner Kommunikationskanäle können sie einerseits direkter und erfolgreicher informieren, mobilisieren, sich vernetzen. Andererseits können Autokrat:innen mittels Digitalisierung viel leichter Meinungsäußerungen zensieren und Menschen überwachen. Und doch kommen wir zu dem Fazit, das auch die 2021 erschienene Denkschrift der EKD „Freiheit digital. Die Zehn Gebote in Zeiten des digitalen Wandels“ teilt: Digitalisierung ist auch ein wichtiger Baustein für nachhaltige Entwicklung. Vorausgesetzt, dass Barrieren des Zugangs abgebaut und Menschenrechte respektiert werden.

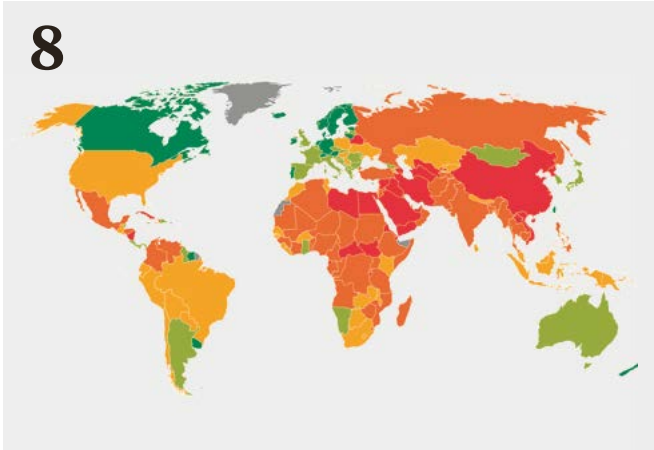
Bei allen Herausforderungen der Digitalisierung, die unser Schwerpunktteil beleuchtet, wird eines klar: Menschenrechtsorganisationen und NGOs, die sich mit Fragen der Digitalisierung beschäftigen, und viele andere setzen sich unermüdlich dafür ein, dass digitale Tools unser Leben bereichern und Schäden minimiert werden. Ob Nicht-Diskriminierung bei automatisierten Entscheidungen und künstlicher Intelligenz, bessere Regulierung der Exporte von Überwachungstechnologien, der biometrischen Erkennung oder der großen Tech-Konzerne, Vermeidung von Hasskriminalität, Bewahrung von Datenschutz oder Meinungsfreiheit online: Zivilgesellschaftliche Initiativen erfüllen auch hier ihre wichtige Watch-Dog-Funktion und wachen darüber, dass Menschen weltweit so viel wie möglich von technologischen Entwicklungen profitieren – und dabei Menschenrechte eingehalten werden.

**Dr. Dagmar Pruin**

Präsidentin von Brot für die Welt

# Inhalt

- 2 Impressum
- 3 Vorwort
- 6 Zusammenfassung
- 8 Weltkarte
- 10 Kategorien



---

# 1

## CIVICUS-Monitor: Verschärfte Bedingungen für die Zivilgesellschaft

### 13 CIVICUS-Report

Auch im zweiten Jahr haben Regierungen die Pandemie genutzt, um gegen Proteste vorzugehen und Gesetze zu erlassen, die die Freiheit einschränken. 14 Länder wurden von CIVICUS herabgestuft, nur eines konnte sich verbessern.

## Die Weltregionen

- 20 **Nord-, Mittel- und Südamerika** – In keiner Region gibt es mehr Morde an Journalist:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen.
- 24 **Asien-Pazifik-Raum** – Repressive Gesetze bedrängen die Zivilgesellschaft.
- 28 **Europa und Zentralasien** – Die Missachtung bürgerlicher Grundfreiheiten setzt sich fort – auch in etablierten Demokratien.
- 32 **Afrika südlich der Sahara** – In vielen Ländern hat das Militär die Macht übernommen.
- 35 **Naher Osten und Nordafrika** – In keiner anderen Region geraten Menschen so sehr unter Druck, wenn sie sich für Demokratie einsetzen.



## 2

### Schwerpunkt Digitalisierung: Gefahren und Chancen für die Zivilgesellschaft im Netz

- 38 **Der digitale Raum wird enger** – Das Internet als reines Freiheitsmedium ist Geschichte. Autoritäre Regime missbrauchen es.
- 42 **Interview** – Josephine Ballon verteidigt Opfer von Hass, Felix Reda die Grundrechte: ein Gespräch über Regulierung und Meinungsfreiheit.
- 46 **Brandbeschleuniger für Konflikte** – Facebook ist eine Gefahr für die Demokratie.
- 48 **Kontrolle durch biometrische Überwachung** – Digitalisierte Zugänge zu Sozialhilfen beschneiden die Rechte der Bedürftigsten.
- 50 **Überwachungsstaat: Made in Europe** – Weltweit nutzen Autokraten Technologie aus Europa, um die Bevölkerung zu unterdrücken.
- 51 **„Geld fließt nur in eine Richtung“** – Es gibt einen neuen, digitalen Kolonialismus. Auch der beutet Menschen im Globalen Süden aus.
- 52 **Nackt durch Daten früher und heute** – Was vor Jahrzehnten undenkbar war, ist heute Alltag.
- 54 **Maschine entscheidet über Mensch** – High-Tech bestimmt, wer soziale Leistung erhält.

## 3

### Zivilgesellschaft im Fokus

- 58 **Mexiko** – Kein anderes Land hat die Spionage-Software Pegasus so exzessiv eingesetzt.
- 64 **Indonesien** – Die Regierung nutzt ein Gesetz zur Regulierung des Online-Handels, um Kritiker:innen zum Schweigen zu bringen.
- 70 **Tansania** – Mit einem Internet-Shutdown sicherte der Präsident seine Wiederwahl.
- 76 **Ukraine** – Seit Beginn des Konflikts mit Russland sind Falschnachrichten ein zentraler Bestandteil der russischen Kriegsführung.



### Unsere Forderungen

- 82 **Was zu tun ist**  
Grundrechte müssen auch im Netz verteidigt werden. Politik und Gesellschaft können an vielen Punkten ansetzen.



- 84 **Quellen/Endnoten**

# Zusammengefasst

## 1

### Zahlen und Fakten

Nur 240 Millionen Menschen (drei Prozent) leben in den 39 offenen Staaten der Welt, in denen zivilgesellschaftliche Grundfreiheiten wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit garantiert sind. Das sind zehn Prozent weniger als im Jahr 2020. Zusammen mit elf anderen EU-Ländern gehört Deutschland weiterhin zu den offenen Ländern. 88 Prozent aller Menschen leben 2021 in Ländern, in denen die Zivilgesellschaft beschränkt, unterdrückt oder geschlossen ist. Das betrifft 6,9 Milliarden Menschen, die in Ländern leben, in denen Regierungen Grundrechte beschneiden, Kritiker:innen drangsalieren, verhaften und verfolgen. Das geschieht in sechs von zehn Ländern. 14 Länder werden gegenüber dem Vorjahr herabgestuft. Nur ein Land, die Mongolei, hat sich

verbessert und steigt in die Kategorie beeinträchtigt auf. Belgien, die Tschechische Republik und die Salomonen steigen in beeinträchtigt ab. Neben Südafrika und Botswana rutscht auch Polen als zweites EU-Land in die Kategorie beschränkt ab. Abgestiegen in unterdrückt sind Benin, Haiti, Jordanien, Mali, Mosambik und Singapur. Belarus und Nicaragua gelten nun als geschlossen. Frauen sind die am häufigsten von Einschränkungen und Repressionen betroffene Gruppe, gefolgt von Menschen, die sich für Land-, Arbeits- und LSBTI-Rechte einsetzen. Als häufigstes Instrument der Repression weltweit hat CIVICUS die Verhaftungen von Journalist:innen und Aktivist:innen dokumentiert.

## 2

### Schwerpunkt Digitalisierung

Vielfältig, unzensuriert, demokratiefördernd – das ist das Internet, hofften viele Menschen lange. Doch diese Attribute passen aus heutiger Sicht nicht – oder nur teilweise. Denn die großen digitalen Plattformen und das World Wide Web sind beides: Medien der Freiheit *und* der Kontrolle. Sie helfen der Zivilgesellschaft vielerorts, gefährden sie aber oft auch massiv. Denn einerseits nutzen zivilgesellschaftliche Organisationen, Aktivist:innen und Blogger:innen digitale Tools zur Organisation und Effizienzsteigerung ihrer Arbeit: Sie verbreiten über sie Analysen und Kampagnen und tauschen sich darüber aus. Andererseits schränken Regierungen weltweit durch Online-Zensur die Meinungs- und Pressefreiheit ein: Sie blockieren den Zugang zu bestimmten Webseiten oder Plattformen oder

sperren das Netz ganz und überwachen Aktivist:innen und Journalist:innen gezielt mit digitalen Technologien, oft Made in Europe. Die Herausforderungen an Politik, Plattformen und Zivilgesellschaft sind groß: Sie müssen aushandeln und entscheiden, was dem Hass im Netz und in den Sozialen Medien entgegengesetzt werden kann, ohne dass die Meinungsfreiheit eingeschränkt wird. Wie mehr Menschen gerade im Globalen Süden einen besseren Zugang zum Internet bekommen. Und wie sich die Datensammelwut der großen Tech-Konzerne und die damit für die Demokratie von Facebook & Co. ausgehenden Gefahren eindämmen lassen. Die zivilgesellschaftlichen Stimmen mehrten sich, die mehr menschenrechtsorientierte Regulierung und eine Eindämmung des digitalen Kapitalismus fordern.

---

## 3

### Länder

Vier Länderbeispiele im Atlas der Zivilgesellschaft illustrieren die Chancen, aber auch die Herausforderungen für zivilgesellschaftliches Engagement und Freiheitsrechte im digitalen Raum: In Mexiko wurden zahlreiche Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen mit der Spionagesoftware Pegasus ausgespäht. In Indonesien beschneiden Gesetze die freie Meinungsäußerung im Netz und in den Sozialen Medien. In Tansania ließ die Regierung einen Tag vor den Präsidentschaftswahlen 2020 mehrere Tage das Internet abschalten. Und in der Ostukraine spitzt sich der Konflikt durch die Verbreitung von Falschnachrichten weiter zu. Überwachung im digitalen Raum, Zensur, Netzsperrungen und Desinformation verletzen die Grundfreiheiten. Sie erschweren die Arbeit unserer

Partnerorganisationen und verkleinern ihre Handlungsräume. Doch die Zivilgesellschaft wehrt sich auch mithilfe digitaler Instrumente gegen staatliche Repression. Sie vernetzt sich und entwickelt neue Formate, um wirkungsvoller zu arbeiten. Die Brot für die Welt-Partnerorganisation Mental Health Service beispielsweise nutzt digitale Tools, um infolge des Kriegs traumatisierte Menschen in der Ostukraine zu therapieren. Und in Indonesien informiert die Organisation KontraS trotz einschränkender IT-Gesetze und Zensur über Soziale Medien die Öffentlichkeit und tauscht sich über diese Kanäle mit anderen Organisationen aus. Auf diese Weise übt sie auch Druck auf die Regierung aus.

---

## 4

### Unsere politischen Forderungen

Damit Menschenrechte weltweit geachtet werden und sich eine unabhängige Zivilgesellschaft engagieren kann, muss auch die Politik in Deutschland handeln. Bundesregierung und Bundestag müssen sich hierfür kompromisslos für eine unabhängige Zivilgesellschaft und die universellen Menschenrechte – auch im digitalen Raum – einsetzen. Deutsche Botschaften sollten sich stärker für Menschenrechte und deren Verteidiger:innen engagieren – und dafür, dass die Zivilgesellschaft vor Ort agieren und teilhaben kann. Die menschenrechtliche Verantwortung der deutschen politischen Entscheidungsträger:innen beginnt bei der eigenen Politik. Sie sollten den Export von Überwachungsprodukten bis auf Einzelfallgenehmigungen verbieten. Sie sollten sicherstellen, dass algorithmische Systeme, die

autonom entscheiden oder bei der Entscheidungsfindung helfen, nur nach einer Risikoprüfung eingeführt werden – diese dürfen keine Grundrechte beschneiden. Zudem sollte die deutsche Entwicklungszusammenarbeit den Zugang für alle zum Internet stärker fördern. Unsere politischen Vertreter:innen sollten sich außerdem dafür starkmachen, dass die Zensur einzelner Dienste sowie Internet-Shutdowns als Menschenrechtsverletzung geächtet werden. Auf internationaler Ebene muss ein völkerrechtlicher Rahmen entstehen, der festlegt, welche Pflichten die Staaten und welche Verantwortung die Unternehmen im digitalen Raum haben – und der garantiert, dass diese im Einklang mit den internationalen Menschenrechten stehen.



### CIVICUS-Einstufungen

- offen**
- beeinträchtigt**
- beschränkt**
- unterdrückt**
- geschlossen**
- Länder, zu denen CIVICUS keine Daten erhebt

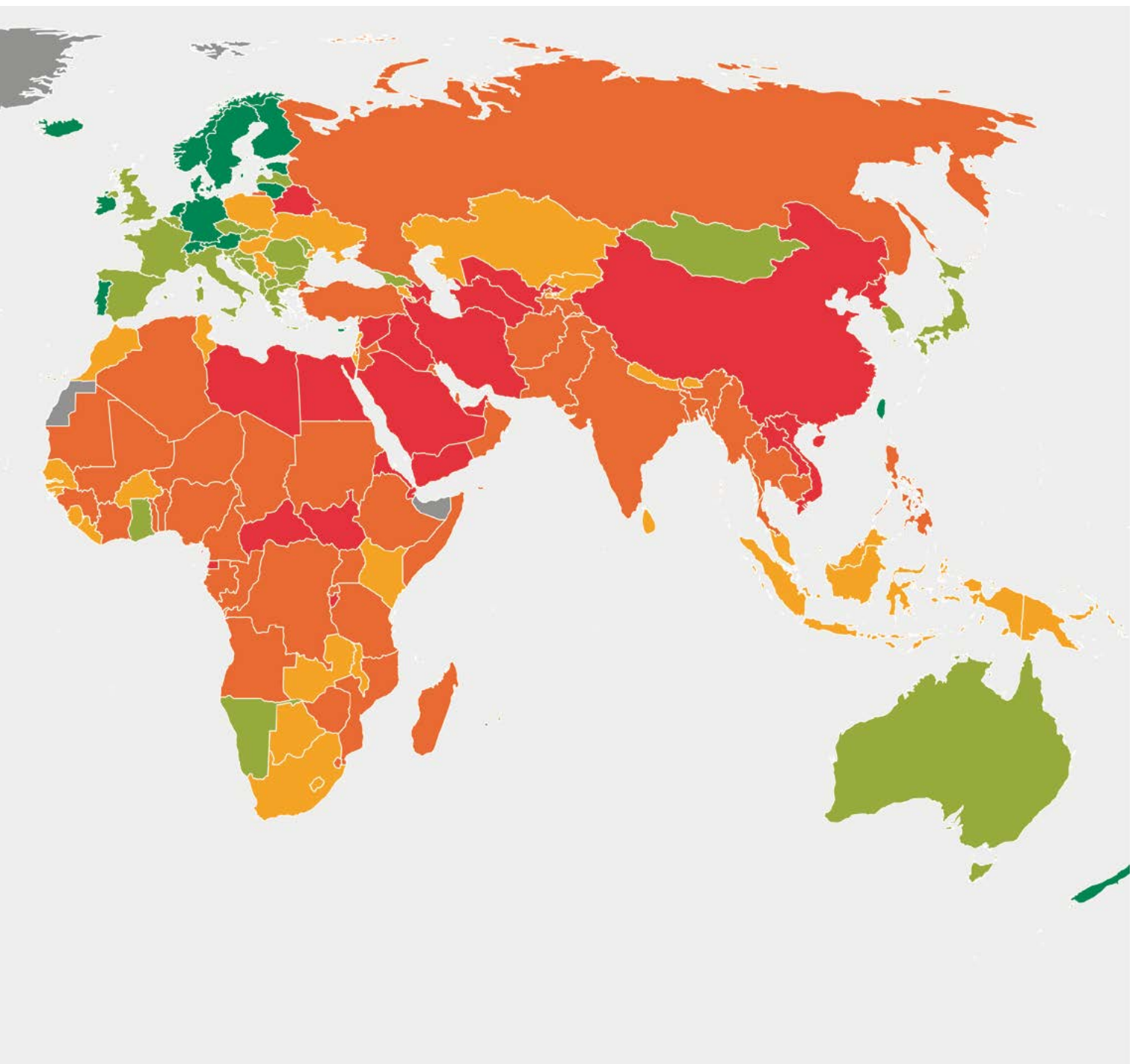
Siehe auch [www.brot-fuer-die-welt.de/atlas-zivilgesellschaft](http://www.brot-fuer-die-welt.de/atlas-zivilgesellschaft)

## Die Welt sieht rot: Zivilgesellschaft stark unter Druck

Afrika südlich der Sahara: **Angola** | **Äquatorialguinea** | **Äthiopien** | **Benin** | **Botswana** | **Burkina Faso** | **Burundi** | **Dschibuti** | **Elfenbeinküste** | **Eritrea** | **Eswatini** | **Gabun** | **Gambia** | **Ghana** | **Guinea** | **Guinea-Bissau** | **Kamerun** | **Kap Verde** | **Kenia** | **Komoren** | **Republik Kongo** | **Demokratische Republik Kongo** | **Lesotho** | **Liberia** | **Madagaskar** | **Malawi** | **Mali** | **Mauretanien** | **Mauritius** | **Mosambik** | **Namibia** | **Niger** | **Nigeria** | **Ruanda** | **Sambia** | **São Tomé und Príncipe** | **Senegal** | **Seychellen** | **Sierra Leone** | **Simbabwe** | **Somalia** | **Südafrika** | **Sudan** | **Südsudan** | **Tansania** | **Togo** | **Tschad** | **Uganda** | **Zentralafrikanische Republik**

Amerika: **Antigua und Barbuda** | **Argentinien** | **Bahamas** | **Barbados** | **Belize** | **Bolivien** | **Brasilien** | **Chile** | **Costa Rica** | **Dominica** | **Dominikanische Republik** | **Ecuador** | **El Salvador** | **Grenada** | **Guatemala** | **Guyana** | **Haiti** | **Honduras** | **Jamaika** | **Kanada** | **Kolumbien** | **Kuba** | **Mexiko** | **Nicaragua** | **Panama** | **Paraguay** | **Peru** | **St. Kitts und Nevis** | **St. Lucia** | **St. Vincent und die Grenadinen** | **Surinam** | **Trinidad und Tobago** | **Uruguay** | **Venezuela** | **Vereinigte Staaten von Amerika**





Asien/Pazifik: **Afghanistan** | Australien | **Bangladesch** | **Bhutan** | **Brunei** | **China** | **Fidschi** | **Indien** | **Indonesien** | **Japan** | **Kambodscha** | **Kiribati** | **Laos** | **Malaysia** | **Malediven** | **Marshallinseln** | **Mikronesien** | **Mongolei** | **Myanmar** | **Nauru** | **Nepal** | **Neuseeland** | **Nordkorea** | **Osttimor** | **Pakistan** | **Palau** | **Papua-Neuguinea** | **Philippinen** | **Salomonen** | **Samoa** | **Singapur** | **Sri Lanka** | **Südkorea** | **Taiwan – Province of China (offizielle UN-Bezeichnung)** | **Thailand** | **Tonga** | **Tuvalu** | **Vanuatu** | **Vietnam**

Europa/Zentralasien: **Albanien** | **Andorra** | **Armenien** | **Aserbaidshan** | **Belarus** | **Belgien** | **Bosnien-Herzegowina** | **Bulgarien** | **Dänemark** | **Deutschland** | **Estland** | **Finnland** | **Frankreich** | **Georgien** | **Griechenland** | **Großbritannien** | **Irland** | **Island** | **Italien** | **Kasachstan** | **Kirgisistan** | **Kosovo** | **Kroatien** | **Lettland** | **Liechtenstein** | **Litauen** | **Luxemburg** | **Malta** | **Republik Moldau** | **Monaco** | **Montenegro** | **Niederlande** | **Nordmazedonien** | **Norwegen** | **Österreich** | **Polen** | **Portugal** | **Rumänien** | **Russland** | **San Marino** | **Schweden** | **Schweiz** | **Serbien** | **Slowakei** | **Slowenien** | **Spanien** | **Tadschikistan** | **Tschechien** | **Türkei** | **Turkmenistan** | **Ukraine** | **Ungarn** | **Usbekistan** | **Zypern**

Naher Osten und Nordafrika: **Ägypten** | **Algerien** | **Bahrain** | **Irak** | **Iran** | **Israel** | **Jemen** | **Jordanien** | **Katar** | **Kuwait** | **Libanon** | **Libyen** | **Marokko** | **Oman** | **Palästina** | **Saudi-Arabien** | **Syrien** | **Tunesien** | **Vereinigte Arabische Emirate**

# Die fünf Kategorien des CIVICUS-Monitors

## offen (open)\*

39 Staaten

**3%** der Weltbevölkerung

Der Staat ermöglicht und garantiert allen Menschen zivilgesellschaftliche Freiheiten. Sie können ohne rechtliche oder praktische Hürden Vereinigungen bilden, im öffentlichen Raum demonstrieren, sie bekommen Informationen und dürfen diese auch verbreiten. Autoritäten sind offen für Kritik von zivilgesellschaftlichen Organisationen und bieten Plattformen für intensiven und konstruktiven Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern. Demonstrierende werden von der Polizei grundsätzlich geschützt und die Gesetze zur Regelung des Versammlungsrechts entsprechen internationalen Standards. Es gibt freie Medien, Internetinhalte werden nicht zensiert und Regierungsinformationen sind leicht zugänglich.

Andorra, Antigua und Barbuda, Barbados, Dänemark, Deutschland, Dominica, Estland, Finnland, Grenada, Irland, Island, Kanada, Kap Verde, Kiribati, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Marshallinseln, Mikronesien, Monaco, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Palau, Portugal, Samoa, San Marino, São Tomé und Príncipe, Schweden, Schweiz, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Surinam, Taiwan – Province of China (offizielle UN-Bezeichnung), Tuvalu, Uruguay, Zypern

## beeinträchtigt (narrowed)\*

41 Staaten

**8%** der Weltbevölkerung

Einzelpersonen und zivilgesellschaftlichen Organisationen ist es überwiegend gestattet, ihre Rechte zur Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit auszuüben. Trotzdem kommen Verletzungen dieser Rechte vor. Menschen können Vereinigungen mit einer ganzen Bandbreite von Zielen bilden. Es gibt aber Fälle, in denen als regierungskritisch geltende Vereinigungen juristisch verfolgt oder anderweitig schikaniert werden. Demonstrationen verlaufen weitgehend ungestört, werden von den Behörden aber teilweise unter Verweis auf Sicherheitsbedenken verboten. Es kommt auch vor, dass unverhältnismäßige Gewalt wie Tränengas oder Gummigeschosse gegen friedlich Demonstrierende eingesetzt wird. Die Medien haben die Freiheit, ein großes Spektrum an Informationen zu verbreiten. Eine völlig freie Entfaltung der Presse wird aber entweder durch strikte Regulierung oder Ausübung von politischem Druck auf Medienschaffende verhindert.

Albanien, Argentinien, Australien, Bahamas, Belize, Belgien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Costa Rica, Dominikanische Republik, Frankreich, Georgien, Ghana, Griechenland, Großbritannien, Guyana, Italien, Jamaika, Japan, Kosovo, Kroatien, Lettland, Malta, Mauritius, Nordmazedonien, Republik Moldau, Mongolei, Montenegro, Namibia, Panama, Rumänien, Salomonen, Seychellen, Slowakei, Slowenien, Spanien, Südkorea, Tonga, Trinidad und Tobago, Tschechien, Vanuatu

Erhebungen des CIVICUS-Monitors werden laufend aktualisiert. Diesem Bericht liegen die Daten des Erhebungszeitraums **01.11.2020 bis 31.10.2021** zugrunde. Tagesaktuelle Daten unter [monitor.civicus.org](https://monitor.civicus.org).

\* englische Bezeichnung der Kategorie im CIVICUS-Monitor

## beschränkt (obstructed)\*

43 Staaten

Die Regierenden beschneiden eine freie Grundrechtsentfaltung durch eine Kombination aus rechtlichen und praktischen Einschränkungen. Zivilgesellschaftliche Organisationen existieren zwar, doch staatliche Stellen versuchen sie zu zersetzen, unter anderem, indem sie diese überwachen, bürokratisch schikanieren und öffentlich demütigen. Bürgerinnen und Bürger können sich friedlich versammeln, werden aber häufig von Polizeikräften unter Einsatz exzessiver Gewalt auseinandergetrieben, etwa mit Gummigeschossen, Tränengas und Schlagstöcken. Es gibt Raum für nicht-staatliche Medien und redaktionelle Unabhängigkeit, aber Journalistinnen und Journalisten erfahren körperliche Übergriffe und Verleumdungsklagen. Viele sehen sich daher zur Selbstzensur genötigt.

## unterdrückt (repressed)\*

48 Staaten

Der zivilgesellschaftliche Handlungsspielraum ist stark eingeschränkt. Aktivistinnen und Aktivisten, die Macht-habende kritisieren, werden überwacht, drangsaliert, eingeschüchtert, inhaftiert, verletzt oder sogar getötet. Obwohl es einige zivilgesellschaftliche Organisationen gibt, wird deren Advocacy-Arbeit regelmäßig verhindert. Die Organisationen verlieren ihre Registrierung oder werden geschlossen. Menschen, die friedliche Demonstrationen organisieren oder daran teilnehmen, werden häufig von staatlichen Kräften mit scharfer Munition beschossen oder in Gewahrsam genommen, es gibt Massenverhaftungen. Die Medien geben typischerweise die Sicht der Regierung wieder. Unabhängige Stimmen werden routinemäßig durch Razzien, körperliche Übergriffe oder langwierige Strafverfahren verfolgt. Kritische Webseiten und Soziale Medien sind blockiert und die Internetnutzung wird stark überwacht.

## geschlossen (closed)\*

25 Staaten

Der zivilgesellschaftliche Handlungsspielraum ist – in rechtlicher und praktischer Hinsicht – komplett geschlossen. Es herrscht eine Atmosphäre der Angst. Staatliche und mächtige nicht-staatliche Akteur:innen kommen ungestraft davon, wenn sie Menschen für die Wahrnehmung ihrer Rechte auf Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit inhaftieren, misshandeln oder töten. Jegliche Kritik am Regime wird schwer bestraft. Es gibt keine Pressefreiheit. Das Internet wird stark zensiert und die meisten Webseiten sind blockiert.

# 18% der Weltbevölkerung

Armenien, Bhutan, Bolivien, Brasilien, Botswana, Burkina Faso, Chile, Ecuador, El Salvador, Fidschi, Gambia, Guatemala, Guinea-Bissau, Indonesien, Israel, Kasachstan, Kenia, Kirgisistan, Komoren, Lesotho, Libanon, Liberia, Malawi, Malaysia, Malediven, Marokko, Nauru, Nepal, Osttimor, Papua-Neuguinea, Paraguay, Peru, Polen, Sambia, Senegal, Serbien, Sierra Leone, Sri Lanka, Südafrika, Tunesien, Ukraine, Ungarn, Vereinigte Staaten von Amerika

# 44% der Weltbevölkerung

Afghanistan, Algerien, Angola, Äthiopien, Bangladesch, Benin, Brunei, Elfenbeinküste, Eswatini, Gabun, Guinea, Haiti, Honduras, Indien, Jordanien, Kambodscha, Kamerun, Katar, Kolumbien, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Kuwait, Madagaskar, Mali, Mauretanien, Mexiko, Mosambik, Myanmar, Niger, Nigeria, Oman, Pakistan, Palästina, Philippinen, Ruanda, Russland, Simbabwe, Singapur, Somalia, Sudan, Tadschikistan, Tansania, Thailand, Togo, Tschad, Türkei, Uganda, Venezuela

# 26% der Weltbevölkerung

Ägypten, Äquatorialguinea, Aserbaidshan, Bahrain, Belarus, Burundi, China, Dschibuti, Eritrea, Irak, Iran, Jemen, Kuba, Laos, Libyen, Nicaragua, Nordkorea, Saudi-Arabien, Südsudan, Syrien, Turkmenistan, Usbekistan, Vereinigte Arabische Emirate, Vietnam, Zentralafrikanische Republik

Teil 1

# CIVICUS-Monitor: Verschärfte Bedingungen für die Zivilgesellschaft



**S**ich gegen soziale Ungerechtigkeit, Diskriminierung oder Umweltzerstörung zu engagieren, wird in vielen Weltregionen zunehmend schwieriger. Die Pandemie hat diese Entwicklungen seit 2020 weiter verstärkt und sichtbarer gemacht. Das Jahr 2021 markiert einen weiteren Tiefpunkt. Mit der Mongolei stieg nur ein Land in eine bessere Kategorie auf. In 14 Ländern verschlechterte sich die Einstufung.

# CIVICUS-Report

**S**eit mehr als zwei Jahren bestimmt die COVID-19-Pandemie unser Leben – als ein globales Phänomen, das keinen Winkel und niemanden ausgespart hat. Wohl jeder Mensch ist in irgendeiner Weise berührt worden, sei es durch Erkrankung, Tod und Trauer, Einschränkungen des alltäglichen Lebens oder ökonomische Folgen.

Die Maßnahmen, die zur Eindämmung der Pandemie von Regierungen weltweit erlassen wurden, haben die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft erheblich eingeschränkt: Wo Versammlungen verboten werden, sind auch Demonstrationen nicht möglich; wenn Lockdown ist, können sich Gruppen nicht treffen. Vielen unserer Partnerorganisationen war es kaum möglich, ihre Zielgruppen zu erreichen. Um arbeitsfähig zu bleiben, sind sie ins Digitale ausgewichen.

Im Rahmen seines Monitors sammelt und analysiert die Nichtregierungsorganisation CIVICUS in jedem Jahr Informationen darüber, wo und in welchem Maße Regierungen Freiräume beschneiden und zivilgesellschaftliche Akteur:innen behindern. Auf einer interaktiven Webseite macht der CIVICUS erfahrbar, wie es um Freiheitsrechte wie Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit weltweit bestellt ist. Land für Land kann man dort anklicken und aktuelle Berichte lesen.

In der aktuellen Fassung von „People Power Under Attack“<sup>1</sup> vom vergangenen Dezember weist der CIVICUS-Monitor deutlich auf die COVID-19-Pandemie als Verstärker von einschränkenden Maßnahmen vor allem autoritärer Regime hin. Sie nutzten die Lage, um ihre Macht abzusichern.

Marianna Belalba Barreto, Leiterin des CIVICUS-Monitors, sagt es so: „Regierungen auf der ganzen Welt schaffen einen sehr gefährlichen Präzedenzfall, indem sie den Gesundheitsnotstand als Vorwand nutzen, um gegen Proteste vorzugehen und Gesetze zu erlassen oder zu ändern, die die

---

# 88%

**aller Menschen leben in Staaten, in denen die Zivilgesellschaft beschränkt, unterdrückt oder geschlossen ist.**

Nur 240 Millionen Menschen leben in Staaten mit offener Zivilgesellschaft.



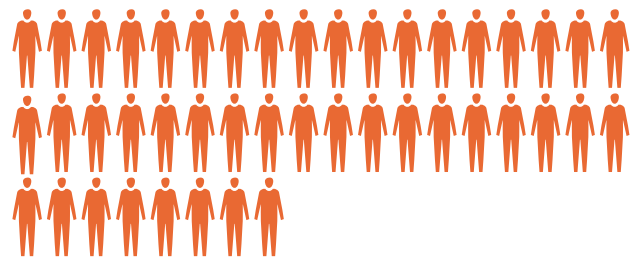
**3 % offen** (240 Millionen)



**8 % beeinträchtigt** (646 Millionen)



**18 % beschränkt** (1.427 Millionen)



**44 % unterdrückt** (3.458 Millionen)



**26 % geschlossen** (2.008 Millionen)

Werte gerundet

Quelle: CIVICUS (2021): *People Power Under Attack*

## So entsteht der CIVICUS-Monitor

Ungefähr zwei Dutzend Analyst:innen werten bei CIVICUS laufend Berichte von Hunderten lokalen Nichtregierungsorganisationen, mehr als 20 internationalen Partnerorganisationen und öffentlichen Quellen aus. Sie wollen wissen, wo und auf welche Weise der *Civic Space* angegriffen wird. Es handelt sich meist um regionale Netzwerke wie das West African Human Rights Defenders Network oder das Red Latinoamericana y del Caribe para la Democracia. Die Quellen werden in einem standardisierten Verfahren evaluiert und die Ergebnisse von externen Expert:innen geprüft. CIVICUS misst den Einschätzungen lokaler Akteur:innen dabei stärkere Bedeutung bei als internationalen Gremien. Daten staatlicher Stellen fließen nicht ein. Berücksichtigt werden auch Indizes wie die Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen. Als neuer Index wurde nun der vom Varieties of Democracy (V-Dem) entwickelte Indikator für friedliche Versammlungen aufgenommen. Dieser hat den Indikator Political Terror Scale (PTS) ersetzt, denn mit dem V-Dem-Indikator gibt es nun ein geeigneteres Mittel, die Versammlungsfreiheit zu messen. Am Ende der Bewertung entsteht ein Indexwert für jedes Land, der die zivilgesellschaftlichen Handlungsmöglichkeiten beschreibt. Theoretisch könnte auf dieser Basis eine Rangliste erstellt werden. CIVICUS hat sich dagegen entschieden: Zu groß sind regionale Besonderheiten und zu dynamisch die politischen Prozesse, als dass ein numerischer Wert exakte Aussagekraft hätte. Die Staaten werden stattdessen in fünf Gruppen eingeteilt: „offen“ (Indexwert 100 bis 81), „beeinträchtigt“ (80 bis 61), „beschränkt“ (60 bis 41), „unterdrückt“ (40 bis 21) oder „geschlossen“ (20 bis 0).

2021 waren die größten Geldgeber von CIVICUS die schwedische Behörde für internationale Entwicklungszusammenarbeit (Sida), das dänische Außenministerium, die Open Society Foundation, die Europäische Kommission und die Ford-Stiftung.

Mehr unter [civicus.org](https://www.civicus.org)

Rechte der Menschen weiter einschränken werden. Dies ist eine besorgniserregende Praxis, die zur neuen Norm werden könnte, um abweichende Meinungen zu unterdrücken.“<sup>2</sup> Dabei bestreiten auch wir nicht, dass Regierungen dazu verpflichtet sind, zum Schutz der öffentlichen Gesundheit Maßnahmen zu ergreifen, die auch mit der temporären Einschränkung von Freiheitsrechten verbunden sein können. Sie müssen aber verhältnismäßig und von begrenzter Dauer sein sowie auf einer rechtlichen Grundlage basieren.

## Mehrere Hundert Recherchen vor Ort

Für seine Analysen greift CIVICUS auf detaillierte Beobachtungen aus der ganzen Welt zurück. Grundlage sind die Berichte Hunderter lokaler Nichtregierungsorganisationen und mehr als 20 Partnerorganisationen sowie öffentliche Quellen.<sup>3</sup> Um abzubilden, wo und wie der *Civic Space* angegriffen wird, hat CIVICUS fünf Kategorien entwickelt. Der Raum für zivilgesellschaftliches Handeln ist „offen“, „beeinträchtigt“, „beschränkt“, „unterdrückt“ oder „geschlossen“.

88 Prozent aller Menschen leben inzwischen in Ländern mit erheblichen Einschränkungen ihrer Rechte und nur drei Prozent in Ländern, in denen die Möglichkeiten zivilgesellschaftlichen Handelns als „offen“ eingestuft werden. Das bedeutet: Nur 240 Millionen Menschen sind Bürger:innen in Ländern mit freien Medien und der Möglichkeit, die Meinung frei äußern zu können. Für zwei Milliarden Menschen dagegen – 26 Prozent der Weltbevölkerung, also jede:r Vierte – ist es Alltag, dass staatliche Behörden jene inhaftieren, verletzen, misshandeln oder gar töten, die offen Kritik üben oder sich für Menschenrechte starkmachen. Auch China gehört zu den Ländern, die CIVICUS auf seiner Webseite rot und damit als „geschlossen“ markiert hat. Außerdem Saudi-Arabien, Belarus und Nicaragua und 21 weitere Länder.

Den größten Anteil nehmen die rund 3,5 Milliarden Menschen ein – fast jede:r Zweite –, die in Ländern leben, in denen Freiheitsrechte „unterdrückt“ werden. Dort werden etwa Demonstrant:innen mit scharfer Munition beschossen, Medien geben oftmals die Meinung der Regierung wieder, unabhängige Stimmen werden drangsaliert.

## Mehr Ab- als Aufsteiger

Insgesamt 15 Länder haben im Erhebungszeitraum zwischen 1. November 2020 und 31. Oktober 2021 die Kategorie gewechselt – nur eines in eine höhere.

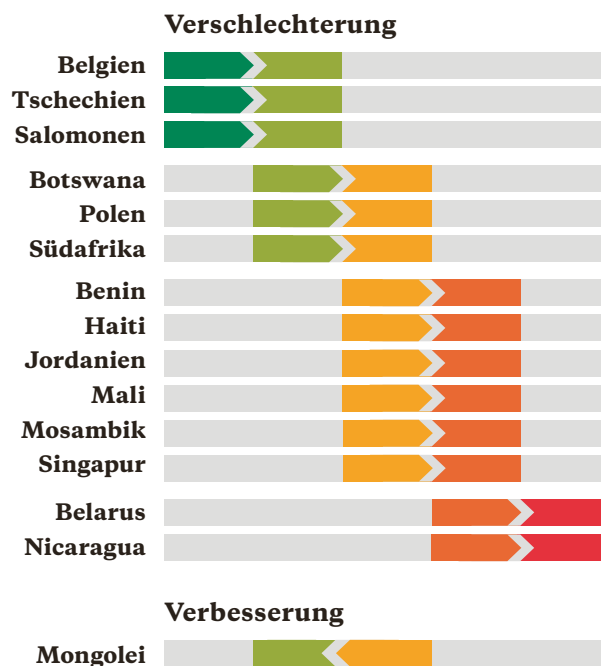
■ offen      ■ beschränkt      ■ geschlossen  
■ beeinträchtigt      ■ unterdrückt

### Auch in Europa gehen Sicherheitskräfte gewaltsam gegen Protestierende vor

14 Länder wurden gegenüber dem Vorjahr herabgestuft; nur die Mongolei wurde heraufgestuft von „beschränkt“ zu „beeinträchtigt“. Besorgniserregend ist die Verschlechterung der Bedingungen für zivilgesellschaftliches Handeln in Afrika, wo Südafrika, Botswana, Mali und Mosambik schlechter bewertet wurden, zwei von „beeinträchtigt“ nach „beschränkt“ und zwei von „beschränkt“ nach „unterdrückt“. In Lateinamerika wurden Nicaragua und Haiti als „unterdrückt“ herabgestuft, und in Asien wurden von 25 Ländern 22 als „geschlossen“, „unterdrückt“ oder „beschränkt“ eingestuft. Taiwan ist dort das einzige Land, das als „offen“ gilt.

Aus der Perspektive des Globalen Nordens heraus betrachtet rücken stets die Länder des Globalen Südens in den Fokus, wenn es darum geht, Menschenrechtsverletzungen anzuprangern. Dass wir aber gar nicht so weit in die Welt schweifen müssen, um auf menschenrechtsfeindliche Handlungen staatlicher Behörden zu stoßen, zeigt Belgien. Noch im Vorjahresbericht von CIVICUS gehörte das Land, das in Brüssel quasi die Hauptstadt Europas beherbergt, zu den wenigen, in denen die Handlungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft als vorbildlich „offen“ gelten. Jetzt ist der Handlungsraum der Zivilgesellschaft „beschränkt“. Verantwortlich dafür war die anhaltende Gewalt seitens der Sicherheitskräfte selbst bei friedlichen Versammlungen gegen Rassismus und soziale Ungleichheit im Winter 2020/21. Europa hat immer noch die meisten Länder, die als „offen“ bewertet wurden. Allerdings wurden neben Belgien auch Polen, Belarus und die Tschechische Republik herabgestuft – und damit drei Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

Das eklatante globale Missverhältnis stellt der CIVICUS-Monitor mit einer treffenden Metapher dar: mit einer Waage, deren Waagschalen mit dem Anteil der Länder, in denen zivilgesellschaftliches Handeln „geschlossen“, „unterdrückt“ oder „beschränkt“ wird, deutlich schwerer wiegt als die Waagschale, in der die „offenen“ und „beeinträchtigten“ Länder zusammengefasst sind. In 116 von 196 Ländern sind die bürgerlichen Freiheitsrechte in Abstufungen massiv eingeschränkt, in 80 Ländern können sich die Menschen frei oder einigermaßen frei äußern und ihre Rechte wahrnehmen. Anders ausgedrückt: In der einen symbolischen Schale sind 890 Millionen Menschen, in der anderen 6,9 Milliarden.

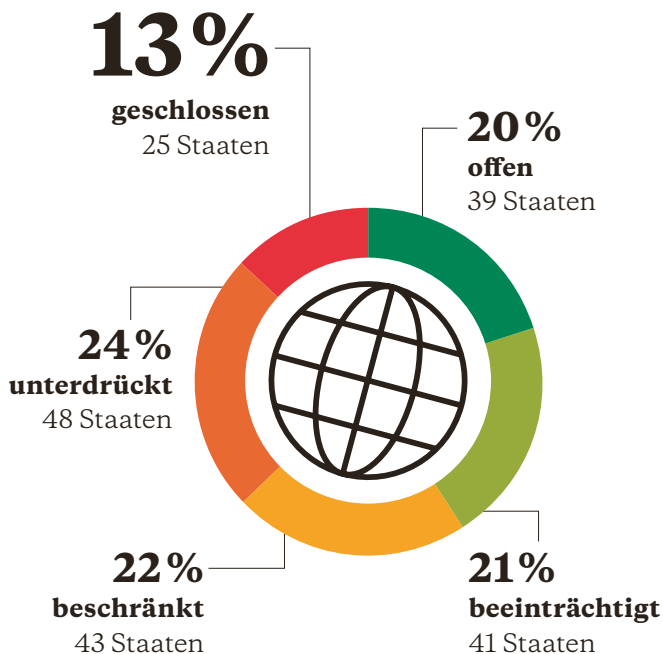


Quelle: CIVICUS (2021): *People Power Under Attack*

---

## Ein Blick auf die Welt

In 116 Staaten leidet die Zivilgesellschaft unter Beschränkungen der bürgerlichen Grundfreiheiten. Das sind zwei Länder mehr als im Vorjahr.



---

Berechnung nach Staaten, 196 Staaten = 100%  
Werte gerundet

Quelle: CIVICUS (2021): *People Power Under Attack*

### Schmähekampagnen, Verhaftungen und gezielte Aufrufe zur Gewalt

Zu den Repressionen und Einschränkungen gegen Aktivist:innen und zivilgesellschaftliche Initiativen zählen Schmähekampagnen, Bedrohungen, willkürliche Verhaftungen bis hin zu physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt, von der insbesondere Frauen betroffen sind. Neben den staatlichen sind auch nicht-staatliche Akteur:innen, also etwa Milizen oder rechtsnationale Gruppen, für die schrumpfenden Handlungsräume verantwortlich. Zusätzlich verstärken häufig staats- und wirtschaftsnahe Medien Diffamierungen durch gezielte Kampagnen und Aufrufe zu Gewalt. Kritik an der Regierung gilt oft als unpatriotisch und wird kriminalisiert. Und wo rechtsstaatliche Strukturen fehlen, kann sich die Zivilgesellschaft kaum gegen Repressionen mit rechtlichen Mitteln zur Wehr setzen. Oder sie versucht, für ihre Rechte in zumeist zermürbenden, lang andauernden juristischen Verfahren zu kämpfen.

Regierungen behindern und schikanieren zivilgesellschaftliche Initiativen, Vereine und soziale Bewegungen mit illegitimen Gesetzen und überbordenden bürokratischen Verordnungen. Neben den Pandemiemaßnahmen missbrauchen sie Antiterrorismus-, Sicherheits-, Internet- oder Mediengesetze, aber auch das Strafrecht, um die Freiheitsrechte zu beschneiden. Zudem ergeben sich Einschränkungen infolge repressiver Gesetzgebung und Regulierungen, die direkt Nichtregierungsorganisationen betreffen und etwa den Empfang von Mitteln aus dem Ausland beschränken oder Arbeit zu bestimmten Themen verbieten. Nur eines von vielen Beispielen: In Uganda hat die Regierung im vergangenen Jahr die Arbeit von 54 Organisationen gestoppt. Der Vorwurf lautete, sie hätten sich nicht an das NGO-Gesetz gehalten. Bürokratisierung, Überregulierung, eine rigide Auslegung von Verordnungen, etwa bei Registrierungsprozessen, und steuerliche Hürden sind weitere Formen dieser regulativen Einschränkungen, die gegen das Recht auf Vereinigungsfreiheit verstoßen.

Besonders häufig hat der CIVICUS-Monitor von November 2020 bis Oktober 2021 Inhaftierungen von Demonstrant:innen, Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen registriert. Dabei kam es Regimen zupass, dass sie Demonstrationen unter Hinweis auf Bestimmungen zur Eindämmung der Pandemie leichter auflösen oder verbieten konnten. Eine





| Am 26. April 2021 protestieren Frauen im südafrikanischen Durban gegen geschlechtsspezifische Gewalt. Im CIVICUS-Monitor wird der zivilgesellschaftliche Raum Südafrikas seit dem vergangenen Jahr als „beschränkt“ eingestuft.

Gefahr für Inhaftierte in pandemischen Zeiten: In engen, überbelegten Gefängnis- oder Arrestzellen kann sich das Corona-Virus leichter ausbreiten. Das gefährdete das Leben gerade derer, die ohnehin kaum Zugang zu adäquater medizinischer Hilfe bekamen. Andere Berichte bestätigen diesen Anstieg: Laut Reporter ohne Grenzen waren am 1. Dezember 2021 weltweit mindestens 488 Journalist:innen und andere Medienschaffende wegen ihrer Arbeit im Gefängnis – 20 Prozent mehr als im Vorjahr<sup>4</sup>. Ein neues Rekordhoch.

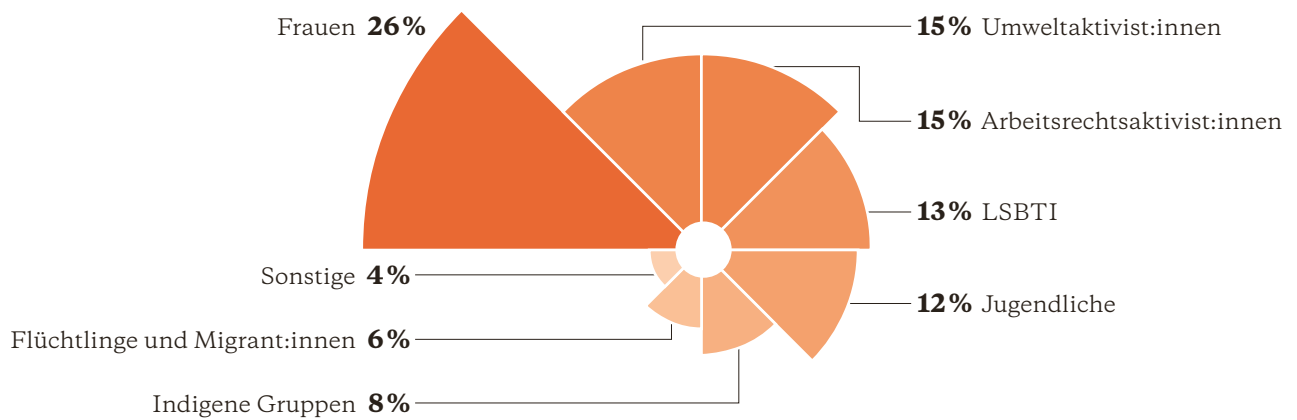
### **Häufigste Grundrechtsverletzung in Europa und Zentralasien: Haft**

In den fünf Weltregionen lassen sich sowohl Gemeinsamkeiten, als auch regionale Unterschiede feststellen. In Afrika beispielsweise ist die Inhaftierung von Journalist:innen die am

häufigsten dokumentierte Verletzung des zivilen Raums, in Nord-, Zentral- und Südamerika und in der Karibik sind es die Einschüchterung und Inhaftierung von Demonstrant:innen. In Asien und dem Pazifikraum geschehen die meisten Eingriffe in die Freiheitsrechte der Zivilgesellschaft durch restriktive Gesetzgebung. In Europa und Zentralasien steht die Inhaftierung von Demonstrant:innen ganz oben auf der Liste, und im Nahen Osten und Nordafrika ist die Inhaftierung von Menschenrechtsverteidiger:innen der am häufigsten gemeldete Verstoß. Dabei sind es nicht nur Massen, durch die sich autoritäre Regierungen unter Druck gesetzt fühlen – es können auch einzelne friedliche Demonstrant:innen sein, die für ihr Anliegen auf die Straße gehen und deshalb festgenommen werden. Das geschah beispielsweise in Nicaragua, wo Sergio Beteta als Einzelprotestler festgenommen wurde, weil er für die Freilassung politischer Häftlinge eintrat, oder in Singapur, wo es LSBTI-Aktivist:innen traf, die vor dem Bildungsministerium gegen Trans-Phobie protestierten. Demonstrant:innen kommen aber nicht nur in Haft, wo autoritäre Regime jede Kritik zu verhindern versuchen. Verhaftungen kommen dort zwar häufiger vor, können Demonstrierende aber auch in Ländern treffen, die als „offen“ gelten. Das haben Vorfälle rund um die internationale Klimakonferenz COP26

## Vom *Shrinking Space* betroffene Gruppen

Einschränkungen treffen nicht alle gleichermaßen. Frauen sind am häufigsten betroffen.



Quelle: CIVICUS (2021)

### Was ist Zivilgesellschaft?

Zivilgesellschaft grenzt sich vom staatlichen und wirtschaftlichen Sektor sowie von der Privatsphäre ab. Sie ist eine lebendige Arena des kollektiven öffentlichen Handelns mit Positionen zu gesellschaftlichen Fragestellungen, Lösungen und Verfahren. Zivilgesellschaftlichen Akteur:innen sind etwa Vereine, NGOs, Verbände, Kirchen und soziale Bewegungen. Ihr Engagement beruht auf Selbstorganisation, ist rechtlich gemeinnützig, nicht profitorientiert und unabhängig von parteipolitischen Interessen. Zivilgesellschaftliche Akteur:innen haben viele Rollen: Sie leisten Hilfe für sozial Bedürftige und Schwache, übernehmen aber auch wichtige demokratische Funktionen. Vereine und Initiativen können in der Öffentlichkeit Themen setzen oder auf Probleme aufmerksam machen, an die sich staatliche Stellen nicht herantrauen. Sie können Druck aufbauen, damit sich etwas ändert. Sie sind auf Grundrechte wie Meinungsfreiheit, Zugang zu Informationen, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit angewiesen. Eine unabhängige und kritische Zivilgesellschaft, die sich an Menschenrechten orientiert, nimmt die Rolle einer Wächterin ein: Sie fordert Rechte von Benachteiligten ein, kritisiert die öffentliche Politik, setzt sich für politische Mitgestaltung ein und zieht die Regierung zur Rechenschaft. Das alles macht sie zum Motor für gerechte und nachhaltige Entwicklung.

gezeigt, etwa in Kanada, Norwegen oder Deutschland. Allerdings sind die Konsequenzen gänzlich andere: Rechtsstaatliche Verfahren, wie es sie in „offenen“ Ländern gibt, sind nicht überall auf der Welt selbstverständlich.

### Deutschland: Gerichte machten Demonstrationen wieder möglich

Beispiel Deutschland: Auch hier ist die Lage für die Zivilgesellschaft nicht perfekt. Mit dem Beginn der Pandemie haben Bundesregierung und Länderregierungen Freiheitsrechte eingeschränkt. In den meisten Fällen waren die Entscheidungen aber verhältnismäßig – und somit rechtmäßig. Eine Ausnahme war die Aussetzung der Versammlungsfreiheit in einigen Bundesländern im Frühjahr 2020. Erst Gerichte – etwa das Bundesverfassungsgericht im April 2020 – machten Demonstrationen wieder möglich. Besonders beunruhigend ist die bundesweit stark gestiegene Gewalt gegen Journalist:innen. Weil Protestierende diese bei Demonstrationen gegen Pandemiemaßnahmen angriffen, hat Reporter ohne Grenzen Deutschland in der „Rangliste der Pressefreiheit“ heruntergestuft<sup>5</sup>.

Wie gefährlich das Engagement für Menschenrechte und das Gemeinwohl ist, bestätigen auch Daten anderer Menschenrechtsorganisationen: Für das Jahr 2020 erfasste Frontline Defenders in ihrer globalen Analyse die Ermordung von mindestens 331 Menschenrechtsverteidiger:innen.<sup>6</sup> Laut Global Witness wurden mindestens 227 Landrechtsverteidiger:innen und Umweltaktivist:innen im Jahr 2020 umgebracht – mehr

als die Hälfte von ihnen in nur drei Ländern: in Kolumbien, Mexiko und auf den Philippinen.<sup>7</sup>

CIVICUS analysiert auch, welche Gruppierungen besonders von Einschränkungen betroffen sind. Die Bedrohung durch autoritäre Regime und die Einschränkung fundamentaler Menschenrechte betrifft nicht alle gleich. Frauen, die für ihre Rechte eintreten, bilden die größte Gruppe, die verfolgt, geschlechtsspezifisch bedroht oder verhaftet wird. Staaten überall auf der Welt scheinen darin eine besondere Bedrohung zu sehen, als wähen sie die von Männern dominierte Welt in Gefahr. In 26 Prozent aller berichteten Fälle ist diese Gruppe betroffen. In einer CIVICUS-Rangliste folgen Aktivist:innen, die sich für Umweltschutz, Arbeitnehmerrechte oder die LSBTI-Community einsetzen. Der CIVICUS-Monitor spricht daher von einer „ungleichen Krise“.

Allerdings spricht es auch für den Mut und die Unerschrockenheit von Frauen weltweit, dass sie Ungleichbehandlung, Sexismus, Benachteiligungen weltweit nicht hinnehmen und für Veränderungen kämpfen. Täten sie das nicht, würden sie viel weniger im Fokus Herrschender stehen.

## Zivilgesellschaft brachte Reformen in vielen Ländern voran

Im Jahr 2021 sind die Räume für zivilgesellschaftliches Handeln weltweit geschrumpft. Es gab – wie unser Regionalteil im Atlas zeigt – allerdings auch Länder, in denen die Zivilgesellschaft dazu beigetragen hat, dass Regierungen politische Reformen veranlasst haben. Länder, in denen sich substantiell etwas gebessert hat, weil Regierungen verstanden haben, dass es keine Lösung sein kann, Bedürfnisse der Bevölkerung nach Beteiligung, nach Fairness und Einhaltung der Menschenrechte zu unterdrücken.

Ein leuchtendes Beispiel ist die Mongolei. Sie wurde als einziges Land gegenüber dem Vorjahr hochgestuft: Ihr zivilgesellschaftlicher Raum gilt nun nicht mehr als „beschränkt“, sondern als „beeinträchtigt“.

Im April 2021 wurde dort ein Gesetz zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen verabschiedet. Seitdem ist die Mongolei das erste Land in Asien, das einen rechtlichen Rahmen für den Schutz dieser Gruppe hat. Ihr Engagement ist jetzt gesetzlich geschützt. Ein Schritt, den die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, als „großen Erfolg“ lobt.

## Instrumente der Repression

Diese Grundrechtsverletzungen hat CIVICUS zwischen November 2020 und Oktober 2021 dokumentiert.



Festnahme von Aktivist:innen und Journalist:innen

492



Schikanie und Einschüchterung

316



Restriktive Gesetze

163



Angriffe auf Journalist:innen

154



Zensur

142



Übermäßige Gewalt staatlicher Sicherheitskräfte

134



Störung von Protestaktionen

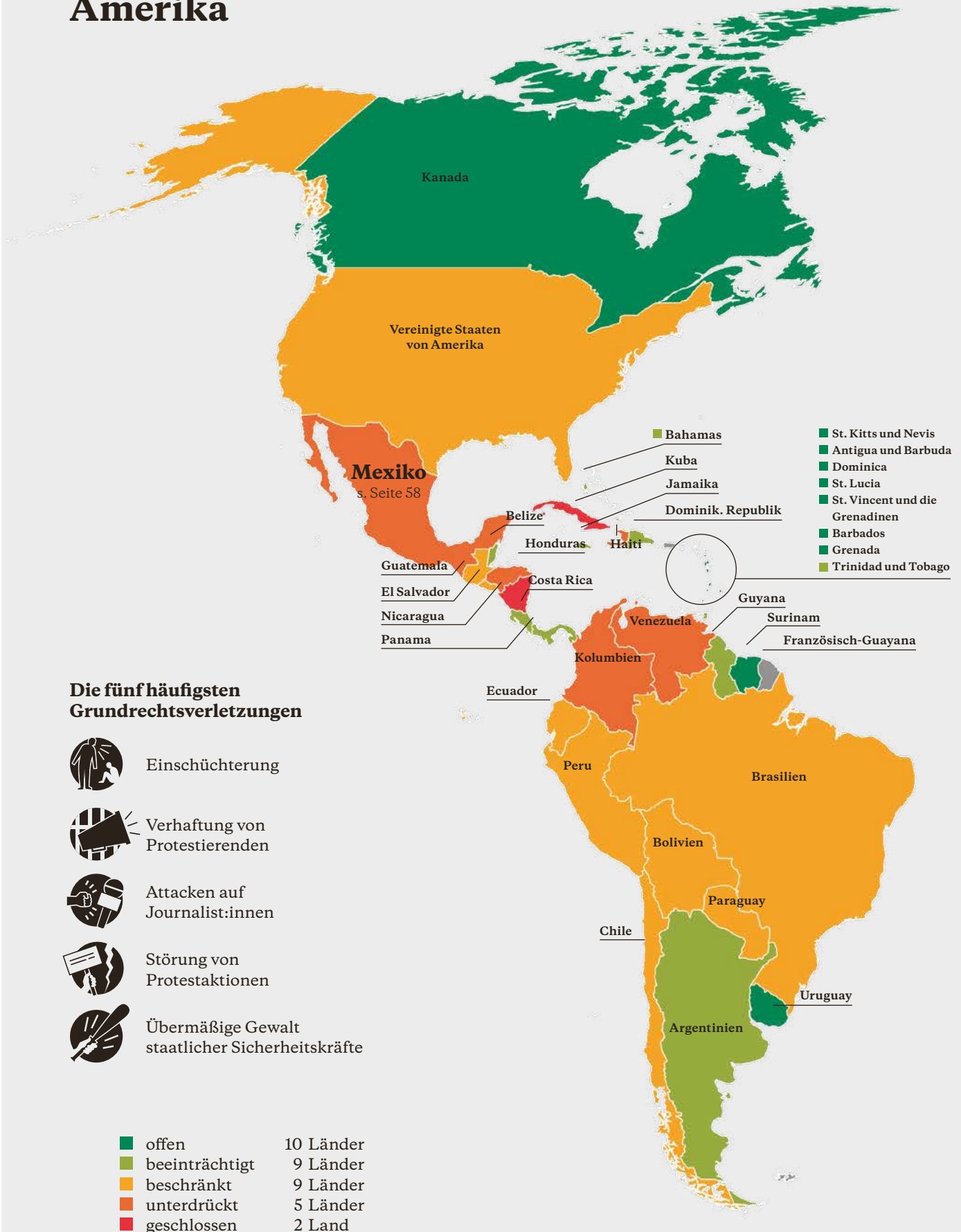
125

Die Werte beziehen sich auf die Anzahl der Erwähnungen in den CIVICUS-Berichten.

Quelle: CIVICUS (2021): *People Power Under Attack*

# Einschränkung der Zivilgesellschaft nach Weltregionen

## Amerika



# Gewalt ohne Strafe

In keiner Region werden mehr Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen ermordet. Bei vielen Verbrechen versagt die staatliche Aufklärung.

## Überblick

Gegenüber 2020 haben sich die Handlungsräume der Zivilgesellschaft auf dem Doppelkontinent 2021 kaum verändert. Einschüchterung, Schikane und Kriminalisierung bleiben genauso an der Tagesordnung wie die Verletzung der Rechte von Demonstrierenden und Angriffe auf die Medien. In keiner anderen Region werden mehr Journalist:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen ermordet. Von den 35 Ländern des Kontinents wird die Zivilgesellschaft in zehn als „offen“ eingestuft, in neun als „beeinträchtigt“ und in weiteren neun als „beschränkt“. In fünf Ländern gilt der Handlungsraum als „unterdrückt“ und in zweien als „geschlossen“: **Nicaragua** und **Kuba**. In dem Inselstaat unterdrücken die Behörden systematisch Proteste und schikanieren und verfolgen Aktivist:innen. Zudem wurden zahlreiche Protestierende in fragwürdigen Prozessen verurteilt.

Die Veränderungen in dieser Region verlaufen eher schlechend; etwa dort, wo Regierungen ihre Kontrolle über die Zivilgesellschaft festigen oder Stück für Stück erweitern, so wie in **Guatemala**. Dort hat das Verfassungsgericht ein NGO-Gesetz gebilligt, das es ermöglicht, die Finanzierung aus dem Ausland zu kriminalisieren, und das der Regierung eine strenge Kontrolle über zivilgesellschaftliche Gruppen erlaubt. Oder in **Venezuela**, wo die Regierung ebenfalls versucht, die Aktivitäten der Zivilgesellschaft weiter einzuschränken, sowie in **Kolumbien**, wo soziale Anführer:innen, Landrechts- und Umweltaktivist:innen unter großem Druck stehen: In keinem anderen Land werden so viele ermordet.

Es gibt mehrere Verursacher der Grundrechtsverletzungen. Dazu gehören staatliche Institutionen, Lokalpolitiker:innen, Landbesitzer:innen, Milizen, Drogenkartelle oder gewalttätige Banden. Zu weiteren Grundrechtsverletzungen kommt es durch das Zusammenspiel von organisierter Kriminalität, Sicherheitskräften, Politik und Unternehmen bis hin zu Gewalt im Kontext von Konflikten um Ressourcen zwischen Konzernen und lokalen Gemeinschaften. Der Staat versagt dabei, Straftaten zu verfolgen und aufzuklären; er schafft es nicht, Rechte zu garantieren. Das ermutigt Täter noch.

## Das ist passiert

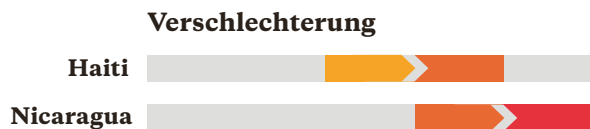
In **Haiti**, herabgestuft von „beschränkt“ auf „unterdrückt“, hatte das Zusammentreffen von politischen, humanitären und sicherheitspolitischen Krisen eine erhebliche Verengung des zivilgesellschaftlichen Raums zur Folge. Vor seiner Ermordung im vergangenen Juli hatte Präsident Jovenel Moïse von Januar 2020 an ohne gewähltes Parlament über

einhalb Jahr lang per Dekret regiert, obwohl er kaum mehr Zustimmung genoss. Demonstrationen hat die Polizei mit Gewalt unterdrückt. Politische Interessengruppen sowohl auf Seiten der Regierung als auch der Opposition bewaffnen kriminelle Banden, um sich politischen Einfluss zu sichern. Diese Banden kontrollieren seither insbesondere marginalisierte Stadtviertel der Hauptstadt Port-au-Prince, wo sie Verbrechen gegen die Menschlichkeit verüben und die Bewohner:innen einschüchtern, um zu verhindern, dass diese ihre politischen Rechte wahrnehmen. Gewalt gegen Journalist:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen bleiben meist straffrei. In dieser Situation kommt Akteur:innen der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle zu, sowohl beim Wiederaufbau des Landes als auch bei der Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse. Doch Hilfsmaßnahmen humanitärer Gruppen werden durch Straßenblockaden und Banden behindert.

Die systematischen Repressionen von Zivilgesellschaft, Medien und Opposition machten im November in **Nicaragua**, dem zweiten Absteiger der Region, den Weg frei für die umstrittene Wiederwahl des Präsidenten Daniel Ortega. Insgesamt sieben Oppositionskandidaten wurden inhaftiert, zudem kritische Journalist:innen, Menschenrechtsverteidiger:innen und Unternehmer:innen. Als einzige Möglichkeit sich politisch zu äußern, blieb die Wahlenthaltung: Über 80 Prozent der Nicaraguaner:innen gingen nicht zur Wahl. Zudem fand sie ohne internationale Beobachtung statt. Dass der Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft nun als „geschlossen“ eingestuft wird, hat viele Gründe. Seit 2006 hat die Regierung unter Ortega systematisch den staatlichen und parastaatlichen Repressionsapparat ausgebaut und jegliche demokratische Kontrolle unterbunden. Zivilgesellschaftliche Organisationen wurden aufgelöst, ihre Bankkonten gesperrt und selbst die Ausreise ist Aktivist:innen durch Entzug ihres Reisepasses oder drohende Festnahme an einer der Landesgrenzen oder am Flughafen unmöglich. Die systematische Unterdrückung spiegelt sich wider in den vielen Verhaftungen, dem zeitweisen Verschwindenlassen und willkürlicher Haft. Bis Januar 2022 sind mindestens 170 Personen wegen ihres demokratischen Engagements inhaftiert worden. Besonders dramatisch ist die Situation für 36 politische Gefangene in Nicaraguas berüchtigtstem Gefängnis El Chipote: Frauen wie Männer, allesamt ausgewiesene Kritiker:innen des Regimes und zentrale Oppositionelle, darunter frühere Weggefährten Ortegas. Sie haben keinen Zugang zu Rechtsvertretung oder Gesundheitsversorgung. Bei einigen der Inhaftierten hat sich der Gesundheitszustand so verschlechtert, dass ihre Familien um deren Leben fürchten.

## Die Absteiger

■ offen      ■ beschränkt      ■ geschlossen  
■ beeinträchtigt      ■ unterdrückt



Quelle: CIVICUS (2021): *People Power Under Attack*

Die **USA** bleiben auch mit dem Machtwechsel und dem Bekenntnis des neuen Präsidenten Joe Biden, sein Handeln an demokratischen Grundwerten auszurichten, weiter in der Kategorie „beschränkt“. Dies ist vor allem die Folge von Inhaftierungen und Gewalt seitens der Polizei bei Anti-Rassismus-Demonstrationen. Mehrere Bundesstaaten verabschiedeten als Reaktion auf die Black Lives Matter-Proteste außerdem Anti-Protest-Gesetze, mit denen sie Teilnehmende verfolgen können.

### Einschüchterung

Willkürliche polizeiliche Verhöre, Drohungen mit erfundenen Anklagen, Verleumdungen in den Sozialen Medien: Das sind nur einige der Taktiken, mit denen jene eingeschüchtert werden, die sich auf dem amerikanischen Kontinent für ihre Rechte und die anderer einsetzen und diese verteidigen. In der gesamten Region haben sowohl staatliche als auch nicht-staatliche Kräfte diese Strategien gegen Menschenrechtsverteidiger:innen, Journalist:innen, die politische Opposition und zivilgesellschaftliche Führer:innen eingesetzt. Im vergangenen Jahr hat der CIVICUS-Monitor in mindestens 19 Ländern der Region solche Vorfälle dokumentiert, oft einhergehend mit Kriminalisierung oder Überwachung. Sie sind hier der häufigste Verstoß gegen Grundrechte.

So wurden etwa in **Nicaragua** mindestens 16 Journalist:innen als Zeug:innen vorgeladen, die zu Geldwäsche-Vorwürfen gegen eine Präsidentschaftskandidatin und ehemalige Leiterin einer Menschenrechtsorganisation aussagen sollten. Polizeibeamte drohten mit einer Anklage für den Fall, dass sie nur in Anwesenheit eines Anwalts oder einer Anwältin zu sprechen bereit waren. Auf **Kuba** setzten die Behörden ähnliche Strategien ein: Die Polizei überwachte die Häuser von Menschenrechtsverteidiger:innen und Regierungskritiker:innen und drohte ihnen und ihren Familien Repressalien an. Für Umweltaktivist:innen bleibt **Honduras** eines der gefährlichsten Länder der Welt. So ist etwa bis heute das Verschwindenlassen von vier Garifuna, Angehörige einer Volksgruppe in Zentralamerika, im Juli 2020 nicht aufgeklärt. Sie hatten

sich für den Erhalt ihres Lebensraumes an der Karibikküste eingesetzt. Aufgrund weiterer Drohungen mussten ihre Familien inzwischen das Land verlassen. In **Kolumbien** wurden laut der Nichtregierungsorganisation INDEPAZ 168 soziale Anführer:innen ermordet und 92 Massaker verübt.

Wer sich etwa für die Rechte von Indigenen oder die Umwelt einsetzt oder unabhängig berichtet, lebt auch in **Mexiko** gefährlich – für Journalist:innen ist es das gefährlichste Land der Welt. Laut Reporter ohne Grenzen wurden dort 2021 sieben Medienschaffende ermordet. In zahlreichen Fällen wurden Reporter:innen zudem angegriffen und festgenommen, obwohl sie sich als Medienvertreter:innen ausgewiesen hatten. Außerdem wurden Reporter:innen genauso wie Aktivist:innen überwacht und in Online-Messenger-Gruppen schikaniert. Wie gründlich Journalist:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen mit der Spionagesoftware Pegasus ausgespäht wurden, ist in diesem Jahr deutlich geworden (siehe Seite 58). Auch in **Brasilien** wurden Journalist:innen und Aktivist:innen bedroht und ermordet. Die Kriminalisierung von Kritiker:innen geht teils von höchster Stelle aus: Die Regierung von Jair Bolsonaro missbrauchte dazu das „Gesetz zur nationalen Sicherheit“.

### Festnahmen und Gewalt bei Protesten

Wo Menschen auf dem Doppelkontinent gegen die Politik ihrer Regierungen protestierten, Garantien für ihre Rechte forderten und Veränderungen verlangten, wurden die Proteste häufig gestört oder mit übermäßiger Gewalt angegriffen und Teilnehmende liefen Gefahr, inhaftiert zu werden. Im Berichtszeitraum dokumentierte der CIVICUS-Monitor diese drei Arten von Protestbeschränkungen in 21 der 35 Länder der Region. Die häufigste Einschränkung – Inhaftierung – wurde in 40 Prozent der Berichte aus der Region verzeichnet.

So gingen die Strafverfolgungsbehörden **Kolumbiens** während eines mehrmonatigen landesweiten Streiks gegen die Regierungspolitik brutal gegen Demonstrierende vor. Zwischen Ende April und Mitte Mai wurden nach Angaben der örtlichen Menschenrechtsgruppe Temblores mehr als tausend Demonstrierende festgenommen und Hunderte verletzt; außerdem wurden mindestens 43 Personen von mutmaßlichen Sicherheitskräften getötet. Hinzu kamen Strafverfahren gegen Protestierende mit konstruierten Anklagen. In **Peru** reagierten die Ordnungskräfte auf die Proteste gegen die Absetzung des ehemaligen Präsidenten Martín Vizcarra, indem sie Schusswaffen einsetzten und mit Tränengas auf die Demonstrierenden zielten. Innerhalb einer Woche wurden bei den Protesten mindestens zwei Menschen getötet und über 200 verletzt.

In **Kanada** reagierte die Polizei auf die größten Aktionen zivilen Ungehorsams in der Geschichte des Landes mit

Festnahmen vieler Demonstrierender. So wurden während der sogenannten Fairy-Creek-Proteste zwischen Mai und September gegen die Abholzung von Wäldern über tausend Aktivist:innen festgenommen, darunter viele Indigene. Auch in **Brasilien** waren häufig Indigene das Ziel von Repressionen. So wurden etwa die Proteste von Aktivist:innen von der Behörde unterdrückt, die für den Schutz der Rechte indigener Völker zuständig ist. In **Chile**, wo der Verfassungskonvent im Juli seine Arbeit aufnahm, forderten Demonstrierende in Santiago de Chile die Freilassung der während der Proteste 2019 inhaftierten Personen und ein Ende der Polizeirepression. Es kam zu schweren Zusammenstößen zwischen Demonstrierenden und Sicherheitskräften.

## Positive Entwicklungen

Trotz vieler alarmierender Entwicklungen gibt es gerade auch in jenen Ländern mit besorgniserregenden Entwicklungen Signale, die die Hoffnung nähren, dass sich die Widerstandsfähigkeit der Zivilgesellschaft auszahlt.

So gab es in **Mexiko** Fortschritte bei der Anklage gegen die Hintermänner der Morde an den Reporter:innen Javier Valdez Cárdenas und Miroslava Breach; im Fall des letzteren Mordes wird sich wohl ein ehemaliger Bürgermeister verantworten müssen. In **Honduras** stand einer der Hintermänner der Ermordung von Berta Cáceres vor Gericht und wurde für

schuldig befunden. Zudem gab es in vielen Ländern dieser Region Fälle, in denen Richter:innen Verfahren gegen Journalist:innen einstellten, weil sie diese als Zensurversuche werteten, sowie Menschenrechtsverteidiger:innen und Demonstrierende freisprachen. Oftmals gehen solche Entscheidungen auf mutige Einzelpersonen zurück, die dadurch selbst große Risiken eingehen und Gefahr laufen, selbst Opfer von Repressionen zu werden.

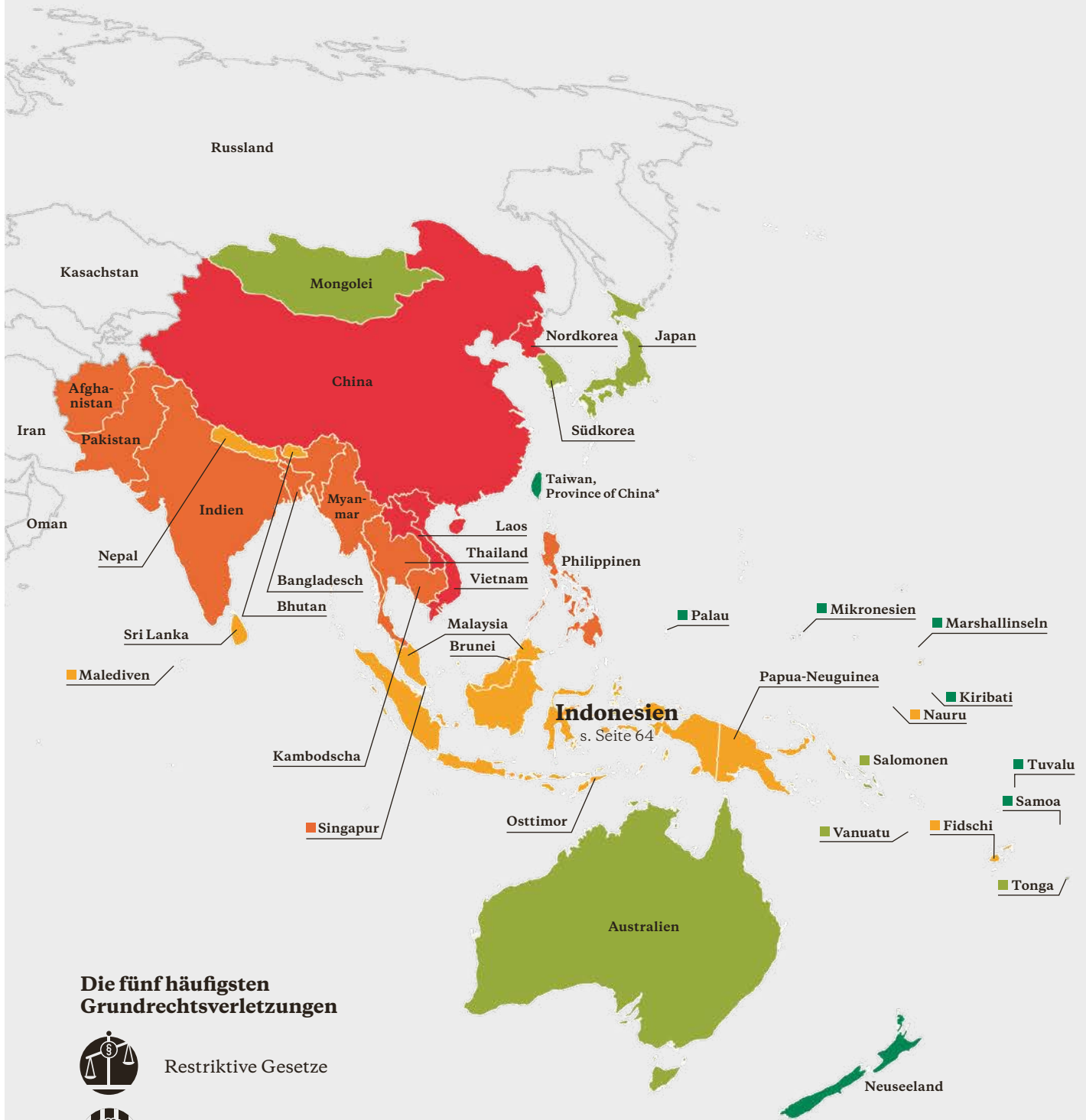
In **Kanada** erkannten die Gerichte das wiederholte Fehlverhalten von Polizeibeamten bei der Verfolgung von Umweltprotesten an, ebenso wie die Behinderung von Medien, die darüber berichteten. Sie verweigerten auch eine einstweilige Verfügung gegen die Proteste. Der Oberste Gerichtshof **Brasiliens** schuf einen Präzedenzfall: Danach wird der Staat zur Verantwortung gezogen, wenn Journalist:innen bei der Berichterstattung über Proteste von Sicherheitskräften verletzt werden.

In den **USA** wurde das missbräuchlich angewandte Anti-Protest-Gesetz von Florida nach einer Klage von zivilgesellschaftlichen Organisationen vor einem Bundesgericht blockiert – ein wegweisendes Urteil inmitten einer Welle von Bemühungen, Proteste zu kriminalisieren.

| Während eines Protestes gegen den Präsidenten Daniel Ortega in einer Shoppingmall führt die Polizei einen Demonstranten ab. Nicaragua wird seit diesem Jahr in der Kategorie „geschlossen“ geführt.



# Asien/Pazifik



## Die fünf häufigsten Grundrechtsverletzungen

-  Restriktive Gesetze
-  Verhaftung von Menschenrechtsverteidiger:innen
-  Verhaftung von Protestierenden
-  Verhaftung von Journalist:innen
-  Störung von Protestaktionen

<span style="color: green;">■</span> offen	8 Länder
<span style="color: lightgreen;">■</span> beeinträchtigt	7 Länder
<span style="color: yellow;">■</span> beschränkt	10 Länder
<span style="color: orange;">■</span> unterdrückt	10 Länder
<span style="color: red;">■</span> geschlossen	4 Länder

\*offizielle UN-Bezeichnung



# Missbrauchte Gesetze

Auch im vergangenen Jahr nutzten viele Regierungen in Asien Gesetze, um ihre Kritiker:innen zu verfolgen.

## Überblick

In der gesamten asiatisch-pazifischen Region hat CIVICUS im vergangenen Jahr Angriffe auf die bürgerlichen Freiheiten dokumentiert, mitunter vollzogen unter dem Vorwand, dass Regierungen wegen der Pandemie zu Schutzmaßnahmen gezwungen seien. Restriktive Gesetze, die die Meinungs- und Versammlungsfreiheit einschränken und zur Inhaftierung von Demonstrierenden führen, sind die am häufigsten festgestellten Verstöße. Diese Entwicklungen schlagen sich auch in den grundlegenden Bewertungen nieder: Von den 25 Ländern in der Region Asien werden vier – **China, Laos, Nordkorea und Vietnam** – als „geschlossen“ eingestuft. Zehn werden als „unterdrückt“ und sieben als „beschränkt“ bewertet. Der zivilgesellschaftliche Handlungsraum in **Japan, der Mongolei und Südkorea** gilt als „beeinträchtigt“. Nur ein Land hat laut CIVICUS eine offene Zivilgesellschaft: **Taiwan – Province of China** (offizielle UN-Bezeichnung). Im pazifischen Raum ist das Bild positiver: Sieben Länder sind als „offen“ eingestuft, vier als „beeinträchtigt“, darunter **Australien**, das vor zwei Jahren wegen Einschränkung der Pressefreiheit und Verunglimpfung von Umweltgruppen durch ranghohe Politiker:innen herabgestuft wurde, darunter auch der Premierminister. **Fidschi, Nauru und Papua-Neuguinea** bleiben in der Kategorie „beschränkt“.

## Das ist passiert

**Singapur** wurde herabgestuft, weil die Regierung mehrere Gesetze instrumentalisierte, um gegen Kritiker:innen vorzugehen. Journalist:innen und Blogger:innen wurden wegen Verleumdung angeklagt und zu hohen Geldstrafen verurteilt. Die Regierung untergrub die Versammlungsfreiheit, indem sie das „Gesetz über die öffentliche Ordnung“ aus dem Jahr 2009 gegen Aktivist:innen einsetzte, die zu friedlichen Versammlungen aufgerufen hatten. Viele Akteur:innen der Zivilgesellschaft befürchten zudem, dass das „Gesetz über ausländische Einmischung“ den zivilgesellschaftlichen Freiraum noch weiter einschränkt.

Die **Salomonen** wurden von „offen“ auf „beeinträchtigt“ herabgestuft, unter anderem, weil die Regierung ihren Kurs fortsetzte, mit den im Zuge der Pandemie verabschiedeten Notstandsgesetzen Proteste zu unterbinden: Sie drohte mit harten Strafen. Zudem informierte die Regierung die Öffentlichkeit nur unzureichend und intransparent über den Verlauf der Pandemie.

Die positive Nachricht in dieser Region kommt aus der **Mongolei**, deren zivilgesellschaftlicher Raum sich in der

Bewertung um eine Stufe verbessert hat und auf „beeinträchtigt“ angehoben wurde. Im April verabschiedete das mongolische Parlament ein Gesetz zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen. Die Mongolei ist damit das erste Land in Asien, das ihnen einen eigenen Rechtsstatus gewährt und sie unter besonderen Schutz stellt. Es war das Ergebnis jahrelanger gemeinsamer Bemühungen der mongolischen Regierung, der Zivilgesellschaft und der UN.

Besorgniserregend ist die Entwicklung in **Afghanistan**, wo sich nach der Machtübernahme der Taliban im August Angst verbreitete: wegen Hausdurchsuchungen bei Aktivist:innen und Journalist:innen, massiver Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Frauen und Einschüchterung von zivilgesellschaftlichen Gruppen und exzessiver Gewalt gegen Proteste. Jene, die darüber berichteten, wurden festgenommen oder gefoltert. Auch die Existenz des sogenannten Islamischen Staats ist eine ständige Bedrohung: Die Organisation führt Todeslisten und entführt und ermordet ehemalige Angestellte westlicher Institutionen oder Regierungen sowie Menschenrechtsverteidiger:innen, kritische Akademiker:innen und ehemalige Politiker:innen.

## Restriktive Gesetze

Die am weitesten verbreitete Verletzung der Freiheitsrechte in der Region Asien war die Anwendung von Gesetzen, die die Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit einschränken. Zu solchen in 21 Ländern dokumentierten Gesetzen gehören jene zur nationalen Sicherheit und Terrorismusbekämpfung, zur öffentlichen Ordnung und zur strafbaren Verleumdung. Auf Grundlage dieser Gesetze kamen Menschenrechtsverteidiger:innen in mindestens 19 Ländern in Haft und wurden in elf Ländern strafrechtlich verfolgt.

Besonders drastisch war diese Entwicklung in **China**, wo zahlreiche Personen unter Verweis auf weit gefasste und vage formulierte Straftatbestände wie „Untergrabung der Staatsgewalt“ und „Anzetteln von Streitigkeiten und Provokationen“ inhaftiert wurden. Die Regierungspartei baut so ihre Vormachtstellung in Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft weiter aus – und wirkt mitunter dank selbst aufgebauter bzw. gesteuerter Nichtregierungsorganisationen in die Zivilgesellschaft hinein. Parallel sorgen die in den vergangenen zwei Jahren verabschiedeten NGO-Gesetze dafür, dass unabhängige chinesische Organisationen nicht mehr frei agieren oder mit dem Ausland zusammenarbeiten können.

In **Hongkong** wurde das drakonische „Nationale Sicherheitsgesetz“ verabschiedet, auf dessen Grundlage gleich zu Beginn des Jahres 55 Menschen verhaftet und 47 angeklagt wurden.

## Die Ab- und Aufsteiger

■ offen      ■ beschränkt      ■ geschlossen  
■ beeinträchtigt      ■ unterdrückt



Quelle: CIVICUS (2021): *People Power Under Attack*

Das Gesetz ist indes nur das sichtbarste Symbol einer Politik, mit der China den Status einer Sonderverwaltungszone untergräbt. So werden etwa Freiheitsrechte unterdrückt, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen verboten oder zur Selbstauflösung genötigt und unleidige Anwaltskanzleien geschlossen. Diese Politik reicht bis in die Universitäten, wo kritische Studierende und Lehrende entlassen und die Lehrmaterialien entsprechend den Vorgaben der Kommunistischen Partei geändert werden.

In **Kambodscha** kamen restriktive Gesetze zum Einsatz, um Aktivist:innen zu verfolgen. Fundamentale Menschenrechte werden systematisch verletzt. So wird die aufgelöste Oppositionspartei CNRP weiter gewaltsam daran gehindert, ihrer politischen Arbeit nachzugehen. Mindestens 60 Oppositionelle, Journalist:innen, Gewerkschafter:innen, Umweltschutzaktivist:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen wurden wegen ihres friedlichen Einsatzes für Menschenrechte, Umweltschutz und ihrer Meinungsäußerungen inhaftiert. Im November wurde ein Aktivist der Oppositionspartei getötet, nachdem er bereits ein halbes Jahr zuvor angegriffen und schwer verletzt worden war. Die Regierung in **Indonesien** wendet Gesetze an, um ihre Kritiker:innen mundtot zu machen (siehe Seite 64).

Nationale Sicherheits- und Antiterrorgesetze wie das repräsentative „Gesetz zur Verhinderung rechtswidriger Handlungen“ wurden in **Indien** von der Regierung missbraucht, um Menschenrechtsverteidiger:innen aufgrund unbegründeter Anschuldigungen in Untersuchungshaft zu halten und ihnen eine Kautionskaution zu verweigern. Das „Gesetz gegen Volksverhetzung“ wurde zur Verfolgung von Aktivist:innen und Journalist:innen eingesetzt.

Nach Angaben von Reporter ohne Grenzen ist Indien gemeinsam mit dem Jemen das drittgefährlichste Land der Welt für Medienschaffende. Im Rahmen der Pegasus-Affäre kam heraus, dass mindestens 300 Mobiltelefone überwacht wurden.

Mittels restriktiv angewandeter Verwaltungsrichtlinien werden zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Arbeit massiv behindert. Das Gesetz, das den Erhalt ausländischer Mittel regelt, schränkt die Aktivitäten der Zivilgesellschaft stark ein. Bis zum Ende des Jahres wurde etwa 180 Nichtregierungsorganisationen eine Verlängerung ihrer Registrierung zum Erhalt ausländischer Mittel verwehrt. Auch in **Sri Lanka** ist im Zuge der Änderung der NGO-Gesetzgebung mit weiteren Einschränkungen des zivilgesellschaftlicher Handlungsraums zu rechnen. In **Bangladesch** ermöglicht das neue Gesetz zu digitaler Sicherheit Einschränkungen der Zivilgesellschaft. Im Pazifikraum wurden in mindestens sieben Ländern restriktive Gesetze dokumentiert. Auf den **Fidschi-Inseln** verhinderte das „Gesetz über die öffentliche Ordnung“ aus dem Jahr 2014 den Protest von Gewerkschaften. In **Tonga und Vanuatu** wurden Gesetze gegen Verleumdung verabschiedet, die gegen Aktivist:innen missbräuchlich eingesetzt werden können. In **Australien** wehren sich zivilgesellschaftliche Gruppen weiter dagegen, dass die Regierung Whistleblower verfolgt.

### Niederschlagung von Protesten

In mindestens 14 Ländern wurden Demonstrierende festgenommen, und in mindestens zwölf Ländern gingen die Behörden mit übermäßiger Gewalt gegen sie vor.

Neben **Hongkong**, wo viele prodemokratische Aktivist:innen verfolgt wurden, machte vor allem **Myanmar** Schlagzeilen: Nach dem Militärputsch im Februar folgten landesweite Massenproteste, auf die die Armee mit Gewalt antwortete. Zwischen Februar und November wurden nach Angaben der Assistance Association for Political Prisoners 1.244 Aktivist:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen getötet, darunter auch viele Jugendliche. Knapp 10.000 Menschen wurden verhaftet, 300 anschließend zu Gefängnisstrafen verurteilt. Politische Gefangene wurden vermutlich misshandelt oder gar gefoltert. Es gab Berichte über sexuelle Gewalt gegen Frauen im Gefängnis sowie Folterungen und Misshandlungen. Die Zivilgesellschaft wird über Beschränkungen im Zahlungsverkehr finanziell ausgetrocknet und durch Kontrollmaßnahmen in ihrer Arbeit behindert.

In **Thailand** wurden prodemokratische Anführer:innen wegen ihrer Reden bei Massenprotesten festgenommen und angeklagt. Gegen Hunderte von Protestierenden – darunter auch Kinder – ermittelte die Justiz. Die Polizei wandte übermäßige Gewalt an und schoss mit scharfer Munition. Die Regierung nutzte etwa die Gesetze gegen Computerkriminalität und Volksverhetzung, um gegen NGOs vorzugehen und das Recht auf freie Meinungsäußerung im Netz zu beschneiden.



| Das einzige Land, das in diesem Jahr heraufgestuft wurde, ist die Mongolei. Die Verbesserung liegt auch an einem neuen Gesetz: Es räumt jenen einen eigenen Rechtsstatus ein, die sich für Menschenrechte einsetzen.

## Belästigung und Einschüchterung

Im vergangenen Jahr versuchten Regierungen in mindestens 14 Ländern der Region, Aktivist:innen, Journalist:innen und Kritiker:innen zu belästigen oder einzuschüchtern, um sie zum Schweigen zu bringen. **China** setzte die Verfolgung von Menschenrechtsverteidiger:innen fort, indem die Regierung gezielt einige unter Beobachtung stellte und andere zwang, Peking im Vorfeld der Hundertjahrfeier der regierenden Kommunistischen Partei im Juli zu verlassen. Auf den **Philippinen** wurden Aktivist:innen und Mitarbeitende von Nichtregierungsorganisationen weiterhin als Kommunist:innen oder Terrorist:innen verunglimpft. In der Folge kam es zu verstärkten Überwachungen, Bedrohungen sowie Verschwindenlassen und Tötungen. Dies geschah auch regelmäßig im Rahmen des „war on drugs“. Journalist:innen wurden wegen ihrer Berichterstattung schikaniert und falschen Anschuldigungen ausgesetzt – darunter auch Maria Ressa, die mit dem Nachrichtenportal Rappler für Meinungsfreiheit und gegen Falschinformationen ankämpft und dafür im Dezember mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde.

## Positive Entwicklungen

Der CIVICUS-Monitor dokumentiert, wie sich in der Region Zivilgesellschaften erfolgreich zur Wehr setzten. Neben der **Mongolei** etwa in **Südkorea**, wo die Regierung restriktive Änderungen des Mediengesetzes wegen des Widerstands von zivilgesellschaftlichen Gruppen und Medien zurücknahm. Die anhaltende Kampagnenarbeit vieler Aktivist:innen auf den **Philippinen** hat dazu geführt, dass der Internationale Strafgerichtshof im September eine offizielle Untersuchung wegen mutmaßlicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen den Präsidenten Rodrigo Duterte einleitete. Auf die Klagen mehrerer Journalist:innen und Aktivist:innen hat der Oberste Gerichtshof **Indiens** eine unabhängige Untersuchung eingeleitet über den Einsatz der Überwachungssoftware Pegasus. In **Pakistan** nahmen trotz Einschüchterungen und Drohungen Tausende Frauen im ganzen Land an Frauenmärschen teil, um den Internationalen Frauentag zu begehen. Auf Druck von LSBTI-Aktivist:innen erließ das Parlament von **Bhutan** ein Gesetz zur Entkriminalisierung gleichgeschlechtlicher Beziehungen. Im Pazifikraum reagierten die **tonganischen** Behörden auf den starken Druck der Zivilgesellschaft, nachdem der LSBTI-Aktivist Polikalepo Kefu ermordet worden war: Der Täter kam vor Gericht.

# Europa/Zentralasien



## Abnehmender Respekt

In Zentralasien und in Teilen Europas setzt sich die Missachtung bürgerlicher Grundfreiheiten fort – auch in etablierten Demokratien.

### Überblick

In den Ländern Europas und Zentralasiens wird der Handlungsraum der Zivilgesellschaft zunehmend kleiner. Gleich drei EU-Mitgliedsstaaten sind herabgestuft worden: **Belgien** und **Tschechien** jeweils von „offen“ nach „beeinträchtigt“, **Polen** von „beeinträchtigt“ nach „beschränkt“. Der vierte Absteiger der Region ist **Belarus**. Von den 54 Ländern der Region stuft CIVICUS den zivilgesellschaftlichen Raum in nur 19 als „offen“ ein, in 21 „beeinträchtigt“, in sieben „beschränkt“, in drei „unterdrückt“ und in vier „geschlossen“. Besonders bemerkenswert in Europa: Selbst etablierte Demokratien wie Frankreich und Großbritannien haben in den zurückliegenden Jahren Gesetze erlassen, die Grundfreiheiten

bedrohen. In Zentralasien schränken Regierungen den ohnehin begrenzten Raum für die Zivilgesellschaft immer weiter ein, etwa indem sie Journalist:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen schikanieren.

### Das ist passiert

Die Herabstufung **Belgiens** geht in erster Linie auf das harte Vorgehen der Polizei gegen friedliche Versammlungen zurück. Zwischen November 2020 und Januar 2021 reagierte sie auf drei Proteste gegen Diskriminierung und soziale Ungleichheit mit übermäßiger Gewalt – sogar scharfe Munition kam zum Einsatz. Zudem wurde die Polizei rassistischer Beleidigungen, Schlägen und Würgegriffen beschuldigt. Hunderte



## Die fünf häufigsten Grundrechtsverletzungen

Verhaftung von Protestierenden

Einschüchterung

Schikane

Restriktive Gesetze

Attacken auf Journalist:innen

### Gesamt

■ offen	19 Länder
■ beeinträchtigt	21 Länder
■ beschränkt	7 Länder
■ unterdrückt	3 Länder
■ geschlossen	4 Länder

### EU

■ offen	12 Länder
■ beeinträchtigt	13 Länder
■ beschränkt	2 Länder
■ unterdrückt	0 Länder
■ geschlossen	0 Länder

Demonstrierende wurden festgenommen, auch Minderjährige. Und bei der Durchsetzung von Pandemie-Maßnahmen wurden Wasserwerfer und Tränengas eingesetzt, insbesondere gegen Angehörige ethnischer Minderheiten.

**Tschechiens** Herabstufung ist vor allem Ausdruck davon, dass die Unabhängigkeit der Medien in Gefahr gerät. Im Mai kündigte das Büro des Präsidenten Miloš Zeman in einem Statement mit der Überschrift „Kampf gegen Falschinformationen“ nicht nur an, mehreren Investigativ-Medien keine Informationen mehr zur Verfügung zu stellen. Auch an einer gemeinsamen Pressekonferenz des scheidenden Ministerpräsidenten und Milliardärs Andrej Babiš, dessen Name in den „Pandora Papers“-Recherchen auftauchte, und des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán durften bestimmte Journalist:innen nicht teilnehmen. Zudem versuchte die Politik, durch Personalentscheidungen oder direkte Einflussnahme Inhalte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu steuern. Hinzu kommt: Immer mehr Medien gehören Geschäftsleuten oder Politiker:innen.

Noch weiter geht der demokratische Niedergang in **Polen**. Seit ihrem Amtsantritt 2015 hat die Regierungspartei PiS eine Justizreform vorangetrieben, die die Gewaltenteilung unter-

miniert. Nun nutzt sie die von ihr kontrollierte Justiz, um ihre gesellschaftspolitische Agenda durchzusetzen. So verschärfte etwa im Oktober 2020 das Verfassungsgericht die Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruchs. Frauen, die dagegen protestierten, wurden strafrechtlich verfolgt. Viele wurden mit Mord und Vergewaltigung bedroht. Auch andere Gruppen sind in Bedrängnis geraten: Mit einem Ende 2021 eingebrachten Gesetzentwurf sollten Veranstaltungen der LSBTI-Community verboten werden, um „homosexuelle Propaganda im öffentlichen Raum“ zu stoppen. Von Herbst an machte Polen Schlagzeilen damit, die Grenze zu Belarus von der Öffentlichkeit abzuschirmen und so etwa die Arbeit von Journalist:innen und Menschenrechtsorganisationen zu behindern.

In **Belarus** selbst waren die Vorgänge an der Grenze nur der Höhepunkt eines demokratischen Niedergangs, der sich anhand vieler Vorkommnisse belegen lässt. Um die EU unter Druck zu setzen, holte Lukaschenko Ende 2021 Geflüchtete aus dem Irak und Syrien ins Land und ließ sie an die Grenzen der EU transportieren. Infolge von Kälte und Hunger starben etliche Migrant:innen. Im vergangenen Jahr haben die Behörden außerdem Hunderte Demonstrierende und Journalist:innen

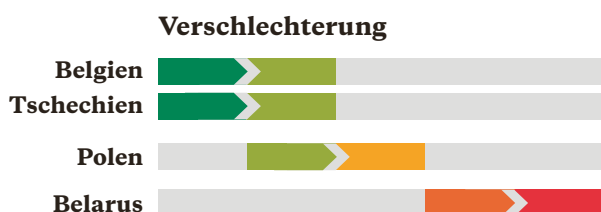
überfallen, angegriffen, inhaftiert oder angeklagt. Amnesty International und lokale Menschenrechtsorganisationen haben Folter und Misshandlungen dokumentiert an Inhaftierten, die zuvor friedlich demonstriert hatten. Der ehemalige Präsidentschaftskandidat und Lukaschenko-Gegner Viktor Babariko wurde zu einer Haftstrafe von 14 Jahren verurteilt. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Medien wurden aufgelöst und Gesetze geändert, um Bürger:innen davon abzuhalten, sich zu organisieren, sowie um Journalist:innen an der Berichterstattung zu hindern. Viele Oppositionelle und Mitarbeitende von zivilgesellschaftlichen Organisationen haben das Land verlassen und versuchen, ihre Arbeit im Exil fortzusetzen. Einer der prominentesten Fälle: der Regierungskritiker und Blogger Roman Protasewitsch. Er war während eines Linienflugs von Athen nach Vilnius bei einer erzwungenen Notlandung in Minsk verhaftet worden und ist seitdem in Haft. Auch in Zentralasien werden Menschen zu Opfern von Online-Angriffen, anonymen Drohungen und Überwachung bis hin zu Festnahmen, strafrechtlicher Verfolgung und Inhaftierung, wenn sie als Journalist:innen arbeiten, Menschenrechte verteidigen oder an Demonstrationen teilnehmen. So verfolgt zum Beispiel die Regierung **Turkmenistans**, die die Existenz von COVID-19 leugnet und die Zivilgesellschaft so unterdrückt wie wenige andere weltweit, ihre Kritiker:innen bis ins Exil. Zudem versucht sie digitale Instrumente wie VPN-Verbindungen zu verhindern, mit denen sich Internet-Beschränkungen umgehen lassen. Unterstützung erhält sie von der Justiz: Wegen Kritik an den Pandemiemaßnahmen verurteilte ein Gericht einen Aktivist zu vier Jahren Gefängnis.

## Inhaftierung von Demonstrierenden

Die häufigste Grundrechtsverletzung waren 2021 Verhaftung von Demonstrierenden und Gewalt durch Sicherheitskräfte und Behörden. Sie wurden in 36 Ländern dokumentiert.

## Die Absteiger

■ offen      ■ beschränkt      ■ geschlossen  
■ beeinträchtigt      ■ unterdrückt



Quelle: CIVICUS (2021): *People Power Under Attack*

Besonders betroffen davon waren Gruppen, die sich für die Rechte von Frauen, LSBTI-Personen, Klimaschutz oder Rechte von Arbeitnehmenden starkmachen. Auch viele junge Erwachsene gerieten allein deswegen in Gefahr, weil sie von ihrem Versammlungsrecht Gebrauch machten.

In der **Türkei** protestierten etwa Tausende Studierende der Istanbul Boğaziçi-Universität in Istanbul gegen die Ernennung eines neuen Rektors, der als Vertrauter des Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan gilt. Sicherheitskräfte reagierten auf die Proteste in 38 Städten mit Tränengas, Gummigeschossen und Wasserwerfern. Auch bei anderen Gelegenheiten kam es zu solchen Überschreitungen, etwa bei Massenprotesten, nachdem die Türkei ihren Austritt aus der Istanbul-Konvention erklärt hatte, die zum Ziel hat, Gewalt gegen Frauen zu unterbinden. In **Großbritannien** gab es zahlreiche Proteste gegen ein Gesetz, das als „Policing Bill“ bekannt wurde: Es gibt der Polizei mehr Befugnisse, um Proteste zu unterbinden. Bei den #KillTheBill-Protesten in Bristol ging die Polizei gewaltsam vor und verhaftete 78 Demonstrierende. Auch bei Protesten gegen Rassismus und für Klimaschutz kam es wiederholt zu Festnahmen. In **Frankreich** demonstrierten im Januar über 200.000 Menschen gegen das „Gesetz zur globalen Sicherheit“. Menschenrechtsorganisationen berichteten von 13.000 Verhafteten, darunter Minderjährige. In **Russland** kam es zu Massenprotesten und Solidaritätsbekundungen, nachdem Oppositionsführer Alexej Nawalny, der 2020 ein Attentat überlebt hatte, nach Russland zurückgekehrt und am Flughafen festgenommen worden war. Im Februar wurde er wegen vermeintlicher Verstöße gegen Bewährungsaufgaben zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, was weitere Proteste auslöste. Berichten zufolge wurden zwischen Januar und Februar in 125 Städten mehr als 11.000 Menschen festgenommen und mehr als 9.000 Zivil- und 90 Strafverfahren gegen Demonstrierende eingeleitet, die die Freilassung von Nawalny gefordert hatten. Nawalys Bewährungsaufgaben waren das Ergebnis eines Gerichtsverfahrens, das der Europäische Gerichtshof für unfair und willkürlich erklärt hat. Protest gab es zum Ende des Jahres auch gegen die vom Obersten Gericht der Russischen Föderation verhängte Zwangsauflösung von Memorial International, der ältesten Menschenrechtsorganisation des Landes. Sie wurde im Januar 1989 unter anderem vom Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow gegründet.

## Einschränkung von Grundrechten durch restriktive Gesetze

2021 hat CIVICUS in mindestens 32 Ländern in Europa und Zentralasien die Verabschiedung restriktiver Gesetze dokumentiert. Einige schränkten Grundrechte ein, um die Folgen



| Unter anderem wegen der Durchsetzung rigider Abtreibungsregeln gilt die Zivilgesellschaft von Polen als „beschränkt“. Im November 2021 protestieren Frauenrechtler:innen mit Stoffpuppen und Kunstblut vor dem Parlamentsgebäude in Warschau.

der COVID-19-Pandemie abzumildern. Andere zielten darauf ab, die Freiheit der Medien oder die Versammlungsfreiheit zu beschränken. In zentralasiatischen Ländern wie **Kasachstan** und **Kirgisistan** wurden Gesetze eingeführt, mit denen regierungskritische Online-Inhalte zensiert werden können.

In **Ungarn** verabschiedete die Regierung von Viktor Orbán inmitten der Pandemie Gesetze, die LSBTI-Rechte einschränken, darunter Verbote von LSBTI-Medien, -Werbung und -Informationsmaterial, sowie neue Vorschriften, die Geschlechtsidentitäten rigide definieren. Im Juli verabschiedete die Nationalversammlung **Frankreichs** trotz massiven Widerstands der Zivilgesellschaft das sogenannte „Separatismusgesetz“: Es erlaubt den Behörden, zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich nicht an die „Grundsätze der französischen Republik“ halten, die öffentliche Finanzierung zu entziehen. Kritiker:innen befürchten, dass es unter anderem zu einer verstärkten Kontrolle von Religionsgemeinschaften führen wird. Bereits im April hatte das Parlament das „Gesetz für globale Sicherheit“ beschlossen: Damit kann etwa das Filmen bestimmter Polizeieinsätze unter Strafe gestellt, aber der Einsatz von Drohnen zur Überwachung erlaubt werden. In der **Türkei** wurde Ende 2020 ein neues Gesetz verabschiedet mit der Begründung, die Finanzierung von Terrorismus zu

bekämpfen. Es bedroht zivilgesellschaftliche Organisationen, indem es eine strengere staatliche Kontrolle ermöglicht, etwa um Spendenkampagnen zu blockieren, ihre Vorstände durch Treuhänder zu ersetzen und ihre Tätigkeit auszusetzen.

## Positive Entwicklungen

Zivilgesellschaftliche Organisationen feierten im vergangenen Jahr aber auch Erfolge. Etwa in **Dänemark**, wo ein breiter Protest gegen das Gesetz mit dem Namen „Sicherheit für alle Dänen“ dazu führte, dass das Parlament eine Klausel daraus ablehnte: Diese hätte der Polizei erlaubt, an bestimmten Orten wie Parks oder Straßen, die sonst zugänglich sind, an bis zu 30 Tagen Versammlungen zu verbieten. Auch in **Rumänien** beschloss die Regierung auf Druck der Zivilgesellschaft hin Gesetzesänderungen, die die bürokratischen Verfahren für zivilgesellschaftliche Organisationen erheblich vereinfachen. Im Januar trat zudem ein Gesetz in Kraft, das Hassverbrechen gegen die Roma-Gemeinschaft unter Strafe stellt.

Mitte November entschied der Europäische Gerichtshof, dass die Androhung von Haft für Personen, die Asylbewerber:innen in **Ungarn** bei ihrem Asylantrag unterstützen, gegen EU-Recht verstößt: 2018 hatte die ungarische Regierung ein Gesetz beschlossen, das unter dem Schlagwort „Stop-Soros-Gesetz“ bekannt geworden war. Das Gesetz erklärt Hilfe bei „unzulässigen“ Asylanträgen zur Straftat und richtete sich ganz bewusst gegen NGOs, die Asylsuchende unterstützen.

# Afrika südlich der Sahara



## Die fünf häufigsten Grundrechtsverletzungen

-  Verhaftung von Journalist:innen
-  Zensur
-  Verhaftung von Protestierenden
-  Attacken auf Journalist:innen
-  Störung von Protestaktionen



# Kein Recht auf freie Meinung

In vielen Ländern der Region hat das Militär die Macht übernommen und unterdrückt Kritiker:innen – Menschenrechtsverteidiger:innen ebenso wie unabhängige Medien.

## Überblick

Von den 49 Ländern Subsahara-Afrikas stuft der CIVICUS-Monitor sechs als „geschlossen“ ein, 24 als „unterdrückt“ und 13 als „beschränkt“. Sowohl **Botswana** als auch **Südafrika** sind von „beeinträchtigt“ nach „beschränkt“ herabgestuft worden, **Mali** und **Mosambik** von „beschränkt“ nach „unterdrückt“. Damit ist die Zahl der Staaten, in denen die bürgerlichen Grundfreiheiten massiv beschnitten werden, gegenüber dem Vorjahr noch einmal um zwei gestiegen. Nur in den beiden Inselstaaten **Kap Verde** und **São Tomé und Príncipe** sind die Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft wie 2020 „offen“, in vier Ländern sind sie „beeinträchtigt“.

## Das ist passiert

Die Herabstufung **Südafrikas** ist die Folge einer stetigen Verschlechterung der Lebensbedingungen einerseits und des kleiner werdenden Handlungsraums der Zivilgesellschaft andererseits. Auf Hunger oder Arbeitslosigkeit reagierten die Menschen 2021 mit Protesten. Allein im Juli gab es landesweit 232 Demonstrationen – so viele wie nie zuvor in einem Monat. Sicherheitskräfte reagierten mit Gewalt: Im März erschoss die Polizei einen Unbeteiligten, als sie einen Protest von Studierenden an einer Universität in Johannesburg auflöste. Auch rund um die Entlassung des ehemaligen Präsidenten Jacob Zuma aus dem Gefängnis im Juni kam es zu Ausschreitungen und Plünderungen: 3.000 Menschen wurden festgenommen, etwa 300 kamen ums Leben, darunter Menschenrechtsaktivist:innen und Whistleblower.

Das benachbarte **Botswana** wurde vor allem herabgestuft wegen zahlreicher Verhaftungen von Demonstrierenden, die gegen Korruption innerhalb der Regierung und den wirtschaftlichen Abschwung protestierten.

Der Handlungsraum in **Mosambik** wird in die Kategorie „unterdrückt“ herabgestuft, weil die Meinungsfreiheit stetig beschnitten wird und sich die Arbeitsbedingungen für Journalist:innen immer weiter verschlechtern; vor allem für jene, die zu Wahlbeobachtung, Transparenz, Korruption sowie zum Konflikt in Nordmosambik recherchieren. Viele werden angegriffen, eingeschüchtert und schikaniert.

**Mali** ist der vierte Absteiger der Region. Nach der Parlamentswahl im Juni 2020 warf die Opposition der Regierung Wahlfälschung vor. Es kam es zu Massenprotesten mit Toten und Verletzten. Im August folgte ein Militärputsch. Die Regierung von Staatspräsident Ibrahim Boubacar Keïta wurde abgesetzt. Im Oktober 2020 wurde eine auf 18 Monate angelegte Übergangsregierung ernannt. Nach einem erneuten Putsch Ende

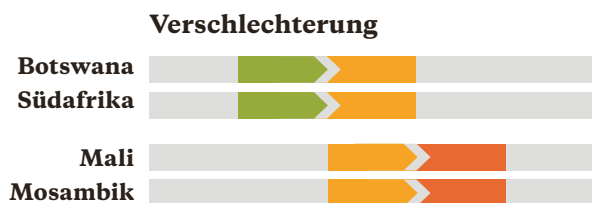
Mai 2021 wurde Oberst Assimi Goïta am 7. Juni als Übergangspräsident vereidigt. Er leitete die zweite Phase des politischen Übergangs ein, der nach eigener Aussage die Sicherheit der Bevölkerung als oberste Priorität ansieht. Die für Februar 2022 geplanten Wahlen fanden nicht statt. Ein nationaler Beratungsprozess verschiedener politischer Kräfte bewog die Militärjunta dazu, dem westafrikanischen Staatenbündnis ECOWAS einen Plan für eine längere Übergangsphase vorzulegen. Das hatte allerdings eine diplomatische Krise zur Folge: Grenzen wurden geschlossen und Konten in der westafrikanischen Zentralbank eingefroren. Ein Großteil der malischen Bevölkerung sowie Akteur:innen aus Politik und Zivilgesellschaft demonstrieren offen gegen die Entscheidung der ECOWAS. Anschläge und kriminelle Überfälle sind an der Tagesordnung, und außerhalb der Städte gelingt es der malischen Armee und internationalen Militärmissionen kaum, für Stabilität und Sicherheit zu sorgen.

Auch in anderen Ländern kam es 2021 zu illegitimen Machtübernahmen, die oft mit Menschenrechtsverletzungen einhergingen. In **Tschad** kam es Mitte April zu einem Putsch, nachdem der Präsident Idriss Déby gestorben war – erst wenige Tage vorher hatte er bei den Präsidentschaftswahlen seine sechste Amtszeit gewonnen, begleitet von Protesten, die niedergeschlagen worden waren. Unter der Leitung von Débys Sohn übernahm ein militärischer Übergangsrat die Macht, setzte die Verfassung aus und löste die Regierung auf. Dem folgten weitere Proteste durch einen Zusammenschluss von Opposition und zivilgesellschaftlichen Gruppen, die die Wiedereinsetzung einer zivilen Regierung forderten. Sie wurden unterdrückt oder verboten. Zwischen 27. April und 19. Mai wurden mindestens 16 Demonstrierende getötet und mehr als 700 verhaftet.

Im benachbarten **Sudan** setzte der Vorsitzende des Souveränen Rates, General Abdel Fattah al-Burhan, am 25. Oktober den zivilen Premierminister der Übergangsregierung Abdalla Hamdok ab und stellte ihn unter Hausarrest. Er ließ zudem einige Regierungsvertreter verhaften und Teile des verfassungsgebenden Dokuments aussetzen. Dieses war nach dem Sturz des autoritären Regimes von Omar al-Bashir seit 2019 Grundlage für die gemeinsame Arbeit von Militär und zivilen Kräften bis zu demokratischen Wahlen. Auf die Massenproteste gegen diese militärische Machtübernahme reagierten die Sicherheitskräfte mit Tränengas und scharfer Munition, Menschen wurden getötet. Das Internet wurde immer wieder abgeschaltet. Am 21. November wurde Hamdok nach einem Monat Hausarrest aufgrund internationalen Drucks wieder als Interims-Premierminister eingesetzt. Ein 15-Punkte-Papier des Militärs, das Hamdok unterschrieb, lehnten weite

## Die Absteiger

■ offen      ■ beschränkt      ■ geschlossen  
■ beeinträchtigt      ■ unterdrückt



Quelle: CIVICUS (2021): *People Power Under Attack*

Teile der Opposition ab und wurde von der Zivilgesellschaft nicht anerkannt. Sie setzten ihre friedlichen Proteste gegen das Militär fort. Ihnen wurde weiter mit Gewalt begegnet, Vergewaltigungen eingeschlossen. Dabei kamen Menschen auch zu Tode. Anfang Januar 2022 trat Hamdok wegen mangelnder Unterstützung schließlich zurück.

### Angriffe auf Journalist:innen

Die häufigste Verletzung der Rechte der Zivilgesellschaft in dieser Region waren Inhaftierungen von Journalist:innen. Dokumentiert sind sie in 24 Ländern – meist in Folge von Kritik an Behörden oder Berichten über Korruption. In **Tschad** etwa wurden Journalist:innen von der Polizei angegriffen, Büros von Nichtregierungsorganisationen und freien Radios tagelang besetzt und die Mitglieder und Mitarbeitenden eingeschüchtert. In **Mosambik** ist das Schicksal des Community-Radiojournalisten Ibrahim Abu Mbaruco bis heute unbekannt: Er ist im April 2020 verschwunden – in seiner letzten Textnachricht soll er geschrieben haben, er sei „vom Militär umzingelt“. Aber auch Menschenrechtsverteidiger:innen bringen sich mit ihrer Arbeit immer häufiger in Lebensgefahr. In **Togo** wurde Carlos Ketohou, Journalist und Herausgeber der Zeitung *L'Indépendant Express*, von Sicherheitskräften unter dem Vorwurf der Verleumdung festgenommen und vier Nächte lang festgehalten. In **Uganda** wurden zwei Online-Journalisten vom Obersten Gerichtshof wegen Verleumdung gemäß eines Artikels des Strafgesetzbuchs inhaftiert. Sie hatten in Frage gestellt, dass ein ugandisches Unternehmen mit dem Bau einer Straße beauftragt worden war. In die Schlagzeilen geriet das Land aber auch dadurch, dass bei einer Verlobung eines LSBTI-Paars 44 Menschen verhaftet wurden. Der Vorwurf lautete: Verbreitung einer ansteckenden Krankheit.

### Zensur

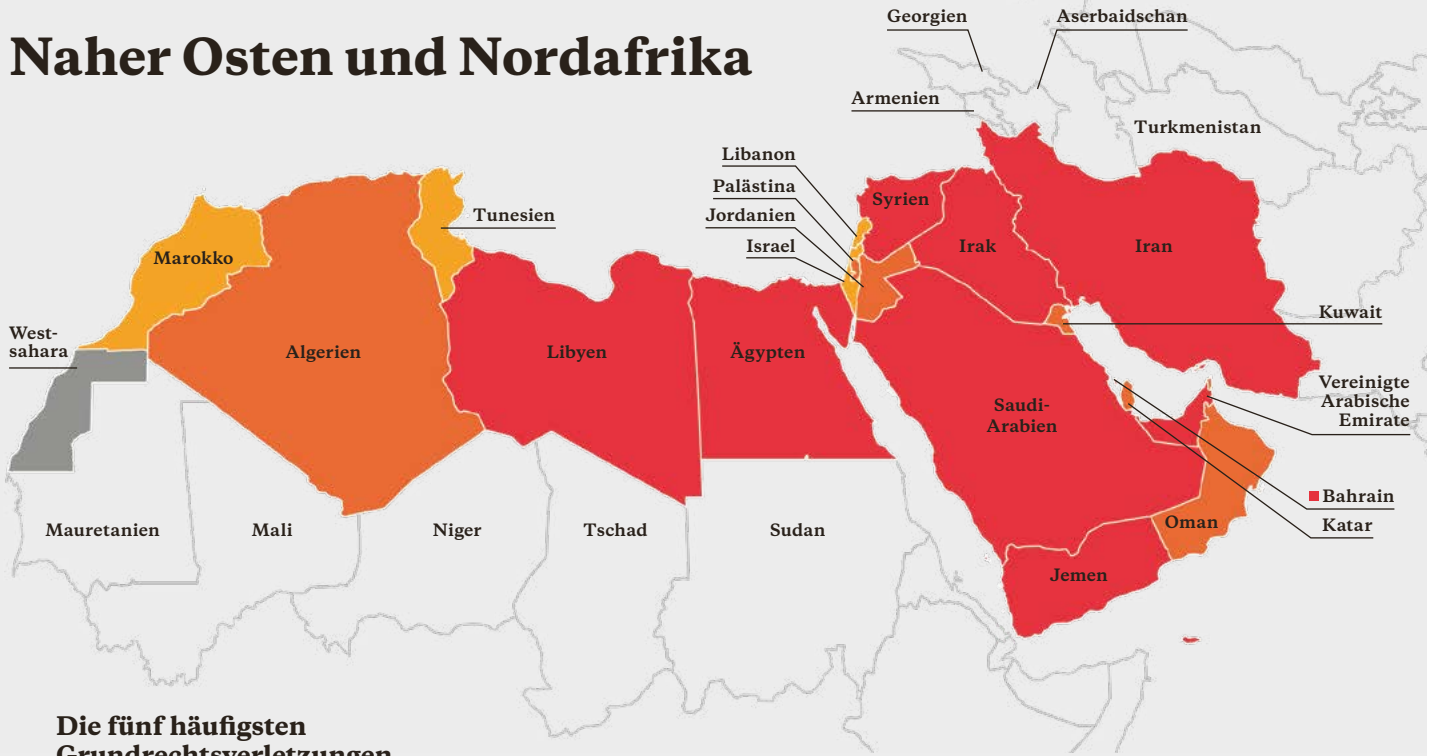
Auch von der zweithäufigsten Verletzung von Freiheitsrechten sind vor allem jene betroffen, die ihre Stimme gegen Missstände erheben. Aus zahlreichen Ländern wurden Versuche gemeldet, die Verbreitung von Informationen zu verhindern, sei es unter dem Vorwurf, die nationale Sicherheit zu untergraben, oder gegen Gesetze verstoßen zu haben. So entzog beispielsweise am 15. Juli die **äthiopische** Medienbehörde dem unabhängigen Medienunternehmen *Addis Standard* die Lizenz. Der Grund war die Berichterstattung über den Tigray-Konflikt. Sechs Tage später durfte die Redaktion ihre Arbeit wieder aufnehmen. Der im November verhängte Ausnahmezustand sieht die Suspendierung oder den vollständigen Entzug der Lizenz für Medien und Journalist:innen vor, die sich verdächtig machen, dem politisch-militärischen Gegner direkte oder indirekte, moralische oder materielle Unterstützung zu leisten. Zudem ist es verboten, andere als die offiziellen Informationen der Regierung über militärische Vorgänge zu verbreiten. Dies beschränkt die ohnehin schwierige objektive Berichterstattung über das Leid der Millionen vom Krieg betroffenen Menschen noch weiter.

### Positive Entwicklungen

Trotz solcher Herausforderungen hat die Zivilgesellschaft in Afrika südlich der Sahara wesentlich dazu beigetragen, dass auch Gesetze verabschiedet wurden, die – bei Umsetzung – positive Folgen haben werden. So beschloss am 1. Juli die Nationalversammlung von **Gambia** das Gesetz über den Zugang zu Informationen, ein Ergebnis enger Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Regierung. Es stellt sicher, dass Bürger:innen innerhalb einer bestimmten Zeitspanne alle relevanten Informationen über das Handeln von Regierung oder Behörden erhalten müssen – ein wichtiger Schritt für mehr Transparenz. Am 23. Juli hat **Sierra Leone** per Gesetz die Todesstrafe abgeschafft.

Die Zivilgesellschaft verteidigte auch das Recht auf freie Meinungsäußerung: Bei einer von mehreren großen **nigerianischen** Zeitungen organisierten Kampagne beispielsweise war auf den Titelseiten das Bild eines Mannes mit versiegeltem Mund abgedruckt – ein Protest gegen das Vorhaben, soziale Plattformen zu regulieren und die Möglichkeiten zur Zensur auszubauen. Auch Radio- und Fernsehstationen beteiligten sich an diesem Protest. Anschließend kündigte das Parlamentsmitglied, das die Gesetze eingebracht hatte, an, dass das Gesetzgebungsverfahren ausgesetzt werde, um sich mit Akteur:innen der Zivilgesellschaft dazu auszutauschen.

# Naher Osten und Nordafrika



## Die fünf häufigsten Grundrechtsverletzungen



Verhaftung von Menschenrechtsverteidiger:innen



Schikane



Zensur



Verhaftung von Protestierenden



Verhaftung von Journalist:innen

■ offen	0 Länder
■ beeinträchtigt	0 Länder
■ beschränkt	4 Länder
■ unterdrückt	6 Länder
■ geschlossen	9 Länder

## Geschlossene Gesellschaften

In keiner anderen Weltregion geraten Menschen so sehr unter Druck, wenn sie sich für Demokratie oder Menschenrechte einsetzen.

### Überblick

Im Nahen Osten und in Nordafrika sind nach wie vor einige der repressivsten Regime der Welt an der Macht. Mit **Jordanien** ist ein weiteres Land in die Kategorie „unterdrückt“ herabgestuft worden. Damit sind von den 19 Ländern neun als „geschlossen“ angegeben. In sechs ist die Zivilgesellschaft „unterdrückt“ und in vier „beschränkt“. Kein einziges Land gilt als „offen“ oder „beeinträchtigt“.

### Das ist passiert

Die Herabstufung **Jordaniens** geht unter anderem darauf zurück, dass die letzte unabhängige Lehrgewerkschaft aufgelöst wurde. Deren Mitglieder wurden von den Behörden schikaniert, eingeschüchert und willkürlich verhaftet. Zudem ließ

die Regierung mehrmals das Internet oder den Zugang zu Sozialen Netzwerken sperren, etwa als im April Medien über einen mutmaßlichen Putschversuch berichten wollten.

In **Ägypten** wurden Zivilgesellschaft und Pressefreiheit durch polizeistaatliches Vorgehen massiv unterdrückt – begründet oft mit Terrorismusbekämpfung. Gesetze verbieten die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen, wenn sie von der Staatsmacht als politisch bewertet wird. Dies betrifft neben Menschenrechts- auch Watch-Dog-Organisationen, die etwa Nepotismus und andere Formen der Korruption beobachten. Daher ist die Zahl der Aktivist:innen stark zurückgegangen. Einige gingen ins Exil oder stellten ihre Arbeit ein. Nur wenige arbeiten „unter dem Radar“ weiter, mit Angst um ihr Leben.

Im **palästinensisch-israelischen** Konflikt geriet die palästinensische Zivilgesellschaft durch Delegitimierungen und

---

## Die Absteiger

■ offen      ■ beschränkt      ■ geschlossen  
■ beeinträchtigt      ■ unterdrückt

### Verschlechterung

Jordanien 

Quelle: CIVICUS (2021): *People Power Under Attack*

Diffamierungen weiter unter Druck. Der israelische Verteidigungsminister erklärte sechs führende palästinensische Menschenrechtsorganisationen zu Terrororganisationen – ohne Beweise vorzulegen. Die Kriminalisierung der Organisationen stellt eine neue Eskalationsstufe dar, die die Menschenrechtsarbeit gefährdet.

Der **Libanon** geriet in eine schwere Wirtschafts- und Staatskrise. Wer kann, verlässt das Land. Viele Menschen protestierten gegen Staatsversagen und Korruption. Bei Zusammenstößen mit der Polizei wurden über 200 Demonstrant:innen verletzt, mehrere kamen ums Leben. Protestierende wurden vor Militärgerichte gestellt. Journalist:innen, die die politischen Verhältnisse kritisiert hatten, wurden angegriffen oder ermordet. Im **Irak** beteiligten sich bei den Parlamentswahlen 2021 nur 41 Prozent der Wahlberechtigten. Wer es wagt, die politischen Eliten zu kritisieren, dem drohen willkürliche Verhaftungen, gewaltsames Verschwindenlassen und außergerichtliche Tötungen. **Syrien** ist nach wie vor eines der gefährlichsten Länder der Welt für Journalist:innen, wie der Fall des Journalisten Hussain Khattab zeigt: Er wurde von nicht identifizierten maskierten Bewaffneten ermordet. Auch im **Jemen** bleibt die Lage dramatisch. So wurden mehrere Journalist:innen ermordet, darunter eine 27-jährige Reporterin auf dem Weg ins Krankenhaus zur Geburt ihres Kindes.

## Inhaftierungen von Menschenrechtsverteidiger:innen

Die häufigste Grundrechtsverletzung in dieser Region war die Inhaftierung von Menschenrechtsverteidiger:innen. In mindestens elf der 19 Länder wurden solche Verstöße dokumentiert. Inhaftierte erhielten oft keinen Zugang zu Anwält:innen, keine Anklage oder kein ordentliches rechtliches Verfahren. Oft wurde ihnen medizinische Versorgung vorenthalten. Die Haftbedingungen sind unmenschlich, Inhaftierte berichteten von Folter. Todesfälle bleiben ungeklärt. Hunderte von Menschenrechtsverteidiger:innen wurden in **Saudi-Arabien** zu teils mehrjährigen Haftstrafen verurteilt, darunter Mohammad Abdullah Al-Otaibi, der seit 2018 in

Haft ist, weil er eine Menschenrechtsorganisation gegründet hatte. In **Ägypten** wurden drei leitende Mitarbeiter der „Initiative für Persönlichkeitsrechte“ nach einem Treffen mit europäischen Diplomat:innen inhaftiert. Im **Irak** wurde der Aktivist Hussain Al-Shahmani drei Tage festgenommen: Er hatte in Videos Korruption und schlechte Regierungsführung kritisiert. Im **Iran** werden jene weiter verfolgt, die für ihr Menschenrechtsengagement bereits Haftstrafen verbüßt hatten: Nach fünf Jahren im Gefängnis wurde etwa Nardes Mohammadi im Mai 2021 zu weiteren zweieinhalb Jahren verurteilt. In **Palästina** wurden mindestens 13 Journalist:innen von den israelischen Behörden festgehalten, nachdem sie über Zusammenstöße zwischen Palästinensern und israelischen Streitkräften berichtet hatten. Der Aktivist Nasir Banat, der Korruption in den palästinensischen Behörden kritisierte, starb nach seiner brutalen Festnahme unter ungeklärten Umständen in palästinensischer Haft. In Ramallah versammelten sich Hunderte vor dem Sitz der Autonomiebehörde und forderten Aufklärung. Sicherheitskräfte reagierten mit Tränengas. Etwa 30 Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft wurden verhaftet – darunter Gewerkschafter:innen, Journalist:innen, Dichter:innen und Professor:innen.

## Zensur

Ein weiteres Instrument zur Bekämpfung der Zivilgesellschaft war Zensur, die zweithäufigste Grundrechtsverletzung in dieser Region. Durch die zunehmende Überwachung von sozialen Medien entstand ein Klima der Einschüchterung. Im **Iran** etwa wurde im Februar 2021 das Internet abgeschaltet. Zuvor waren Proteste aufgeflammt, nachdem die Revolutionsgarden der Islamischen Republik auf eine Gruppe Unbewaffneter geschossen hatten; mindestens neun Menschen starben, darunter ein Minderjähriger. In **Ägypten** wurde eine Strafrechtsänderung umgesetzt, die die Berichterstattung über und die Dokumentation von Strafprozessen kriminalisiert. Die **Vereinigten Arabischen Emirate** verurteilten Ahmed Etoum zu zehn Jahren Haft. Er hatte in Facebook-Posts die jordanische Regierung kritisiert.

## Positive Entwicklungen

Der palästinensischen Zivilgesellschaft gelang es 2021, eine Änderung der palästinensischen Gesetzgebung für Nichtregierungsorganisationen zu verhindern, die den Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft weiter eingeschränkt hätte. Im Januar 2022 ist ein ehemaliger Offizier des syrischen Regimes in Deutschland in einem Prozess um Staatsfolter wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Der Prozess und das Urteil gelten als Meilenstein des Völkerstrafrechts.

# Schwerpunkt Digitalisierung: Gefahren und Chancen für die Zivilgesellschaft im Netz



# W

eltweit nutzen Staaten und Regierungen das Netz, um unliebsame Stimmen zum Schweigen zu bringen. Oft geschieht das unter dem Vorwand, Hass und Hetze einzudämmen. Gleichzeitig nimmt tatsächlicher Hass auf eine Weise zu, die Regeln für den digitalen Diskurs notwendig macht. Daraus resultieren jedoch noch mehr Möglichkeiten für Überwachung und Zensur. Die Zivilgesellschaft aber findet weitere Wege, digitale Instrumente erfolgreich zu nutzen.

# Internet und Zivilgesellschaft: Der digitale Raum wird enger

Die Idee vom Internet als Freiheitsmedium hat gelitten. Autoritäre Regime setzen digitale Technologien als Kontrollinstrument ein. Doch das Netz hat noch immer ein großes emanzipatorisches Potenzial.

Es gibt eine alte Erzählung, die sagt: Das Internet ist unzensurierbar. Die dezentrale Organisation der Infrastruktur mache sie immun gegen Kontrolle, glaubten viele. Die globale Vielfalt der Stimmen werde fast von allein für Demokratie sorgen, die Körperlosigkeit der Begegnungen für ein Ende von Diskriminierung. „Wir erschaffen eine Welt, in der jede:r Einzelne an jedem Ort die eigenen Überzeugungen zum Ausdruck bringen kann, ohne Angst, zum Schweigen oder zur Konformität gezwungen zu werden“, schrieb der US-Bürgerrechtler John Perry Barlow 1996 in seiner „Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace“.<sup>8</sup>

Als 15 Jahre später der Arabische Frühling anbrach, schien es, als werde diese Utopie wahr. Durch die Straßen Nordafrikas und der Arabischen Halbinsel zogen damals nicht nur Zehntausende Demonstrant:innen und der Geruch von Tränengas, sondern auch die Idee dezentraler und vernetzter Massenproteste. Immer mehr Menschen taten im Netz ihren Unmut über repressive Politik und die katastrophale wirtschaftliche Lage kund, verabredeten sich zu Demonstrationen und teilten Bilder davon, die die staatlichen Medien zurückhielten. Für einen Moment sah es so aus, als würde die arabische Welt mit Hilfe digitaler Medien alle autokratischen Herrscher abschütteln.

## Immer weniger Internetfreiheit

Aus heutiger Sicht weiß man: Die Hoffnung, dass die Aufstände die politische Struktur der Region nachhaltig demokratisieren könnten, hat sich kaum erfüllt. Aktivist:innen aus der Region wurde zudem schnell deutlich, wie eurozentrisch die westliche Rede von „Facebook- und Twitter-Revolutionen“ war. Soziale Medien mögen als Verstärker des Protests gewirkt haben, doch das Rückgrat der Aufstände waren lokale Strukturen und oftmals ganz analoge Netzwerke des Widerstands.

Vor allem aber wirkten die Aufstände als Weckruf für die Diktatoren dieser Welt, ihre Regime digital aufzurüsten: Sie installierten Netzsperrern und bemächtigten sich der digitalen Infrastruktur, erließen Zensurgesetze und kauften im Westen Überwachungstechnologie. Wo dies schon vorher geschehen war, wurden digitale Protestposts schnell zu Beweismitteln: Unzählige Blogger:innen und Online-Aktivist:innen landeten im letzten Jahrzehnt im Gefängnis. Zum zwölften Mal in Folge konstatierte die NGO Freedomhouse 2021, dass die Internetfreiheit gegenüber dem Vorjahr kleiner geworden ist.<sup>9</sup>

## Internet: Sowohl Hilfe als auch Gefahr

Heute wissen wir, dass Internet beides zugleich ist: Ein Medium der Freiheit und ein Medium der Kontrolle – je nachdem, wie es technisch, sozial und politisch gestaltet wird. In vielen demokratischen Staaten etwa hat das Internet zu einer weiteren Demokratisierung der Öffentlichkeit beigetragen. So viele Menschen wie noch nie haben heute einfachen Zugang zu Wissen, Kultur und Diskursen. Damit haben sich auch die Spielräume zivilgesellschaftlicher Akteur:innen für Organisation und Mobilisierung erweitert, konnten marginalisierte Gruppen sich Gehör verschaffen. Durch das Hashtag-Prinzip von Social-Media-Plattformen wie Twitter konnten beispielsweise die vielen Einzelstimmen Schwarzer US-Amerikaner:innen zu einer politischen Bewegung werden. Vernetzt durch das Schlagwort #BlackLivesMatter waren sie ein mächtiger Chor, der Alltagsrassismus und Polizeigewalt anklagt. Ein anderes Beispiel für kollektive Kraft der Hashtags sind feministische Initiativen wie #Aufschrei in Deutschland, #ShutItAllDown in Namibia<sup>10</sup> oder #MeToo weltweit. Auch wenn sich dadurch allein noch nicht Verhältnisse ändern: Nie zuvor konnten Menschen ihren alltäglichen Erfahrungen mit sexualisierter Gewalt und Diskriminierung so erfolgreich Gehör verschaffen wie heute.

Doch auch rechtspopulistische und rechtsextreme Akteur:innen wissen die neuen Möglichkeiten zu nutzen – oft mit dem Ziel, jene Marginalisierten zum Schweigen zu bringen, die sich gerade erst ermächtigt sahen. Studien zeigen, dass im Netz insbesondere Frauen, queere Menschen und solche mit Migrationshintergrund angefeindet werden und sich immer öfter aus der digitalen Öffentlichkeit zurückziehen.<sup>11</sup> Derweil hat wohl kein Politiker so sehr von den Sozialen Medien profitiert wie Ex-Präsident Donald Trump. Die Targeting-Werkzeuge der Plattformen halfen seinem Wahlkampf 2016, gezielt Schwarze US-Bürger:innen zu demobilisieren,<sup>12</sup> Facebooks

Algorithmen belohnten seine polarisierende Rhetorik und blanke Desinformation mit unglaublicher Reichweite. Dass im Ringen um die demokratische Öffentlichkeit am Ende nicht diejenigen Akteur:innen die Oberhand behalten, die die Demokratisierung am liebsten rückgängig machen würden, ist keineswegs ausgemacht. Die Situation wird dadurch erschwert, dass mit den Sozialen Medien die wichtigsten Arenen der Netzöffentlichkeit von wenigen hyperkapitalistischen Konzernen betrieben werden. Sie haben Diskurse lange Zeit nur nach eigenem Gutdünken moderiert, geleitet von Profitstreben. Seit Jahren ringt die Politik deshalb darum, wie Plattformkonzerne und mit ihnen die digitale Öffentlichkeit zu regulieren sind. Nicht selten schießen sie dabei mit hehren Absichten über das Ziel hinaus. Deutschland etwa erhöht über das Netzwerkdurchsetzungsgesetz seit 2017 den Druck auf Facebook und Co., rechtswidrige Inhalte schnell zu löschen. Doch welche Äußerungen verboten sind und welche nicht, ist oft diffizil. Das abzuwägen, bleiben den Klickarbeiter:innen der Plattformen oft nur wenige Sekunden, im Zweifelsfall löschen sie lieber zu viel.<sup>13</sup> Erst 2021 verpflichtete eine Reform des Gesetzes die Unternehmen, ihren Nutzer:innen geordnete Widerspruchsverfahren zu ermöglichen und zu Unrecht gelöschte Inhalte wiederherzustellen. Unterdessen werden Innenminister:innen auch in Demokratien nicht müde, die staatliche Überwachung digitaler Räume auszubauen. Sie wollen Zugang zu verschlüsselten E-Mails und Messengern, verpflichten Telefon- und Internetanbieter zur anlasslosen Vorratsdatenspeicherung von Nutzungsdaten und versuchen, mit Gesichtserkennung & Co. auch die analoge Welt besser im Blick zu haben.

## Digitaler Aufruf, analoger Protest

Diesem wachsenden Kontrolldruck zum Trotz überwiegt in vielen liberalen Demokratien die emanzipatorische Wirkung des Internets. Bürger:innen dokumentieren mit Smartphones Polizeigewalt und rassistische Übergriffe, Aktivist:innen zwingen den Staat zu Transparenz und Blogger:innen schaffen zivilgesellschaftliche Gegenöffentlichkeiten. Auch die Erfolge von globalen Umweltbewegungen wie Fridays for Future oder Extinction Rebellion wären ohne digitale Hilfsmittel kaum denkbar. Für die Planung von Aktionen, die Organisation von Ortsgruppen und die Koordination von Forderungen sind Messenger und kollaborative Online-Tools unersetzlich. Zudem verstehen die jungen Klimaaktivist:innen wie kaum jemand vor ihnen, analogen Protest und Aktionen des zivilen Ungehorsams mit digitalen Medien zu verbinden. Auch in Ländern wie Uganda und Indien streiken junge Menschen für das Klima, auch dort bedienen sie sich geschickt der Sozialen Medien. Doch während die Aktivist:innen mit Fakten überzeugen wollen, sind die Sozialen Medien in vielen

## „Wir benutzen Tools, die leicht zugänglich sind“



**Frau Ramolefo, Ihre Organisation Amandla.mobi unterstützt vor allem Frauen mit geringem Einkommen in Südafrika. Sie mobilisieren zu Themen wie geschlechtsspezifische Gewalt, wirtschaftliche Gerechtigkeit, Polizeibrutalität, Ernährungssicherheit, Korruption und Klimawandel. Welche digitalen Tools nutzen Sie für Ihre Kampagnen?**

**Palesa Ramolefo:** Wir benutzen vor allem Tools, die leicht zugänglich sind. Wir wollen, dass sich möglichst viele Menschen an unseren Kampagnen beteiligen können. Und deshalb sind unsere wichtigsten digitalen Hilfsmittel die ganz einfachen Kommunikationsmittel wie SMS, WhatsApp und Social-Media-Kanäle.

### Wie helfen die Ihnen?

**Palesa Ramolefo:** Ein Beispiel: Es gibt öffentliche Anhörungen des Parlaments, bevor ein neuer Haushalt aufgestellt wird. Eine alte Frau vom Land hat vielleicht nicht die Möglichkeit, zum Parlament nach Kapstadt zu fahren. Sie hat auch kein Smartphone oder ausreichend Datenvolumen, um an Zoom-Meetings zur Anhörung teilzunehmen, möchte sich aber beteiligen. Da helfen wir und geben ihr die Möglichkeit, etwa per SMS oder WhatsApp ihren Beitrag zur Anhörung zu übermitteln, so dass auch ihre Stimme gehört wird – und nicht nur die Stimmen derer, die genug Geld haben und ohne unsere Unterstützung auskommen.

### Mit Erfolg?

**Palesa Ramolefo:** Aber ja, wir können für unsere Kampagnen durch die Beteiligung vieler sehr viel mehr Druck aufbauen und erzielen spürbare Veränderungen. Wir haben so beispielsweise erreicht, dass die Mehrwertsteuer auf Hygieneartikel wie Tampons und Binden abgeschafft wurde, ein großer Erfolg für viele Frauen mit geringem Einkommen. Und unsere erfolgreiche Data-Must-Fall-Kampagne hat dazu geführt, dass 30 Millionen Menschen leichter Zugang zum Internet bekommen haben. Die großen Mobilfunkanbieter wurden verpflichtet, die Kosten für ihre Produkte zu senken. Vorher waren die Kosten für Menschen mit geringem Einkommen zu hoch.

---

Interview mit **Palesa Ramolefo** Aktivistin beim Brot für die Welt-Partner [amandla.mobi](https://amandla.mobi) (<https://amandla.mobi>)

Ländern des Globalen Südens zur Brutstätte von Desinformation, Hass und Gewalt geworden. Denn dort gehen die Plattformen noch weniger effektiv dagegen vor als in den USA und in Europa.

Die Facebook Papers zeigten 2021, wie der Konzern in Indien oder Äthiopien versagt, irreführende Posts und Aufrufe zu Gewalt zu unterbinden. Das Unternehmen gibt schlicht nicht genug Geld für Faktenprüfer:innen, Moderator:innen und algorithmische Erkennungssysteme mit den richtigen Sprachkenntnissen aus. Weil ihre sortierenden Algorithmen Inhalte belohnen, die besonders emotional und polarisierend sind, wirken sie oft wie ein Brandbeschleuniger.

Nichtsdestotrotz finden Menschen in repressiveren Staaten immer wieder Wege, die Sozialen Medien auch für ihren Widerstand zu nutzen. Im Iran etwa, wo Frauen auf Instagram Fotos und Videos von sich beim Tanzen und ohne Kopftuch posteten, um gegen die sexistische Moralpolitik des Mullah-Regimes zu protestieren.<sup>14</sup> Oder in Nigeria, wo sich 2020 vor allem junge Menschen unter dem Hashtag #EndSARS auf Twitter zusammenschlossen, um auf Gewalt durch die Polizeieinheit Special Anti-Robbery Squad (SARS) aufmerksam zu machen und Proteste zu organisieren.<sup>15</sup>

Die Reaktion der Regierenden auf solche Aktionen ist häufig gleich: Sie nutzen ihre Macht über die Telekommunikationsinfrastruktur und lassen den Zugang zu den Diensten sperren. Im Iran sind Facebook und Twitter seit langem nicht zu erreichen, auch Instagram war zwischendurch blockiert. In Nigeria ließ Präsident Muhammadu Buhari als Reaktion auf den Protest Twitter für einige Zeit sperren, in der Türkei war Wikipedia über Jahre unzugänglich. Einigen Menschen gelingt es, die Sperren mit Verschlüsselungs- und Anonymisierungswerkzeugen zu umgehen, doch gegen digitalen Massenprotest sind die Netzsperrern oft ein wirksames Mittel.

## Lukrative Märkte, lasche Kontrolle

Immer wieder greifen Regierungen zu noch drastischeren Maßnahmen und lassen das Internet im Land oder einigen Regionen gleich ganz abschalten. 155 Shutdowns dieser Art zählte die NGO Access Now allein in 2020, von Belarus über Myanmar bis nach Indien, das die Liste mit 109 Internetabschaltungen anführt. Insgesamt summierten sich die Shutdowns in dem Jahr auf mehr als 3.000 Tage – insbesondere vor Wahlen oder während Protesten (siehe Seite 41).<sup>16</sup>

Kaum maßvoller sind die in vielen Staaten erlassenen Zensurgesetze für Soziale Medien und andere digitale Räume. Diese werden zwar häufig als Maßnahmen gegen Terrorpropaganda, Cyberkriminalität oder Fake News getarnt. Doch sie zielen mit schwammig formulierten Vorgaben und drastischen Sanktionsmöglichkeiten fast immer darauf ab, den Diskurs im Netz zu kontrollieren, ohne die Dienste gleich ganz sperren zu müssen. Nicht selten berufen sich Machthaber wie der russische Präsident Vladimir Putin oder der türkische Regierungschef Recep Tayyip Erdoğan dabei explizit auf Deutschland und

das Netzwerkdurchsetzungsgesetz als Vorbild.<sup>17</sup> Allzu häufig fügen sich die US-Plattformkonzerne, weil sie nicht den Zugang zu lukrativen Märkten verlieren wollen.

## Technisches Katz-und-Maus-Spiel

Vervollständigt wird der Instrumentenkoffer der staatlichen Kontrolle digitaler Räume schließlich durch Überwachung. Etwa in Hongkong, wo die Demokratiebewegung ihre Proteste über verschlüsselte Messenger und Bluetooth-Kommunikation organisierte und die Geräte verhafteter Oppositioneller zur Analyse nach China geschickt wurden. Oder in Mexiko (siehe Seite 58), wo mit dem Pegasus-Trojaner Oppositionelle, Journalist:innen und Geistliche überwacht wurden. Nicht erst seit diesem Skandal ist klar: Oft sind es Firmen aus dem Westen, auch aus Deutschland, die den Überwachungsstaat im Globalen Süden mit hochrüsten (siehe Seite 50).

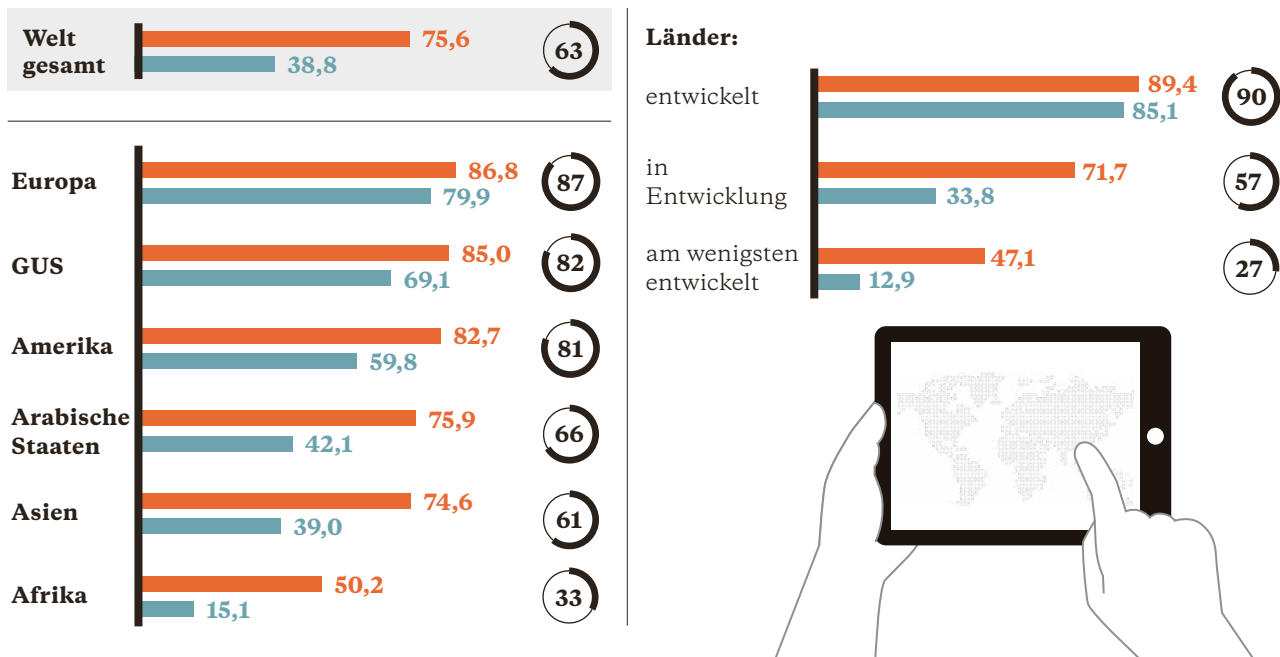
Ein gutes Jahrzehnt nach dem Arabischen Frühling ist klar: Derlei vernetzte Massenproteste sind heute vielerorts kaum noch möglich. Zu fest haben die Autokraten das Internet im Griff, zu gut lassen sich digitale Technologien zur Kontrolle nutzen. Und doch blitzt das emanzipatorische Potenzial als Freiheitsmedium immer wieder auf. Viele Aktivist:innen liefern sich heute ein technisches Katz-und-Maus-Spiel mit den Behörden, umgehen Zensur mit Anonymisierungsdiensten und setzen auf verschlüsselte Messenger.

Dass emanzipatorische Möglichkeiten ausgebaut werden, ist auch eine Aufgabe westlicher Staaten. Zu selten haben sie im Blick, dass sich die eigenen Regulierungsentscheidungen auf die digitalen Räume in weniger demokratischen Staaten auswirken. Wenn etwa deutsche Behörden das Wissen über Schwachstellen in weit verbreiteten IT-Systemen horten, statt diese Sicherheitslücken zu schließen, weil sie sie für digitale Waffen benötigen, dann macht das auch Geräte von Oppositionellen in autoritären Systemen angreifbar. Wenn die Forderung europäischer Innenminister:innen nach Hintertüren zu verschlüsselten Messengern und E-Mails umgesetzt wird, dann gefährdet das auch die Kommunikationsfreiheit von Journalist:innen in repressiven Staaten. Und wenn die EU Plattformen verpflichtet, automatische Upload-Filter gegen Urheberrechtsverletzungen einzurichten, dann freuen sich illiberale Machthaber über die Etablierung einer Infrastruktur, die sich leicht für Zensur missbrauchen lässt. Regierungen und Unternehmen in Europa und den USA tragen eine Mitverantwortung für die digitalen Infrastrukturen weltweit.



# Internet-Nutzung weltweit

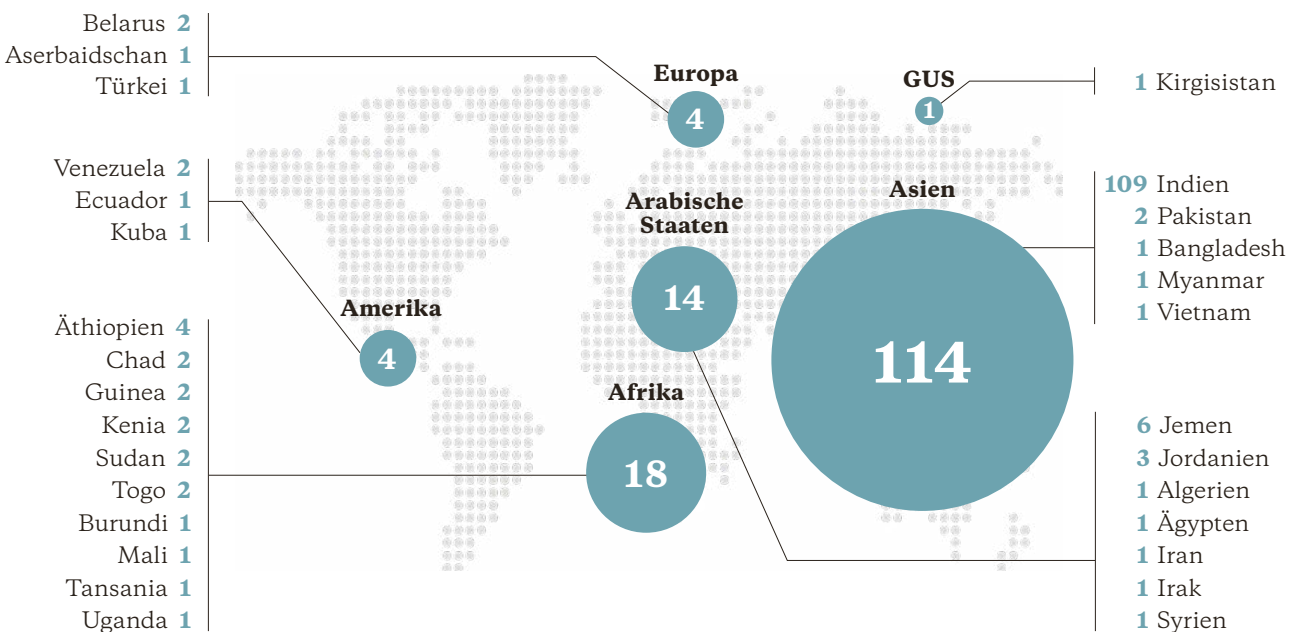
Anteil der Personen, die das Internet nutzen, in Prozent ■ Stadt ■ Land (2020) xx insgesamt (2021)



Quelle: Internationale Fernmeldeunion (UN ITU) (2021): Measuring digital development, Facts and Figures

# Internet-Shutdowns weltweit

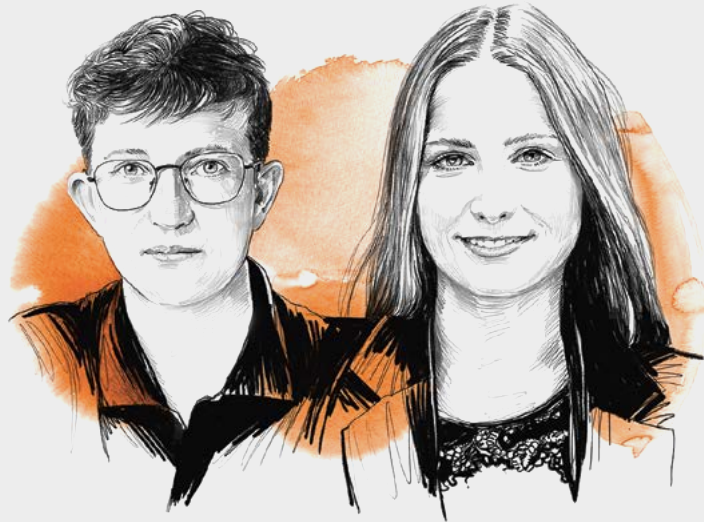
Laut der NGO Access Now haben Regierungen im Jahr 2020 den Zugang zum Internet in insgesamt 29 Ländern 155 Mal blockiert.



Quelle: Access Now (2021): Shattered Dreams and Lost Opportunities. A year in the fight to #KeepItOn

# Ist der Rechtsstaat im Netz gefangen?

Vor Provokateur:innen, die jeden Widerspruch aus dem Netz verdrängen wollen, müssen vor allem Angehörige marginalisierter Gruppen geschützt werden. Doch ab wann beschneidet dieser Schutz Grundrechte wie Meinungs- oder Berufsfreiheit?



Interview mit **Josephine Ballon**, Rechtsanwältin und Head of Legal bei HateAid, und **Felix Reda**, Projektleiter bei der Gesellschaft für Freiheitsrechte

**Frau Ballon, Ihre Organisation betreut Betroffene von Hasskommentaren im Netz. Mit Ihrer Unterstützung erstritt die Grünen-Politikerin Renate Künast Anfang Februar 2022 einen Erfolg beim Bundesverfassungsgericht. Es kam zum Schluss, dass die Entscheidungen des Land- und Kammergerichts Berlin gravierende handwerkliche Fehler aufwiesen: Die beiden Gerichte hatten die größtenteils anonymen sexistischen Beleidigungen, die Künast auf ein nicht von ihr erstelltes Meme mit einem Falschzitat erhielt, als von der Meinungsfreiheit gedeckt angesehen. Glauben Sie, dass das Urteil der obersten Richter:innen Menschen in Zukunft abschreckt, wüste Beschimpfungen zu posten?**

**Josephine Ballon:** Das hoffe ich! Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts wird den zehn Verfasser:innen der am Ende zehn beanstandeten Kommentare hoffentlich das Herz in die Hose gerutscht sein. Jetzt muss das Kammergericht die Kommentare erneut überprüfen. Aber wir erhoffen uns natürlich, dass davon ein Empowerment für die Betroffenen ausgeht. Und alle Täterinnen und Täter sehen, dass Konsequenzen auf sie zukommen können. Sie merken jetzt: Es gibt keine absolute Anonymität im Internet.

**Herr Reda, Sie beschäftigen sich in Ihrer Arbeit bei der Gesellschaft für Freiheitsrechte mit dem Spannungsfeld zwischen Meinungsfreiheit und Rechtsverstößen im Netz. Wie bewerten Sie das Urteil?**

**Felix Reda:** Ich bin mit dem Ausgang des Verfahrens ebenfalls zufrieden. Es ist gut, dass nicht Facebook allein

entschieden hat, ob die persönlichen Daten weitergegeben werden oder nicht. Dennoch war die Kritik an der ersten Entscheidung des Landgerichts berechtigt. Auch wenn man besorgt ist darüber, wie willkürlich teilweise Online-Plattformen Meinungen sperren, ist es trotzdem sinnvoll und im Interesse aller, dass die Gerichte bei einer solchen Grundrechtsabwägung die Gesamtsituation miteinbeziehen und im Zweifelsfall sagen, dass eine bestimmte Aussage nicht in Ordnung war. Andernfalls wäre es für Personen, die sich politisch engagieren oder zu gesellschaftlich umkämpften Themen Stellung nehmen, kaum noch möglich, am öffentlichen Diskurs teilzunehmen.

**In einem anderen Fall hat der Chat-Dienst Telegram auf Druck der deutschen Bundesregierung 64 Kanäle gesperrt. Sie haben einmal gewarnt, solche Vorschläge und Aktionen kenne man sonst nur von autokratischen Regimen wie Russland. Der Ruf nach technischen Lösungen für ein gesellschaftliches Problem drohe zur Gefahr für die Grundrechte zu werden. Warum ist in diesem Fall eine Sperrung gerechtfertigt?**

**Felix Reda:** Mein Kommentar bezog sich auf einen anderen Sachverhalt. Da ging es um die Forderung eines Landesinnenministers, Telegram in Deutschland ganz zu sperren. Das ist etwas völlig anderes als das, was Telegram jetzt gemacht hat: nämlich einzelne Kanäle zu sperren, in denen immer wieder rechtswidrige Äußerungen gefallen waren. Das wäre sonst, als nehme man einen Fernsehsender offline, weil eine bestimmte Sendung rechtswidrig war. Etwas anderes

ist es, politisch auf eine Plattform wie Telegram Einfluss zu nehmen, damit sie sich an europäisches Recht hält. Man muss sich auch der Geschichte einer solchen Plattform bewusst sein. Telegram wurde gegründet, um eine Gegenstimme zum russischen Regime zu sein. International ist es schwer zu sagen: Wenn sich alle an Recht und Gesetz halten, ist für die Meinungsfreiheit gesorgt. Es gibt viele Staaten auf der Welt, in denen eine Gegenöffentlichkeit nötig ist.

### **Nach welchen Kriterien werden solche Sperrungen entschieden?**

**Felix Reda:** Das ist nach wie vor eine große Baustelle. Nicht nur bei Telegram, sondern bei so ziemlich allen Plattformen – also auch bei Facebook, Instagram, TikTok oder YouTube. Bei allen können die Betroffenen oft nicht nachvollziehen, was der Grund für eine Sperrung war. Sie mag im Einzelfall gerechtfertigt sein. Aber man hat dennoch ein Anrecht darauf zu erfahren, auf welcher Grundlage eine Entscheidung getroffen wurde, und sie anzufechten. Was immer deutlicher wird, ist, dass Online-Plattformen keine normalen privatwirtschaftlichen Unternehmen sind, sondern wichtige Diskursräume, die für bestimmte Gruppen entweder Grundlage für die Ausübung ihrer Meinungsfreiheit oder ihrer Berufsfreiheit sind.

### **Können Sie uns ein Beispiel nennen?**

**Felix Reda:** Wir hatten es zu tun mit einer Gruppe türkischer Exiljournalist:innen, die von Deutschland aus einen YouTube-Kanal betreiben für das Publikum in der Türkei. In diesem setzen sie sich kritisch mit der Politik der Regierung Erdoğan auseinander. Wegen angeblicher Urheberrechtsverletzungen wurden die Videos von YouTube immer wieder gesperrt. Es war für die Journalist:innen extrem schwierig, einen echten Menschen bei YouTube zu kontaktieren. Mit unserer Hilfe haben sie dann jemanden erreicht, der sich diesen Fall angesehen und festgestellt hat, dass die Sperrvorlagen unberechtigt waren. Sie waren offensichtlich politisch motiviert, um kritische Berichterstattung zu unterbinden. Je größer eine Plattform wird, umso mehr Verantwortung trägt sie dafür, dass auf ihr die Grundrechte ausgeübt werden können.

### **Frau Ballon, wie gehen Sie mit dem Spannungsfeld um zwischen Hassbotschaften, die strafrechtlich verfolgt werden müssen, und dem Grundrecht darauf, die eigene Meinung äußern zu dürfen?**

**Josephine Ballon:** Wir wissen, dass unsere Arbeit in diesem Spannungsfeld stattfindet. Aber Meinungsfreiheit ist keine

Einbahnstraße. Sie gilt auch nach dem Grundgesetz nicht schrankenlos. Sie hat ihre Grenzen dort, wo die Rechte anderer schützenswerter sind. Wir sehen, dass die Meinungsfreiheit vor allem in den Sozialen Medien missbraucht wird von strategisch arbeitenden Gruppierungen. Vieles davon kommt aus dem rechten und rechtsextremen Spektrum. Im Jahr 2020 waren das laut Bundeskriminalamt 62 Prozent der erfassten politisch motivierten Hasskommentare. In diesen Kreisen kursieren auch Leitfäden, dass man sich zum Beispiel vor allem auf junge Studentinnen stürzen solle, weil sie besonders leicht mundtot zu machen seien. Wir sehen europaweit in Studien, dass sich nicht nur die angegriffenen Personen selbst danach überlegen, ob sie sich zu einem bestimmten Thema noch äußern wollen, sondern auch die Mitlesenden, die erleben, wie schutzlos andere digitaler

## **Netzwerkdurchsetzungsgesetz und Digital Services Act: Wie die EU und Deutschland das Netz regulieren**

**Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG):** Das „Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken“ verpflichtet Social-Media-Plattformen seit 2017, gegen rechtswidrige Posts vorzugehen. Unter anderem müssen sie innerhalb von 24 Stunden „offensichtlich rechtswidrige Inhalte“ löschen, die von Nutzer:innen gemeldet wurden. Sonst drohen Bußgelder in Millionenhöhe. Das NetzDG gilt für Plattformen mit mehr als zwei Millionen Nutzer:innen in Deutschland. Eine abschließende Liste führt die Bundesregierung nicht. Doch mindestens Facebook, Twitter, YouTube, Instagram, Reddit, TikTok, Change.org und SoundCloud haben die vorgeschriebenen Transparenzberichte veröffentlicht. Seit 2021 müssen die Unternehmen ihren Nutzer:innen ein Widerspruchsverfahren anbieten, seit 2022 potenziell strafrechtlich relevante Inhalte mit IP-Adresse an das Bundeskriminalamt melden.

**Digital Services Act (DSA):** Das „Gesetz über Digitale Dienste“ soll den Anbieter:innen von Online-Diensten in der Europäischen Union umfassende Regeln vorgeben. Der Ende 2020 von der EU-Kommission vorgelegte Verordnungsvorschlag betrifft auch den Bereich des NetzDG, geht aber darüber hinaus. Der DSA soll nicht nur vereinheitlichen, wie mit rechtswidrigen Inhalten umzugehen ist, sondern enthält auch weitergehende Vorgaben zur Haftung der Unternehmen für Inhalte ihrer Nutzer:innen, zu Online-Werbung, zum Betrieb von Online-Marktplätzen und zur staatlichen Aufsicht über die Dienste. Der Gesetzgebungsprozess war bei Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen.

Gewalt ausgesetzt sind. 2019 gab es eine Erhebung, dass sich schon die Hälfte der Internetnutzenden in Deutschland nicht mehr traut, ihre politische Meinung im Netz zu äußern. Deshalb müssen wir Rahmenbedingungen schaffen, die es allen Seiten des politischen Spektrums erlaubt, sich in den Sozialen Medien sicher zu bewegen. Diese sind ja inzwischen die wichtigsten Plattformen für den öffentlichen Austausch. Sonst ziehen sich vor allem marginalisierte Gruppen und Menschen zurück, die sich für gesellschaftliche Werte stark machen: Aktivist:innen, Journalist:innen und Politiker:innen, vor allem auf kommunaler Ebene. Wir wissen, dass schon 19 Prozent der Kommunalpolitiker:innen in Deutschland aufgrund von digitaler Gewalt nicht erneut kandidieren oder gar ihr Amt niederlegen wollen.

**Herr Reda, ein solcher Rahmen soll mit dem sogenannten Netzwerkdurchsetzungsgesetz, kurz: NetzDG geschaffen werden. Es ist aber stark umstritten, weil es offensichtlich zu Overblocking führt, also zum übermäßigen Sperren legaler Inhalte. Was sagen Sie?**

**Felix Reda:** Das NetzDG hat Licht und Schatten. Auf der einen Seite wurden einige grundsätzliche Dinge richtig gemacht. So werden beispielsweise Plattformen nicht für jeden einzelnen Inhalt direkt haftbar. Das würde sonst dazu führen, dass die Plattformen auf Anfrage einfach alles sperren würden, weil das Haftungsrisiko sonst zu groß wäre. Die Plattformen müssen bestimmte Sorgfaltspflichten erfüllen, so dass bei offensichtlichen Rechtsverstößen auch eine unverzügliche Steuerungspflicht eintritt – aber nicht bei Fällen, über die sich Gerichte jahrelang streiten würden.

**Und der Schatten?**

**Felix Reda:** Zum Beispiel bei der Pflicht der Plattformen, Informationen ans Bundeskriminalamt weiterzugeben. Das ist aus meiner Sicht grundrechtswidrig. Denn damit werden private Daten weitergegeben von Menschen, bei denen noch gar nicht klar ist, ob sie illegale Aussagen gemacht haben. Starre Löschrfristen schaffen zudem einen Anreiz, dass Plattformen im Zweifel lieber zu viel sperren als zu wenig. Und ein dritter Punkt: Deutschland ist mit dem Gesetz vorgeprescht und hat damit anderen Ländern in gewisser Weise eine Blaupause gegeben: Die Türkei etwa hat mit Verweis auf das NetzDG ihr eigenes Plattform-Gesetz verteidigt – dabei schränkt dieses Gesetz die Meinungsfreiheit massiv ein.

**Frau Ballon, wie sehen Sie das?**

**Josephine Ballon:** Das NetzDG ist ein guter Anfang mit einigen Geburtsfehlern, die jetzt zum Teil nachgebessert und zum Teil verschlimmbessert wurden. Dass Deutschland vorgeprescht ist, finde ich gar nicht so negativ. Wenn das nicht passiert wäre und nicht einige andere Länder nachgezogen hätten, wäre der europäische Wille zu einer Regulierung im Rahmen des Digital Services Act nicht aufgekommen.

**Und wo sehen Sie die Schwachstellen?**

**Josephine Ballon:** Ich bedaure, dass es auf europäischer Ebene kaum Bereitschaft gibt, sich mit den Lehren aus dem NetzDG auseinanderzusetzen. Man muss leider sagen: Wo immer man den Plattformen Interpretationsspielraum lässt, werden sie ihn bis zum Maximum zu ihren Gunsten ausreizen. Ich habe auch mit den Plattformen relativ wenig Mitleid, wenn es immer heißt: Ach, die armen Plattformen sind doch keine Richter – wie sollen die entscheiden können, was illegal ist und was nicht? Dafür muss man sich eben den entsprechenden Sachverstand ins Haus holen, wenn das notwendig ist, um den gesellschaftlichen Gefahren zu begegnen.

**Was vermissen Sie?**

**Josephine Ballon:** Klare Vorgaben zu Löschrpflichten, am besten mit Deadlines. Leider sieht der Digital Services Act diese nicht vor, da es hierfür auf europäischer Ebene keinen politischen Willen gibt. Es heißt, das ginge nicht, weil dann massenhaftes Overblocking entstehe. Dafür gibt es aber keine Belege.

**Herr Reda, sehen Sie diese Schwachstelle ebenfalls?**

**Felix Reda:** Nein. Der Grund, weshalb es im Digital Services Act keine Löschrfristen gibt, ist ganz einfach: Das NetzDG ist ein Spezialgesetz, das sich an ganz bestimmte große kommerzielle Plattformen richtet und ihnen Verhaltenspflichten auferlegt, um bestimmte Straftatbestände zu bekämpfen. Der Digital Services Act auf der anderen Seite ist eben nicht die europäische Reaktion auf das NetzDG. Er ist ein umfassendes horizontales Regulierungsinstrument, das alle Onlinedienste betrifft: vom Internetzugangsanbieter über Webseitenbetreiber bis hin zu großen Social-Media-Plattformen oder Diensten wie Amazon. Für so unterschiedliche Plattformen und Inhalte starre Löschrfristen vorzugeben, würde tatsächlich zu Overblocking führen. Auch beim NetzDG können wir durchaus Missbrauch beobachten: In dem Moment, in dem privatwirtschaftliche Unternehmen angehalten sind, automatisch auf bestimmte Eingaben von außen zu reagieren, kann beispielsweise das massenhafte Reporting von Accounts marginalisierter Gruppen durch Provokateur:innen zur Sperrung von Accounts führen, weil keine richtige inhaltliche Prüfung stattfindet.

# Das ist bei der Regulierung von Tech-Konzernen zu beachten

Vorschläge und Warnungen der NGO Freedom House

Gute Praktiken	Schlechte Praktiken
 Transparenzvorgaben für die Moderation von Inhalten, Nutzung von Daten und Werbung	 Anforderungen zur Entfernung politischer, sozialer oder religiöser Inhalte
 Robuste Verschlüsselung und hohe Datenschutzstandards	 Verpflichtung zur Herausgabe von Daten ohne richterliche Aufsicht
 Verfahren garantieren Einspruchsmöglichkeiten für Nutzer:innen	 Umfassende Vorschriften über die Speicherung von Daten auf Vorrat und deren Speicherort
 Keine pauschale Haftung der Plattformen für Content der Nutzer:innen	 Aufträge zur automatischen/algorithmischen Moderation von Inhalten
 Verpflichtungen, die auf die Art und Größe der Unternehmen zugeschnitten sind	 Hoher Aufwand für die Registrierung und Pflicht zur Bestellung einer Vertreter:in im Land

Quelle: *Freedom on the Net (2021): The Global Drive to Control Big Tech*

## Und geht der Digital Services Act die Regulierung von Online-Diensten richtig an?

**Felix Reda:** Ein positiver Aspekt ist, dass Plattformen sich selbst Regeln geben können in Form von Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Es wäre falsch, es so zu handhaben, wie das zum Beispiel die polnische Regierung vorgeschlagen hat: Danach müssten Plattformen einfach alles online lassen, was nicht gegen Gesetze verstößt. Das ist zu einfach gedacht.

### Warum?

**Felix Reda:** Es würde ja bedeuten, dass etwa die Wikipedia nichts löschen darf, was nicht gegen Gesetze verstößt. Für eine Enzyklopädie sind aber ganz andere Kriterien wichtig als nur die Legalität einer Aussage – beispielsweise ob sie belegt ist oder ob sie zum Thema des Eintrags passt. Der Digital Services Act sagt: Die Plattformen dürfen sich eigene Regeln geben, aber müssen bei der Durchsetzung dieser Regeln transparent vorgehen. Sie dürfen nicht willkürlich handeln und müssen die Grundrechte wahren.

## Kann der Digital Services Act Strahlkraft über die EU hinaus entfalten?

**Felix Reda:** Gerade Länder im Globalen Süden werden weiterhin das Problem haben, dass sie einfach wirtschaftlich nicht wichtig genug sind für diese Unternehmen, um im gleichen Maße eigene Regeln durchsetzen zu können. Man kann aber darauf hoffen, dass Gesetze wie der Digital

Services Act auch Ausstrahlung über Europa hinaus haben. Oftmals ist es für Plattformen leichter, bestimmte Änderungen global umzusetzen als nur in einem einzelnen Land oder nur in der EU.

## Was denken Sie, Frau Ballon?

**Josephine Ballon:** Es muss auch noch eine gesellschaftliche Komponente hinzukommen. Wir haben lange darauf gehofft, dass die Plattformen irgendwann ein eigenes soziales Gewissen entwickeln würden – mussten dann aber feststellen, dass das leider nicht passiert ist. Auf der anderen Seite haben wir erlebt, dass gerade bei den großen Plattformen die Werbeeinnahmen ein wahnsinnig wichtiges Instrument sind. Aktionen wie „Stop Hate for Profit“ haben offensichtlich etwas bewirkt: Große Unternehmen haben ihre Werbebetats von Facebook abgezogen, um Verbesserungen zu verlangen. Und es gibt immer mehr Unternehmen, die sagen: Ich möchte nicht, dass mein Produkt neben einem Enthauptungsvideo gezeigt wird.

## Und die Nutzer:innen?

**Josephine Ballon:** Es gibt in unserer Gesellschaft schon einen starken Trend etwa zu Nachhaltigkeit. Ein ausgeprägtes gesellschaftliches Bewusstsein kann auch dabei helfen, den Druck auf die Plattformen zu erhöhen. Das wirkt. Denn denen geht es am Ende ja nicht darum, die Welt zu vernetzen, sondern wirtschaftlich profitabel zu sein.

# Facebook: Brandbeschleuniger für Konflikte

Hassrede, Datenmissbrauch, Desinformation – Facebook verspricht Zusammenhalt. Doch nicht nur im Globalen Süden zeigt sich: Der Plattformkonzern ist eine Gefahr für Demokratie und Gesellschaft.

Die Welt näher zusammenbringen, das ist nach eigener Aussage die Mission von Meta. Tatsächlich ist das Flaggschiff des Plattformkonzerns, der bis vor Kurzem noch Facebook hieß, das wohl erste wirklich globale Soziale Netzwerk: Facebook wird von Menschen in allen Regionen der Erde genutzt, knapp drei Milliarden monatliche Nutzer:innen hat der Dienst. Hinzu kommen WhatsApp und Instagram. Wäre Facebook ein Land, es wäre der mit Abstand bevölkerungsreichste Staat.

Doch ob die Bevölkerung dort sicher wäre, ob Frieden und Gerechtigkeit herrschen würden, daran darf gezweifelt werden. Standen im Nachgang des Arabischen Frühlings lange die von Facebook eröffneten Möglichkeiten für zivilgesellschaftliche Mobilisierung im Fokus, so ist die Kritik an Firmengründer Mark Zuckerberg zehn Jahre später so laut wie nie. Facebook scheitert an der eigenen Mission. Statt zu verbinden und zu empowern, fördert die Plattform allzu oft Chaos und Gewalt. Selbst das Unternehmen kommt zu diesem Schluss. Zahlreiche interne Dokumente, die die ehemalige Facebook-Angestellte Frances Haugen 2021 zugänglich machte, zeigen: Wäh-

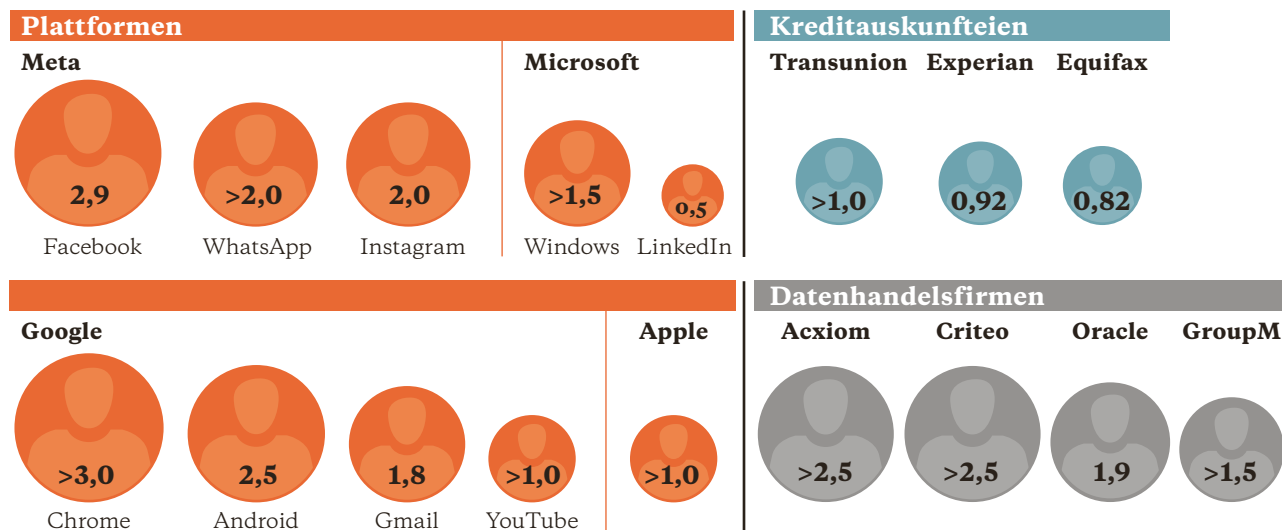
rend Instagram sich toxisch auf die Psyche junger Menschen auswirkt, hat Facebook häufig den gleichen Effekt auf das gesellschaftliche Klima.<sup>18</sup> Aktivist:innen aus dem Globalen Süden warnen seit Jahren: In liberalen Staaten mit gefestigter demokratischer Öffentlichkeit mag die Plattform schädlich wirken – Stichwort Donald Trump. In politisch fragileren Regionen aber, in denen Facebook oft die einzige Form der digitalen Öffentlichkeit bildet, wirkt sie geradezu verheerend.

## Einen Markt nach dem anderen erobert

Gemäß Zuckerbergs Motto „Move fast and break things“ hat Facebook im vergangenen Jahrzehnt einen Markt nach dem anderen erobert – ohne sich für kulturelle Besonderheiten oder die politische Situation zu interessieren. Mehr als 70 Prozent der Nutzerschaft lebt nach Schätzungen des

## Sammelwut der Tech-Konzerne

So viele Menschen werden von den Firmen erfasst, in Milliarden.



Die Zahlen beruhen auf Angaben der Unternehmen aus den vergangenen Jahren.

Konzerns außerhalb von Europa und Nordamerika. Derweil gibt Facebook 87 Prozent des Budgets zur Klassifizierung von Fehlinformationen für die USA aus, wie die Facebook Papers zeigen. Für den Rest der Welt bleiben 13 Prozent.

In Myanmar etwa, wo seit Mitte der 2010er-Jahre ein Völkermord an der ethnischen Minderheit der Rohingya verübt wurde, ließ Facebook die Verbreitung von Gewaltaufrufen gegen die Volksgruppe zu. Eine Gruppe burmesischer NGOs und ein Report des Human Rights Council der UN stellten 2018 fest: Facebooks fehlende Moderation trug substantziell zur Gewalt bei.<sup>19</sup> Der Konzern hatte nicht genug Moderator:innen mit entsprechenden Sprachkenntnissen beschäftigt, um seine eigenen Regeln durchzusetzen und Hass einzudämmen.

## Via Posts zu Gewalt aufgerufen

Wie die Facebook Papers zeigen, wiederholt sich ähnliches in Äthiopien, wo seit Ende Bürgerkrieg herrscht.<sup>20</sup> Mitarbeiter:innen des Netzwerks warnten wiederholt davor, dass „problematische Akteure“ Desinformationen verbreiten und zu Gewalt aufrufen. Doch Facebook passte seinen Moderationsaufwand nicht an. Für die 115 Millionen Einwohner:innen waren nur sechs Faktenprüfer:innen mit entsprechenden Sprachkenntnissen angestellt. Facebooks Algorithmen konnten Hate Speech lange Zeit nicht in Oromo und Amharisch verstehen, den verbreitetsten Sprachen im Land.

Interne Untersuchungen zeigen auch: Facebook scheitert nicht nur daran, Konflikte einzudämmen, es funktioniert selbst oft als Brandbeschleuniger. Dass die Plattform Emotionalisierung, Polarisierung und Desinformation fördert, liegt in der Logik ihres Geschäftsmodells.<sup>21</sup> Denn Geld verdient Facebook damit, die Aufmerksamkeit der Nutzer:innen an Werbekunden zu vermarkten. Für dieses Geschäft betreibt das Unternehmen eine der größten Datensammlungen der Welt. Was Werbekunden helfen soll, die Menschen zu erreichen, die sie am besten beeinflussen können, ist anfällig für Missbrauch und Manipulation. Zudem optimiert Facebook alle Prozesse so, dass Menschen möglichst lange auf der Plattform verbringen. Die Algorithmen, die die Kommunikationsflüsse bei Facebook sortieren, bevorzugen deshalb Beiträge, die viele Likes, Shares, Kommentare oder Emojis auslösen. Doch virale Beiträge enthalten laut einem internen Bericht von 2020 viermal so oft Falschinformationen wie andere.<sup>22</sup>

Es ist diese Kombination aus Datafizierung und Aufmerksamkeitsmaximierung, die Facebook so gefährlich und gleichzeitig so erfolgreich macht. Der Konzern gehört zu den wertvollsten der Welt, machte allein 2020 einen Netto-Gewinn von 29 Milliarden Dollar. Dass Facebook diesen Kurs von selbst ändert, ist nicht wahrscheinlich.

## „Kritisch analysieren, Quellen vergleichen“



**Frau Castañeda, Ihre Organisation CALANDRIA schult in Peru NGOs oder Journalist:innen in der Kommunikation. Klappt das dank Digitalisierung besser als vor 30 Jahren?**

**Marisol Castañeda:** Ja. Digitale Medien haben etliche Vorteile für unsere Bildungsarbeit: Wir erreichen über Lern-Plattformen wie Moodle oder Classroom sehr viel mehr Menschen. Digitalisierung ermöglicht, Wissen zu vermitteln und auszutauschen. Und sie erlaubt unseren Zielgruppen mehr Autonomie.

**Gibt es auch Nachteile?**

**Marisol Castañeda:** Die Menschen konsumieren heute mehr Informationen, auch Fake News. Für uns bedeutet das: Wir müssen in unseren Kursen noch stärker als bislang digitale Kompetenzen vermitteln: Kritisch analysieren, Quellen vergleichen.

**Erreichen Sie alle, die Sie erreichen wollen?**

**Marisol Castañeda:** Nein. Es gibt Gruppen, die digital ausgegrenzt sind und nicht an Sitzungen oder Workshops teilnehmen können. Das betrifft vor allem Ältere, Analphabeten – und Frauen. Hier ist die digitale Kluft besonders groß. Viele haben kein Smartphone. Oder müssen es mit den Kindern oder dem Mann teilen, damit die am virtuellen Schulunterricht teilnehmen oder arbeiten gehen können. Nur jeder siebte Peruaner besitzt einen PC oder Laptop. Im Amazonasgebiet, aber auch in den Anden, haben 70 bis 80 Prozent aller Haushalte nicht mal Internet. Dort braucht es weiterhin Anrufe, SMS und Gemeinschaftsradio, um alle anzusprechen.

**Braucht es auch persönliche Treffen?**

**Marisol Castañeda:** Ja. Ich verstehe Bildungsprozesse und Kommunikation als Dialog, und das impliziert Empathie und ein sich Kennenlernen. Kein digitales Werkzeug kann physische Treffen voll ersetzen. Man erfährt im Video-Meeting zwar, was jemand sagt. Aber nicht wirklich, was für ein Mensch das dort auf dem Bildschirm ist. Da geht etwas verloren.

**Was raten Sie anderen NGOs?**

**Marisol Castañeda:** Medienerziehung fördern und die digitale Kompetenz stärken, auch die eigene.

---

Interview mit **Marisol Castañeda** Präsidentin des Brot für die Welt-Partners CALANDRIA ([www.calandria.org.pe](http://www.calandria.org.pe))

# Kontrolle durch biometrische Überwachung

Wer in Indien keinen Fingerabdruck vorzeigt, bekommt kein verbilligtes Kochgas oder keine Rente mehr. Auch andere Staaten digitalisieren ihre Sozialleistungen, häufig mit der Hilfe von privaten Unternehmen. Die Risiken sind immens.

Kaum eine Technologie ruft europäische Menschenrechtsorganisationen und Aktivist:innen derzeit so auf den Plan wie Gesichtserkennung und biometrische Datenerfassung. „Holt euch euer Gesicht zurück!“, ruft eine gemeinsame Kampagne von zig Organisationen für digitale Grundrechte, die derzeit eine Million Unterschriften sammeln will. Ihre Forderung: Die EU soll alle Formen biometrischer Überwachung im öffentlichen Raum verbieten. Ihre Argumente: Biometrische Massenüberwachung bedroht sonst Grundrechte wie das Recht auf Redefreiheit, Versammlungsfreiheit oder das Recht auf Privatsphäre.

Doch während in der EU um die Einsatzmöglichkeiten und Gefahren von Biometrie gestritten und die Regulierung der künstlichen Intelligenz (der AI Act; siehe Seite 54) in Arbeit ist, die Hochrisikotechnologien in den Blick nimmt, setzen andere Staaten bereits biometrische Erfassung im ganz großen Stil ein.

Die größte biometrische Datenbank der Welt befindet sich in Indien. Das Identifikationssystem Aadhaar erfasst laut Regierung rund 1,4 Milliarden Menschen, das sind 99 Prozent der

Bevölkerung. Der Aufbau der Datenbank wurde mit Geldern des Weltbank-Vorhabens ID for Development (ID4D) finanziert, das weltweit digitale Identifizierungssysteme entwickelt.<sup>23</sup> Für Indiens Regierungschef Narendra Modi ist die Datenbank eine wichtige Säule seiner „Digital India“-Kampagne, mit der er Indien fit für die Zukunft machen will. Derartige Systeme bergen jedoch gesellschaftliche Risiken: Sie können den Schutz der Persönlichkeit und die soziale Sicherheit bedrohen, fürchtet IT for Change, eine Partnerorganisation von Brot für die Welt im Land.

## Für jede Person eine 12-stellige Nummer

Wie funktioniert das System? Indiens Identifizierungsbehörde UIDAI vergibt an jede erfasste Person eine zwölfstellige Nummer (Aadhaar), unter der sie Angaben wie etwa Name, Geschlecht, Geburtsdatum und Adresse, aber auch biometrische Daten wie Fingerabdrücke, Iris-Scans und Fotos speichert. UIDAI hat diese Arbeit an sogenannte Registrare ausgelagert, das sind neben Behörden auch Privatunternehmen wie Banken und Versicherungen.

Diese wiederum dürfen Subunternehmen mit der Eintragung der Bürger:innen in das Aadhaar-System beauftragen. Obwohl es bis heute keinen gesetzlichen Persönlichkeitsschutz gibt, der verhindert, dass die so gespeicherten Daten weitergegeben oder gestohlen werden können, ist der Eintrag in die biometrische Datenbank Voraussetzung, um zahlreiche staatliche Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Ohne Aadhaar kein subventioniertes Kochgas, keine Rentenzahlungen, Stipendien oder Jobs. Inzwischen verlangen auch immer mehr private Unternehmen die Aadhaar-Nummern: Banken für Konten und Kredite, Telekomfirmen für Sim-Karten, Versicherungen für ihre Policen sowie Start-ups für Dienstleistungen.<sup>24</sup>

Diese Digitalisierung der staatlichen Leistungen bedroht vor allem die ärmsten Inder:innen in ihrer sozialen Sicherheit. Aufgrund fehlender Aadhaar-Nummern wurden Millionen Menschen Lebensmittelrationen verweigert, Kinder von der Einschulung oder Schulspeisungen ausgeschlossen und alten Menschen die Rentenzahlungen gestoppt. Die Lesegeräte, mit denen die Fingerabdrücke geprüft werden, sind oft ebenso unzuverlässig wie die Internet- oder Mobilfunkverbindungen. Und wer schwer mit seinen Händen arbeitet, dessen Fingerabdrücke sind für die Scan-Geräte häufig unleserlich. Auch bei Augenkrankheiten versagen die Iris-Scanner oft.

## So funktioniert Gesichtserkennung

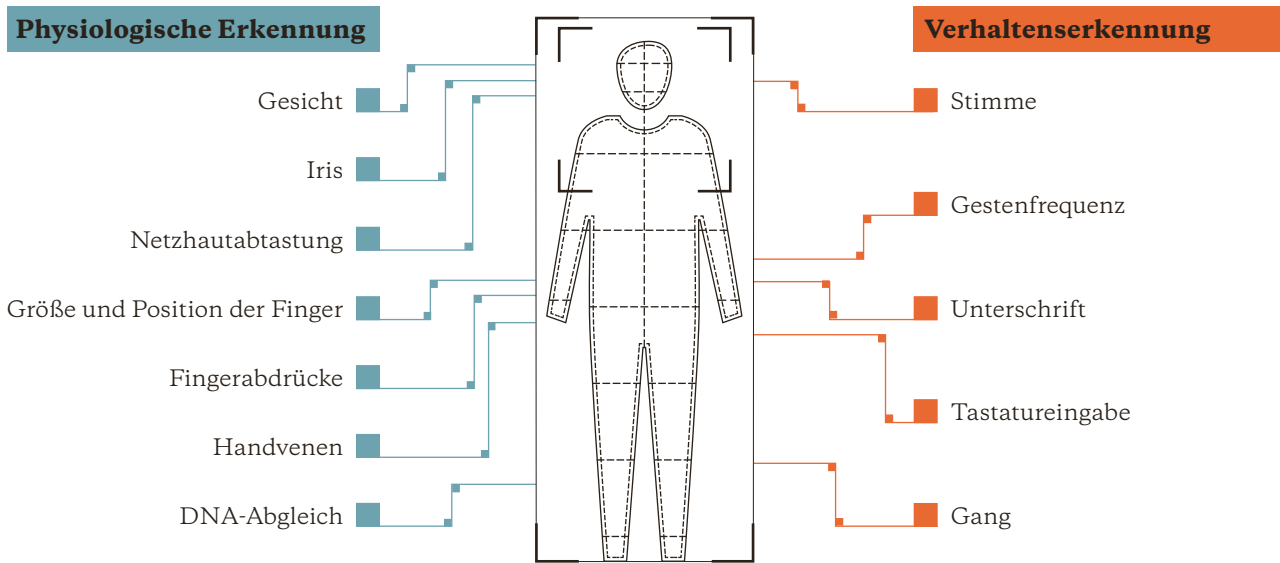
Gesichtserkennung ist ein biometrisches Verfahren, mit dem sich Personen identifizieren lassen oder ihre Identität bestätigen können. Technisch wird dazu das Gesicht einer Person von einer Kamera zunächst erfasst. Dann analysiert eine Software die Geometrie des Gesichtes: Wichtige Faktoren sind etwa der Abstand zwischen den Augen oder der zwischen Stirn und Kinn. Die charakteristischen Züge eines Gesichtes werden dann zu Daten umgerechnet, das Gesicht wird zu einer mathematischen Formel und ist so einzigartig wie ein Fingerabdruck.

Dieser Abdruck kann mit einer Datenbank anderer bekannter Gesichter abgeglichen werden, um eine Übereinstimmung festzustellen. Dabei unterscheidet man zwischen 1-zu-1-Abgleich (ist die Person die, für die sie sich ausgibt?) und 1-zu-vielen-Abgleich (ist diese Person auf einer Liste von gesuchten Personen?). Letzteres setzen oft Strafverfolgungsbehörden ein.



# So erkennen Maschinen Menschen

Jeder Mensch ist einzigartig – das wird häufig missbraucht.



Quelle: Brot für die Welt

## Sicherheitsmängel: Datenlecks und Grundrechte

Zahlreiche Skandale enthüllten bereits die Sicherheitslücken des Aadhaar-Systems: Personenbezogene Aadhaar-Daten standen für weniger als umgerechnet zehn Euro online zum Verkauf. Millionen von Aadhaar-Nummern samt persönlichen Informationen fanden sich auf über 200 Regierungswebseiten. Amnesty International sieht die Grundrechte auch deshalb bedroht, weil die UIDAI die Nummern aus vielerlei Gründen deaktivieren darf. Die Betroffenen verlieren dadurch auf einen Schlag ihren Zugang zu staatlichen Leistungen.<sup>25</sup>

Auch in anderen Ländern des Globalen Südens werden biometrische Technologien zur Überprüfung der Identität von Sozialversicherten eingesetzt. In Mexiko müssen die 55,6 Millionen Versicherten von Seguro Popular, der staatlichen Krankenversicherung für die ärmsten Bürger, ihre biometrischen Daten an die Behörden weitergeben. In Südafrika erhalten 17,2 Millionen Empfänger von Sozialbeihilfen biometrische Smart Cards. Sozialversicherungsbehörden und private Unternehmen wie MasterCard oder Visa schließen häufig kommerzielle Vereinbarungen ab, um Smartcards für Sozialhilfeprogramme zu entwickeln oder Unternehmen die Annahme dieser Karten zu ermöglichen. Die biometrische Karte für

Sozialhilfe ist in Südafrika etwa eine MasterCard. Solche Vereinbarungen enthalten in der Regel keine Rechtsbehelfe bei Daten- und Informationsmissbrauch. Privatunternehmen, Geberagenturen und die Weltbank rechtfertigen den Ausbau digitaler Identifizierungssysteme damit, dass der Einsatz von Iris- und Fingerabdruckscanner oder Gesichts- und Spracherkennung zusammen mit der Integration von Datenbanken die Effizienz steigert, Betrug bekämpft und Kosten senkt.

## Ganz leicht: die Verknüpfung mit Strafverfolgungsbehörden

Die Folgen sind weitreichend: Biometrische Daten, die einmal in der Datenbank eines Sozialschutzprogramms gespeichert sind, können mit anderen Systemen über eine gemeinsame Kennung verknüpft werden – beispielsweise Systeme zur Strafverfolgung. Nigerias nationale Identitätsdatenbank etwa ist mit verschiedenen Datenbanken verbunden – einschließlich derjenigen, die von Strafverfolgungsbehörden verwaltet werden, um etwa nach Kriminellen zu fahnden. Videokameras im öffentlichen Raum könnten dann jedes erfasste Gesicht mit Millionen Gesichtern in der Datenbank abgleichen und Alarm auslösen, wenn eine gesuchte Person auftaucht. Der Druck, sensible Daten der Sozialversicherungen, einschließlich biometrischer Identitätsfaktoren, mit der Strafverfolgung – sowohl im Inland als auch international – zu teilen, wird noch durch die Sorge über Terrorismus und Migration verstärkt. Das gefährdet nicht nur die Privatsphäre von Millionen von Menschen weltweit. Sondern auch die bürgerlichen Freiheiten.

# Überwachungsstaat: Made in Europe

Weltweit nutzen Autokraten Technologie aus Europa, um in ihren Ländern die Bevölkerung zu unterdrücken. Der Markt für Überwachungsprodukte wächst, die Europäische Union tut sich schwer damit, Exporte wirksam zu kontrollieren.

Der Pegasus-Skandal hat 2021 ein Schlaglicht auf die Hersteller von Überwachungstechnologien geworfen. Produziert und vertrieben wird die hochleistungsfähige Spähsoftware von der Firma NSO Group mit Sitz in Israel. Auch die USA gelten als Hotspot für Produzenten von Überwachungsprodukten. Außerdem spielen Deutschland und Europa laut einem 2018 von Privacy International veröffentlichten Ranking der weltweiten Überwachungsindustrie ganz oben mit. Hier ansässige Unternehmen beliefern westliche Geheimdienste offenbar genauso wie Kriminelle und autokratische Herrscher.<sup>26</sup> Hierzulande tragen die Hersteller der digitalen Waffensysteme klangvolle und häufig wechselnde Namen wie Advanced German Technologies, Trovicor oder FinFisher. Sie scheuen die Öffentlichkeit, doch ihre Produkte tauchen regelmäßig dort auf, wo Menschenrechte unter Druck sind.<sup>27</sup> 2017 beispielsweise wird der Trojaner Finspy der Münchner Firma FinFisher auf Webseiten in der Türkei gefunden. Die Seiten täuschen vor, Teil der türkischen Oppositionsbewegung zu sein und fordern Aktivist:innen zum Download einer Vernetzungs-App auf, mit der heimlich das Überwachungsprogramm installiert wird. Dass die Erdoğan-Regierung dahintersteckt, gilt als wahrscheinlich, konkrete Beweise fehlen.

## Vom Trojaner bis zum Lügendetektor

In Deutschland verklagt derweil ein zivilgesellschaftliches Bündnis den Hersteller, weil er keine Ausfuhrgenehmigung für die Türkei hat.<sup>28</sup> FinFisher streitet ab, Überwachungsprodukte an den Bosphorus geliefert zu haben, doch seit 2019 ermittelt die Staatsanwaltschaft. 2020 durchsucht sie die Firmenzentrale, Ende 2021 meldet FinFisher Insolvenz an. Beobachter:innen vermuten, dass dieser Schritt einem Abschluss des Strafverfahrens zuvorkommen soll, die Mutter-Holding des Unternehmens besteht unter neuem Namen Vilicius weiter.<sup>29</sup> Doch dass es überhaupt so weit kommt, gilt trotzdem als Erfolg.

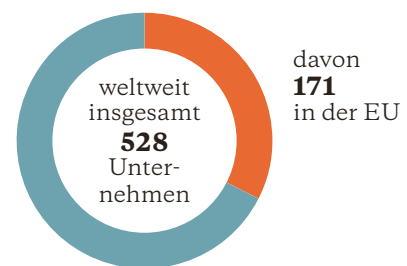
Seit Jahren ringt die EU darum, wie die Ausfuhr von Überwachungsprodukten zu kontrollieren ist. Der Markt wächst, die Angebotspalette reicht von Trojanern über biometrische Videoüberwachung bis zu smarten Lügendetektoren. Überwachungstechnologie gilt dabei juristisch nicht per se als kritisches Gut. Es handelt sich vielmehr um Produkte, die zwar bei Militär und Polizei zum Einsatz kommen können, sich aber auch für zivile Zwecke nutzen lassen. Solche Dual-Use-Produkte sind nicht verboten. Nach zähen Verhandlungen

gelten seit September 2021 in der EU überarbeitete Regeln für den Export solcher Güter.<sup>30</sup> Erstmals unterliegt der Dual-Use-Verordnung explizit auch Überwachungstechnologie. Für die Ausfuhr gelten seitdem neue Transparenzvorgaben und eine Verpflichtung für Hersteller, Risiken für die Menschenrechte zu prüfen. Die EU-Kommission soll zudem eine Kontrollliste von konkreten Technologien und Zielländern führen, bei denen der Export vorab genehmigt werden muss. Sie muss von den EU-Staaten einstimmig beschlossen werden, verpflichtet diese jedoch nicht, die Ausfuhr zu verbieten.

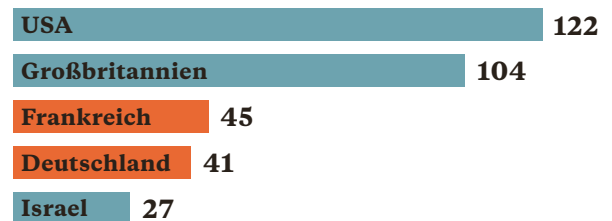
Menschenrechtsorganisationen sind von dem Kompromiss enttäuscht.<sup>31</sup> Sie hatten verbindlichere Kontrollvorgaben und umfassendere Sorgfaltspflichten gefordert und fürchten, dass europäische Unternehmen auch künftig Produkte an autoritäre Regime verkaufen können. Dass die EU tatsächlich willens ist, Menschenrechte über Marktpotenziale zu stellen, muss sie erst noch zeigen.

## Sitz der Exporteure

Jedes dritte Unternehmen, das Überwachungstechnologien verkauft, sitzt in der EU.



Länder mit den meisten Unternehmen:



Quelle: Privacy International (2018): *The Global Surveillance Industry*



# „Daten und Geld fließen nur in eine Richtung“

Es gibt einen neuen, digitalen Kolonialismus. Auch er beutet die Menschen im Globalen Süden aus.

**Interview mit Renata Avila**

CEO der Open Knowledge Foundation (<https://okfn.org>)

**Frau Avila, etliche Akteure der Entwicklungszusammenarbeit, auch die Weltbank, sehen in der digitalen Transformation eine große Chance, Armut und Ungleichheit im Globalen Süden zu verringern. Teilen Sie diese Euphorie?**

**Renata Avila:** Das kommt auf das Entwicklungsmodell an, das man vertritt. Ich glaube an eine nachhaltige, feministische und gerechte digitale Zukunft – und das steht im krassen Gegensatz zu dem Modell, das dem Globalen Süden aufgezwungen wird. Denn das kommt ausschließlich China und den USA zugute. Ihnen liefert der Süden die Materialien, Arbeitskräfte und Daten für den Aufbau ihrer digitalen Imperien. Hinzu kommt, dass die Tech-Giganten von globalen Handelsabkommen und komplizierten Steuerstrukturen profitieren und kaum Steuern an den Globalen Süden zahlen.

**Ist das eine neue Art von Kolonialismus?**

**Renata Avila:** Es ist eine Fortsetzung des Kolonialismus der Vergangenheit, diesmal digital. Wieder werden Ressourcen, Daten und Arbeitskräfte im Süden ausgebeutet. Nur sind es heute Technologieimperien, die die Welt durch die Kontrolle kritischer digitaler Infrastrukturen, Daten und den Besitz von Rechenleistung beherrschen. Ihnen hilft ein imperiales Welthandelssystem, das die führenden Mächte begünstigt und kleine Länder zwingt, unter ungleichen Bedingungen zu konkurrieren. Ein System, in dem Unternehmen mehr Einfluss haben als ganze Regionen. Das Ganze passiert mit voller Anerkennung und Komplizenschaft der Staaten, die sogar Tech-Botschafter im Silicon Valley ernennen.

**Wie manifestiert sich dieser digitale Kolonialismus?**

**Renata Avila:** Ein Beispiel: Bildung. Kinder auf der ganzen Welt lernen passiv Technologien, die sie nicht verbessern, anpassen oder ausbauen können. Die meisten der in Schulen verwendeten Technologien basieren nicht auf freier Software, sie gehören Big Tech. Das bremst digitale Innovation. Anstelle von Bausteinen wird Kindern eine fertige digitale Blackbox vorgesetzt – und Eltern finden das sogar meist toll. Die Folge: Tech-Konzerne formen die Kinder nicht nur. Bei ihnen landen auch die Daten, mit denen sie noch mehr Produkte entwickeln können, anstatt ein „Bildungsdaten-

Gemeinwohl“ zu schaffen. Bei dieser Form des digitalen Kolonialismus fließen Daten und Geld nur in eine Richtung.

**Was bedeutet die Dominanz der Tech-Industrie für Demokratie und Entwicklung?**

**Renata Avila:** Länder haben die Kontrolle über wichtige Räume verloren: Die meisten digitalen Wahlkampagnen, Debatten und selbst öffentliche Gesundheitskampagnen finden auf privaten Plattformen statt. Für diese gilt meist kalifornisches Recht, dem sich dann alle unterwerfen müssen. Die Wahl- und Gesundheitsbehörden werden den lokalen Bedürfnissen nicht gerecht. Zudem ist das System anfällig für Übergriffe durch Machthabende, wie der Fall Cambridge Analytica zeigte. Und: Kleine, lokale Unternehmen haben keine Chance: Wenn WhatsApp neue Nutzungsbedingungen vorschreibt, muss jeder zustimmen. Da wird die marktbeherrschende Stellung eklatant missbraucht.

**Wie werden Entwicklungsländer digital souverän?**

**Renata Avila:** Das geht nicht ohne politische oder wirtschaftliche Souveränität. Für den Moment heißt das: Wir müssen den weiteren Vormarsch des digitalen Kolonialismus stoppen. Bürger:innen müssen lernen, sich die neuen Technologien zu eigen zu machen und ein Mitspracherecht bei der Regulierung einzufordern.

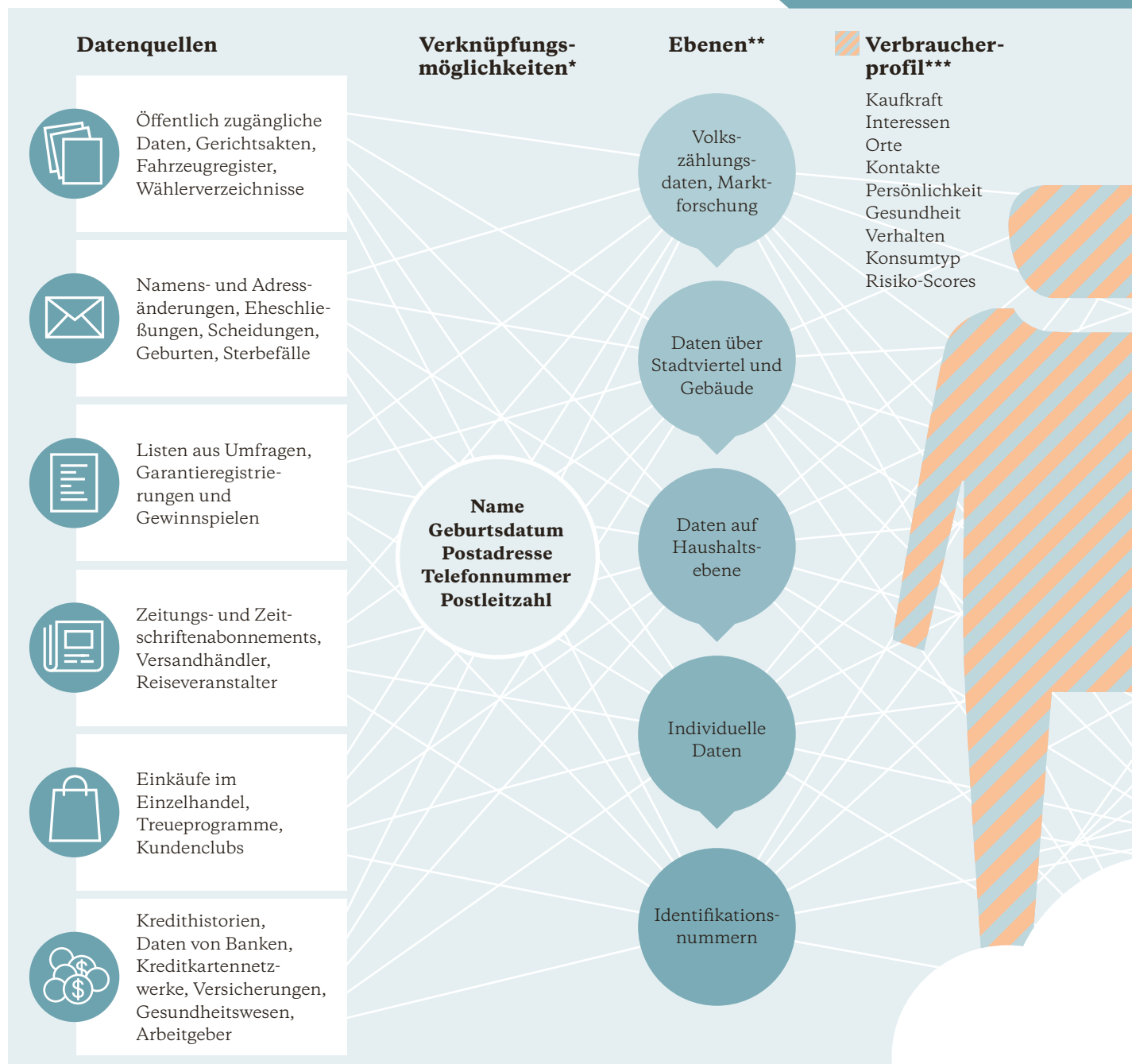
**Was müssen Deutschland und die EU dafür tun?**

**Renata Avila:** Sie sollten die Handelsauflagen aufheben, die den Entwicklungsländern die Hände fesseln. Es ist unfair und brutal, den Zugang zu Wissen, das Recht, Geräte zu reparieren, das Recht, Kopien von Inhalten anzufertigen, oder das Recht, Technologien zu basteln, einzuschränken, nur damit die Monopole noch reicher werden. Die Entwicklungsländer brauchen flexible Regeln, um innovativ zu sein. Und sie brauchen Raum, um Technologien zu entwickeln – ohne Preise oder Beschränkungen, die ihnen die Tech-Konzerne weltweit auferlegen. Der jetzt von Deutschland finanzierte Sovereign Tech Fund ist ein Schritt in die richtige Richtung: Das Geld hilft dem Globalen Süden, eine gerechtere, eine dekoloniale Technologie zu entwickeln.

# So werden unsere Daten erhoben: früher und heute

Mit Daten wollen Unternehmen das Verhalten und den Wert von Kund:innen vorhersagen. Schon lange sammeln sie deshalb Informationen. Im digitalen Zeitalter vervollständigen unzählige neue Datenquellen und -händler die Profile.

Seit Jahrzehnten

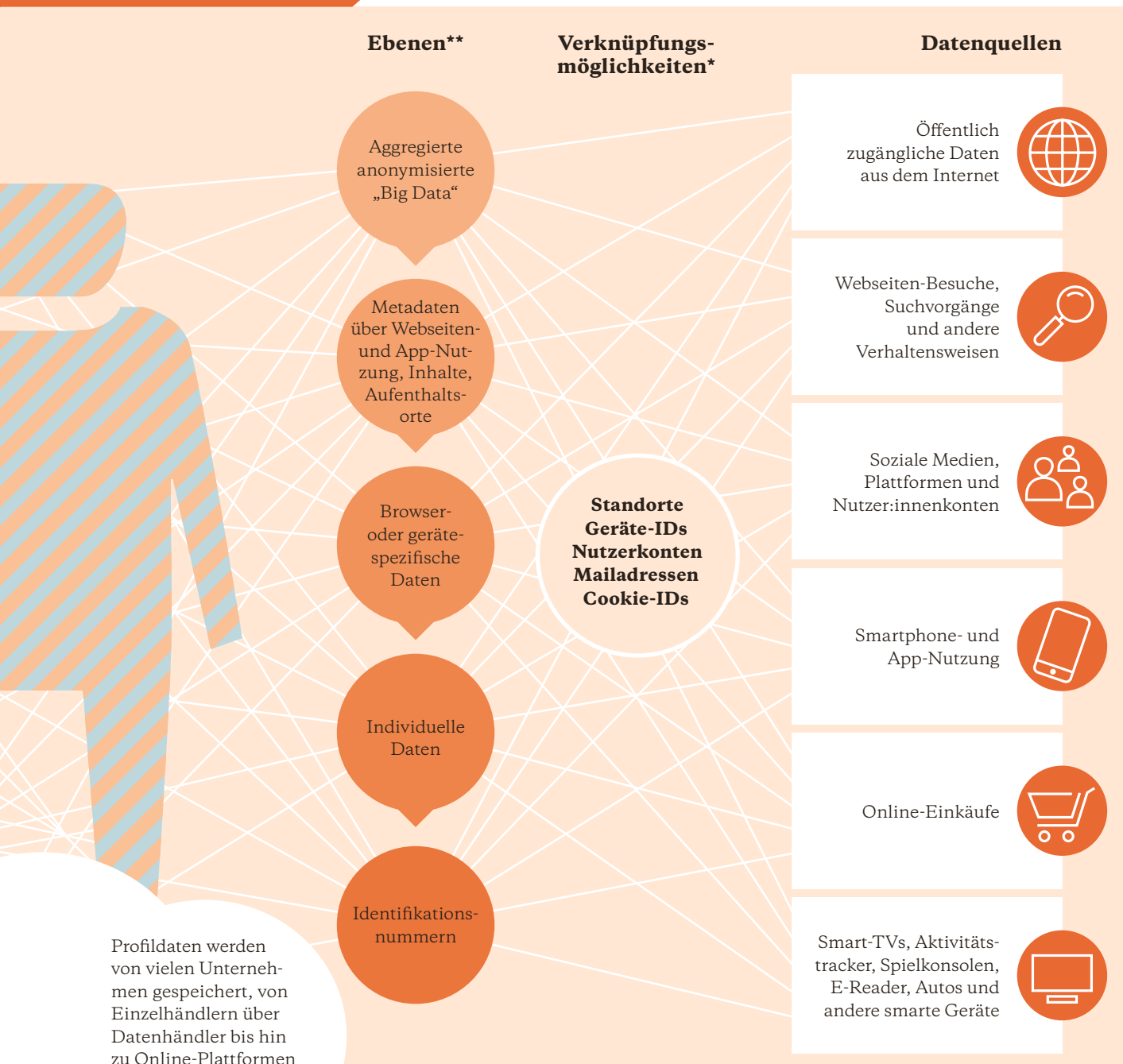


\* die Daten werden anhand von unterschiedlichen Identifikationscodes miteinander verknüpft („Identifier“)

\*\* Daten fließen auf unterschiedlichen Ebenen ein, von anonymisiert bis personalisiert

Quelle: Pascale Osterwalder und Wolfie Christl, Studie „Corporate Surveillance in Everyday Life“ (Cracked Labs, 2017)

Seit den 2000er-Jahren



\*\*\* Daten aus unterschiedlichen Quellen und Kontexten werden in individuellen Profilen zusammengeführt.

# Wenn Maschinen über Menschen entscheiden

In Österreich werden Arbeitslose automatisch in Kategorien sortiert, in den Niederlanden suchten Gemeinden automatisiert nach Sozialbetrüger:innen. Was macht es mit der Zivilgesellschaft, wenn Staaten High-Tech-Tools gegen ihr Volk richten?

Darf man arbeitslose Menschen nach Alter, Geschlecht oder Zahl ihrer Kinder sortieren und ihnen – je nach Kategorie – dann Fortbildungen verweigern? In Österreich liegt diese Frage Anfang 2021 beim Obersten Verwaltungsgerichtshof.<sup>32</sup> Er soll darüber befinden, ob die österreichischen Arbeitsmarktservices (AMS), vergleichbar mit den deutschen Jobcentern, in Zukunft in ganz Österreich ein Computersystem einsetzen dürfen, das Arbeitslose automatisch in Gruppen sortiert und so die Berater:innen bei ihrer Entscheidung über das weitere Vorgehen unterstützt.

Technisch ist die Sache nicht kompliziert: Das Arbeitsmarkt-Chancen-Modell, wie es offiziell heißt, teilt Jobsuchende in drei Kategorien ein. Entwickelt hat es eine Wiener Firma, die dazu das System mit Arbeitsmarktdaten aus den vergangenen Jahren fütterte, darunter Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit, den Wohnort oder auch mögliche Betreuungspflichten, also Kinder oder zu pflegende Angehörige.<sup>33</sup> Auf Basis dieser Daten trifft das System für neue Jobsuchende nun eine Vorhersage darüber, wie wahrscheinlich es ist, dass er oder sie binnen einer bestimmten Frist wieder Arbeit findet. Entsprechende Förderung, zum Beispiel Weiterbildungen, bekommen nur diejenigen finanziert, deren Chancen passabel stehen. Aus einem Menschen wird eine statistische Wahrscheinlichkeit.

## Darf ein Staat seine Bürger:innen so behandeln?

Technisch mag das einfach sein. Moralisch und rechtlich wirft das Vorgehen der AMS hingegen schwierige Fragen auf. Darf ein Staat seinen Bewohner:innen die Unterstützung auf Grundlage solcher Vorhersagen verweigern? Und soll ein Algorithmus, also eine automatisierte Entscheidungsfindung, darüber urteilen? Ob jemand gefördert oder quasi aufgegeben wird, wirkt sich schließlich massiv auf das weitere Leben aus.

Die Antworten auf solche Fragen haben weitreichende Konsequenzen. Nicht nur für jede und jeden Einzelnen, sondern auch für die Zivilgesellschaft insgesamt. In Österreich hatten Forscher:innen und Bürgerrechtsorganisationen das System von Anfang an kritisiert.<sup>34</sup> Ihrer Meinung nach diskriminiert es jene, die ohnehin am Jobmarkt benachteiligt sind. Ältere Menschen oder Frauen erhalten per se einen Punktabzug – letztere noch mehr, wenn sie Kinder haben. Männer sind davon nicht betroffen.

Ist das sexistisch? Diskriminierend? Der AMS-Chef Johannes Kopf sagt: nein. Das System bilde lediglich die real existierenden Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt ab.<sup>35</sup> Die Mathematikerin Paola Lopez, die zum Thema forscht, bezeichnet den AMS-Algorithmus hingegen als „Diskriminierungsbarometer“, das man durchaus sinnvoll nutzen könnte – um eben diejenigen besonders zu fördern, die am stärksten benachteiligt sind.<sup>36</sup> Stattdessen werden sie vom System abgesägt.

## An die Rechte der Betroffenen denkt niemand

Die Hauptbetroffenen solcher Entscheidungen sind damit häufig Angehörige marginalisierter und sozial benachteiligter Gruppen. Sie haben es ohnehin schwerer als andere, an Willensbildungsprozessen zu partizipieren oder sich für Gleichbehandlung, soziale Sicherung oder Zugang zu Informationen zu engagieren. Automatisierte Entscheidungsprozesse machen es ihnen noch schwerer, für die materiellen Grundlagen eines selbstbestimmten Lebens sorgen zu können.

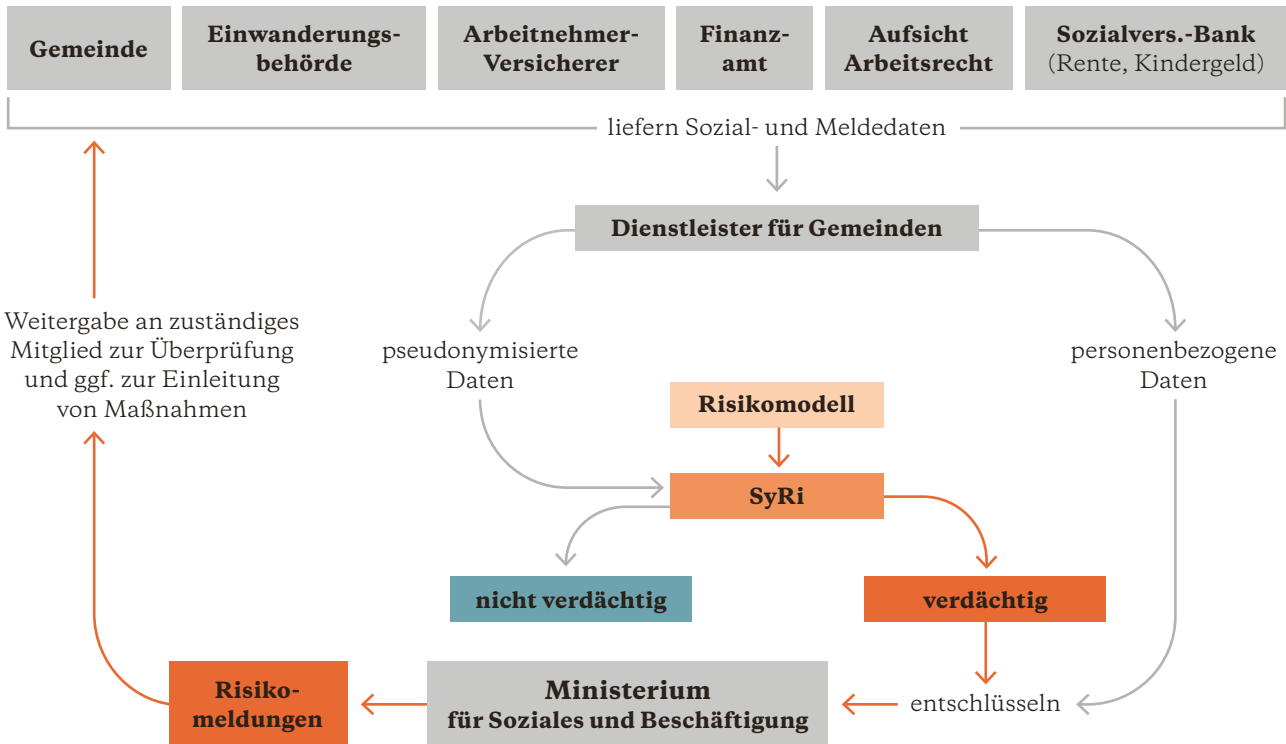
In Österreich tobt seit mehr als einem Jahr ein erbitterter Kampf. Nach einem Testbetrieb wollte das AMS das Modell Anfang 2021 eigentlich landesweit einführen. Dann schritt die Datenschutzbehörde ein. Das AMS betreibe ein „eingriff-relevantes Profiling“ von Menschen, dafür müsse erst eine Rechtsgrundlage geschaffen werden. Die Behörde musste den Testbetrieb stoppen. Kurz darauf kassierte das Bundesverwaltungsgericht das Verbot wieder. Um den Förderbedarf zu beurteilen, dürfe das AMS sehr wohl die Daten von Arbeitssuchenden in das Modell einspeisen, urteilte es im Dezember 2020. Verboten sei nur, die Entscheidung gänzlich zu automatisieren. Damit steht dem Einsatz des Systems nun theoretisch der Weg frei.

Die Verantwortlichen der Agentur betonen immer wieder: Automatisch entschieden wird hier gar nichts. Das System

## Erst verdächtigt, dann diskriminiert

In den Niederlanden suchten Kommunen mithilfe des Big-Data-Analyse-Tools SyRi (siehe unten) nach Sozialbetrüger:innen – und erstellten damit für jeden Einzelnen ein Risikoprofil. Die Folge: Wer so unter – oft fälschlicherweise – Betrugsverdacht geriet, bekam weniger staatliche Hilfe.

Mitglieder des Kooperationsverbands:



Quelle: Image/CC-BY, AlgorithmWatch

diene lediglich dazu, Berater:innen bei ihrer Entscheidung zu unterstützen, am Ende entscheide immer eine Person. Kritiker:innen überzeugt das nicht. Sie verweisen auf Studien, die belegen: Wenn eine Maschine eine bestimmte Prognose ausspuckt, setzen sich Menschen in der Regel nicht darüber hinweg.

Dass man über den Algorithmus des AMS überhaupt so gut Bescheid weiß, ist eine absolute Besonderheit. Denn in der Regel bergen automatisierte Entscheidungsprozesse noch ein ganz anderes Problem: Sie sind eine Blackbox für die Betroffenen, von außen nicht nachvollziehbar. Der AMS-Algorithmus ist bekannt, weil die verantwortliche Firma die Formel zumindest beispielhaft für einige Fälle veröffentlicht hat.<sup>37</sup> Das Beispiel zeigt aber auch: Transparenz allein reicht nicht aus. Es braucht auch Widerspruchsmöglichkeiten. Was nützt es einer Jobsuchenden in Österreich, wenn offen dokumentiert ist, dass das System sie benachteiligt? Sie hat dennoch keine Möglichkeit, sich der Bewertung zu entziehen oder Widerspruch gegen die Prognose einzulegen.

## Verdächtig per Algorithmus

Menschenrechtsorganisationen und Aktivist:innen fordern deshalb klare Regeln dafür, wann solche Systeme überhaupt eingesetzt werden dürfen – egal ob von Unternehmen oder Staaten. Die Auseinandersetzung um das AMS ist zu einem Fallbeispiel dafür geworden, was alles schief laufen kann, wenn öffentliche Stellen mit automatisierten Vorhersagen arbeiten, um Zugang zu Leistungen zu ermöglichen oder zu verwehren. Derzeit bewegen sie sich damit in einer rechtlichen Grauzone.

So kontrolliert die deutsche Finanzaufsicht BaFin etwa den Einsatz von Algorithmen im Hochgeschwindigkeitshandel an der Börse. Doch wenn etwa eine Gemeinde oder Behörde beschließt, mithilfe von automatisierten Prozessen Sozialbetrüger:innen und Schwarzarbeit aufzuspüren, also Algorithmen gegen Menschen einzusetzen, dann kontrolliert das niemand. So geschehen ist das in den Niederlanden, wo das Sozialministerium mit einem Programm namens SyRi, kurz für *Systeem*



## „Wir können genauer sagen, wem welches Land gehört“

Herr Rongmei, Sie kümmern sich mit der Rongmei Naga

**Baptist Association im indischen Bundesstaat Manipur um Landrechte – und setzen digitale Tools ein. Warum braucht es die?**

**Dimgong Rongmei:** Manipur besteht zu 90 Prozent aus Hügeln – Land, dessen Besitzverhältnisse nicht staatlich dokumentiert sind, sondern per Gewohnheitsrecht geregelt wurden. Die Dorf- und Clanchefs haben absolute Macht, auch über das Land. Das macht alles, was das Land betrifft, sehr kompliziert. Nun stehen einige Großprojekte an: Eisenbahnrouen, Staudämme, Straßen. Dafür benötigt die Regierung Land, dafür bezahlt sie riesige Summen als Entschädigung. Da die Dorfoberhäupter und Clanchefs die Macht haben, entstehen Konflikte um Land und Geld, auch zwischen den Dörfern, die jeweils Boden für sich beanspruchen. Es ist schwierig, wenn die Grenzen auf einem Recht beruhen, das mündlich von Generation zu Generation weitergegeben wird. Wir versuchen, verlässliche Register zu erstellen. Dafür benutzen wir mobile Apps mit GPS. Und erstellen, basierend auf den Daten, mit der lokalen Regierung und mit Dorf- und Clanchefs Landbesitz-Zertifikate.

### Hilft das, Landkonflikte zu lösen?

**Dimgong Rongmei:** Ja, weil es klare Eigentumsverhältnisse schafft. Das Land wird transparent verteilt – auch an Leute, die bis dahin kein Land im Dorf besaßen. Wir ermutigen auch Frauen, Land zu besitzen, denn sie haben ein Recht darauf. Dafür sprechen wir mit den Clanchefs und klären das mit ihnen. So profitieren auch alleinstehende Frauen von der digitalisierten und verlässlichen Festschreibung der Besitzverhältnisse.

### Akzeptieren die Clanchefs die neuen Zertifikate?

**Dimgong Rongmei:** Die meisten schon.

### Und wenn nicht?

**Dimgong Rongmei:** Dann reden wir mit ihnen und beraten sie. Wir tragen möglichst viele Informationen aus dem Gewohnheitsrecht mithilfe der App zusammen und können dann genauer sagen, wem welches Land gehört. Das wird akzeptiert.

---

**Interview mit Dimgong Rongmei** Leiter Entwicklung beim Brot für die Welt-Partner RNBA (<https://rnba.in>)

*Risico Indicatie*, jahrelang alle möglichen sensiblen Sozial- und Meldedaten von Menschen analysierte, um diejenigen zu markieren, die womöglich zu Unrecht Arbeitslosen- oder Wohngeld bekommen hatten.<sup>38</sup> Wer in der Datenanalyse von SyRi rot aufleuchtete, musste damit rechnen, demnächst einen Hausbesuch zu bekommen. Informiert wurden die Betroffenen über den Verdacht gegen sie nicht. Auch weigerte sich das Ministerium offenzulegen, welche Daten genau analysiert wurden und wie das System zu seinen Ergebnissen kam.

Das Muster, solche Systeme gegen jene einzusetzen, die ohnehin schon im Nachteil sind, findet man auch hier wieder. Denn zum Einsatz kam das System vor allem in Gemeinden, die als Problemviertel galten: deren Bewohner:innen arm waren und in denen überproportional viele zugewanderte Menschen lebten, die vorrangig auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Erst das Urteil eines Den Haager Gerichtes<sup>39</sup> Anfang 2020 konnte das Risiko-Scoring mitten in Europa beenden.<sup>40</sup> Der Einsatz sei ein Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, befand das Gericht. Denn es sei möglich, dass das Programm arme Menschen und Migrant:innen diskriminiere. Aktivist:innen und zivilgesellschaftliche Organisationen hatten zuvor seit Jahren vergeblich dagegen gekämpft.

## Ein Rechtsrahmen voller Lücken

Können Unternehmen und Behörden tatsächlich völlig unbehelligt Algorithmen auf ihre Kund:innen und Bürger:innen loslassen – auch wenn es um so wichtige Dinge wie einen Kredit oder Sozialleistungen geht? Theoretisch gibt es bereits einen Rechtsrahmen, der Menschen in der EU vor solchen automatisierten Prozessen schützt: Sind persönliche Daten betroffen, dann greifen die europäischen Datenschutzregeln und diese verbieten sogenannte voll automatisierte Entscheidungen. Dass diese Regel nur ein schwacher Trost ist, zeigen die beiden Beispiele aus Österreich und den Niederlanden.

Mit dem „AI Act“ bewegt sich in der EU ein Regelwerk für sogenannte künstliche Intelligenz auf die Zielgerade zu. Der soll Hochrisiko-Systeme wie etwa biometrische Gesichtserkennung in Zukunft stärker in den Blick nehmen. Doch Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch befürchten, dass gerade Algorithmen im Zusammenhang mit sozialer Sicherung durch die Maschen der Gesetzgebung fallen könnten.<sup>41</sup>



# Zivilgesellschaft im Fokus:

## Einblicke aus Asien, Lateinamerika, Afrika und Osteuropa



**I**n knapp 90 Ländern unterstützt Brot für die Welt Partnerorganisationen dabei, Menschenrechte zu verteidigen, Umweltzerstörung anzuprangern oder Menschen vor Repression zu schützen. Die Länderporträts aus Mexiko, Indonesien, Tansania und der Ukraine illustrieren die Probleme, die die Zivilgesellschaft im digitalen Raum hat und wie Lösungen aussehen können. Die Lage der Zivilgesellschaft lässt sich verbessern – wenn auch Deutschland seiner Verantwortung gerecht wird.



„Aristegui zuzuhören, ist ein Akt der Rebellion“, steht auf dem Plakat während eines Protests gegen die Entlassung der Journalistin Carmen Aristegui. Ihr Team hatte zuvor einen Immobilienskandal des Präsidenten aufgedeckt.

Mexiko

# Verwandt und ausgespäht

Kein Land hat die Spionagesoftware Pegasus so exzessiv genutzt wie Mexiko. Mit dieser digitalen Überwachung hat die Regierung die Zivilgesellschaft verunsichert und geschwächt.

**CIVICUS-Einstufung: unterdrückt**



Pegasus heißt das geflügelte Pferd in der griechischen Mythologie, das den Göttern treu zur Seite steht. Es lässt Quellen sprudeln, bringt Blitz und Donner, ist überall im Einsatz, wo es gebraucht wird. Der Gottvater Zeus hat es für seine Dienste belohnt. Seither steht das Wunderwesen als Sternbild am Himmel. Als würde es still von dort oben alles genau beobachten.

Das hat Pegasus in unserer Zeit auch in Mexiko getan, dieses Mal für jene, die Macht haben. Hört alles, sieht alles, tut alles, was sie wollen – und lässt auch Quellen sprudeln, nur strömt aus denen kein Wasser. Pegasus ist eine Schadsoftware, die heimlich, still und leise ihr Werk verrichtet und Menschen ausspäht.

Im Sommer 2021 hat ein internationales Recherchekonsortium herausgefunden, dass diese Software weltweit zum Einsatz kommt. Sie wird auf Smartphones gespielt, agiert völlig unbemerkt und horcht ihre Opfer aus. Mexiko ist das Land, in dem sich genau beobachten lässt, wie Pegasus wirkt. Wie digitale Überwachung dazu beiträgt, politische Gegner auszuschalten, wie die Zivilgesellschaft dadurch geschwächt und Misstrauen gesät wird, wie Mächtige über finstere Methoden ihre Macht ausbauen und diejenigen unter Druck setzen, die für ein freieres Land kämpfen.

Pegasus hat in Mexiko Spuren hinterlassen auf Smartphones von Menschen im unmittelbaren Umfeld des damaligen Oppositionspolitikers und heutigen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador. Pegasus wurde gefunden auf Smartphones der Familienangehörigen jener 43 Studenten eines Lehrerseminars, die 2014 von Polizisten im Verbund mit dem organisierten Verbrechen verschleppt wurden. Niemand ist vor der Software sicher; allein die Menschenrechtsorganisation Consorcio Oaxaca, ein Partner von Brot für die Welt, hat bisher 109 Menschenrechtsverteidiger:innen und 27 Journalist:innen identifiziert, die mit Pegasus ausspioniert wurden.

Die Recherchen eines internationalen Netzwerks, die als Pegasus Project bekannt geworden sind, basieren auf einem Datenleak mit 50.000 Telefonnummern jener Personen, die weltweit ins Visier der Spionagesoftware geraten sind. Allein 15.000 Nummern davon sind mexikanische.

Jeder  
**10.**  
unserer Partner  
in Mexiko  
ist von Pegasus  
betroffen

Hersteller der Software ist die israelische NSO Group. Die Nummern wurden 2020 Amnesty International und der gemeinnützigen Medienorganisation Forbidden Stories zugespielt, recherchiert haben Medien auf der ganzen Welt. In Mexiko teilten Amnesty International und Forbidden Stories die Daten mit Aristegui Noticias, dem nach seiner Gründerin Carmen Aristegui benannten Online-Recherchemagazin. Aristegui war es auch, die früh eine der ersten Pegasus-Infektionen auf ihrem Telefon feststellte, nachdem sie über dubiose Immobiliengeschäfte des umstrittenen Ex-Präsidenten Enrique Peña Nieto berichtet hatte. Mehr als 20 Textnachrichten mit unscheinbaren, aber bösartigen Links erhielt sie 2015/16, fand das Citizen Lab der Universität Toronto im Jahr 2017 heraus,<sup>42</sup> ein Institut zur Sicherung digitaler Rechte. Angegriffen wurden auch Telefone von Aristeguis Kolleg:innen und Familienmitgliedern, sogar das ihres damals 16 Jahre alten Sohnes. „Es ist eine Schadsoftware, die deine Kamera aktiviert, dein Mikrofon, alles, was ein integraler Teil deines Lebens ist“, berichtete sie und gab damit in aller Kürze wieder, warum diese Software so heimtückisch ist. Ein infiziertes Smartphone wird so unbemerkt zur Wanze.

## Krieg gegen Drogen als Vorwand

Staaten – demokratisch verfasste wie autoritäre – nutzen Pegasus vorrangig zur Verbrechensbekämpfung oder Terrorabwehr. Dass sie es aber auch massiv einsetzen, um Regimekritiker:innen, Oppositionelle und zivilgesellschaftliche Initiativen auszuhorchen, wurde erst durch die Recherchen bekannt. Der Markt für Spionagesoftware ist völlig unreguliert. Expert:innen für Internetfreiheit und digitale Rechte wie etwa netzpolitik.org fordern eine Ächtung dieser Firmen, weil ihre Produkte Leib und Leben gefährden.

Als erster richtig großer Kunde der NSO Group gilt Mexiko. Bereits in den 2010er-Jahren hatte sich der Staat mit Cyperspionageprodukten ausgerüstet – vorgeblich, um der grassierenden Drogenkriminalität beizukommen. Im Juli 2017 veröffentlichte Aristegui Noticias Details des Vertrags zwischen der NSO Group und der mexikanischen Generalstaatsanwaltschaft,<sup>43</sup> die demnach 2015 Pegasus für 32 Millionen US-Dollar erworben hatte, um nach und nach neben der Generalstaatsanwaltschaft auch den Geheimdienst

und das Verteidigungsministerium damit auszustatten. Insgesamt bezahlten mexikanische Behörden der NSO rund 300 Millionen US-Dollar. Pegasus durchzieht die mexikanische Gesellschaft. Man kann in der Hierarchie ganz oben anfangen und stößt dann auf das wohl prominenteste Opfer – den heutigen Staatspräsidenten López Obrador, AMLO genannt. Als er noch Oppositionspolitiker und Spitzenkandidat der Mitte-Links-Partei Morena war, war sein Umfeld ein potentielltes Ausspäziel. Er setzte sich für die einfachen Leute ein und wollte die 77 Jahre währende Herrschaft der Partei der Institutionalisierten Revolution, kurz PRI, beenden. Obrador versprach, sich auch um den Fall der 43 verschwundenen Studenten der Escuela Normal Rural „Raúl Isidro Burgos“ zu kümmern. Sie wurden im Bundesstaat Guerrero zu Grundschullehrern ausgebildet. Kaum ein Verbrechen hat Mexiko in den zurückliegenden Jahren so sehr beschäftigt. Die Schule, die 1926 gegründet

*Pegasus-Leak umfasst*  
**15.000**  
*Telefonnummern allein in Mexiko*

wurde, ist sozialistisch ausgerichtet und war allen Regierungen ein Dorn im Auge. Die Studenten stammen meist aus ländlichen Regionen mit indigener Bevölkerung, unter den Dozenten sind marxistische Grundanschauungen weit verbreitet.

### **Unerträgliche Ungewissheit**

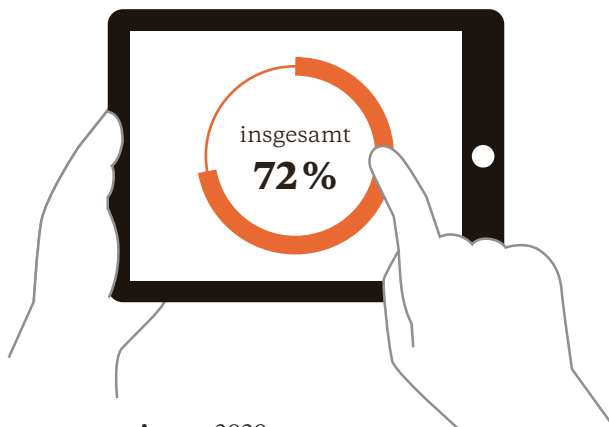
Am Tag ihrer Entführung – dem 26. September 2014 – waren die 43 unterwegs zu einer Kundgebung, um gegen die ungerechte Entlohnungs- und Einstellungspraxis der mexikanischen Regierung zu protestieren. Auf dem Weg wurden sie von der Polizei gestoppt, die umgehend das Feuer eröffnete. Sechs Studenten starben, 43 wurden verschleppt – bis heute weiß niemand genau, was ihnen widerfahren ist. Höchstwahrscheinlich wurden sie ermordet. Ermittlungen ergaben, dass Polizei und das Drogenkartell Guerreros Unidos die Studenten entführt haben.

Kurz nach der Entführung taten sich die Eltern der Studenten zusammen, um den Druck auf die Ermittlungsbehörden zu erhöhen, das Verbrechen aufzuklären. Immer wieder organisierten sie in der Hauptstadt Demonstrationen. Auf Fotos sieht man Cristina Bautista, eine der Mütter, wie sie ein Plakat trägt, darauf ein Bild ihres Sohnes Benjamín und die Aufschrift: „Lebendig habt ihr ihn mitgenommen, lebendig wollen wir ihn zurück!“ Die Ungewissheit ist kaum zu ertragen, aber der Staat klärt nicht auf – auch AMLO hat sein Versprechen, den Fall zu lösen, bislang nicht eingelöst.

Den Eltern gilt einer als Schuldiger: Tomás Zerón, Ex-Chef der mexikanischen Kriminalpolizei. Er soll an der Entführung und Folterung der 43 Studenten beteiligt gewesen sein und Beweise manipuliert haben. Im April 2020 erließ der Generalstaatsanwalt einen Haftbefehl gegen ihn. Im Dezember 2020 wurde bekannt, dass sich Zerón nach Israel abgesetzt hat. Die Personalie Zerón ist pikant, denn er gilt als enger Vertrauter des damaligen Präsidenten Peña Nieto. Er war es auch, der nur einen Monat nach dem Verschwinden der 43 einen Vertrag mit der NSO Group über den Kauf der Pegasus-Software unterschrieben hatte. Zerón wird inzwischen für

## **Zugang zum Internet**

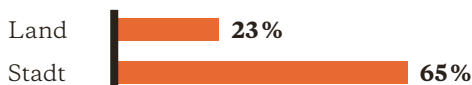
Anteil der Menschen in Mexiko, die das Internet nutzen (2020)



### **Internetnutzer:innen 2020**



### **Haushalte mit Internetzugang 2019**



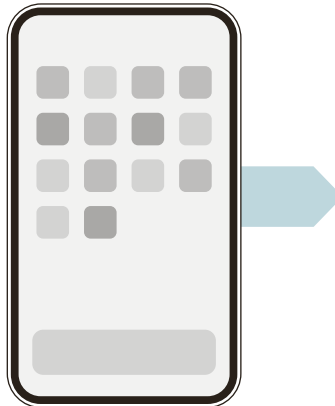
Quelle: Internationale Fernmeldeunion (UN ITU): <https://www.itu.int/en/ITU-D/Statistics/Dashboards/> (abgerufen im Dezember 2021)

## So späht Pegasus aus

Über Smartphones kann diese Überwachungstechnologie auf alle Daten der Nutzer:innen zugreifen.

### Angriffs-Vektoren

Pegasus kann über Schwachstellen in gängigen Anwendungen auf einem Telefon installiert werden, oder indem ein Mensch dazu verleitet wird, auf einen bössartigen Link zu klicken



### Fähigkeiten

Nach der Installation kann Pegasus theoretisch alle Daten auf dem Gerät abfangen und an den Angreifer zurücksenden



Quelle: Guardian (2021): UAE linked to listing of hundreds of UK phones in Pegasus project leak

deren missbräuchlichen Einsatz mitverantwortlich gemacht, auch deswegen hat Mexiko einen Auslieferungsantrag gestellt.<sup>44</sup>

Die zeitliche Verbindung zwischen dem Verschwinden der 43 jungen Männer und dem Pegasus-Deal Zeróns mag Zufall sein, jedoch wurden die Eltern der Studenten mithilfe von Pegasus überwacht. Auf öffentlichen Druck hin konnte die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte die Entführung untersuchen. 2017 fand das Citizen Lab der Universität Toronto heraus, dass im Jahr zuvor Smartphones der Angehörigen, von zivilgesellschaftlichen Organisationen – allein vier Partner von Brot für die Welt – sowie der „Interdisziplinären Gruppe unabhängiger Experten“, ein Gremium der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (GIEI), angegriffen

**300**  
Millionen  
US-Dollar für  
Pegasus-Deal

worden waren.<sup>45</sup> In den Daten fanden sich auch die Nummern von Bautista, von weiteren Angehörigen der Studenten – und des Anthropologen Abel Barrera sowie des Rechtsanwalts Vidulfo Rosales. Beide unterstützen mit der Menschenrechtsorganisation Tlachinollan, einem Partner von Brot für die Welt, die Eltern. Gespräche, die Rosales in der Sache geführt hatte, wurden öffentlich gemacht, nachdem sie abgefangen worden waren. „Die Regierung von Peña Nieto fühlte sich unter Druck und begann eine Schmierenkampagne“, sagt Rosales dazu.<sup>46</sup>

Obleich unklar ist, welche Behörde die Anwälte und Menschenrechtsverteidiger:innen als Ziele ausgewählt hat – Guillermo Valdés Castellanos, 2006 bis 2011 Chef des mexikanischen Geheimdienstes, nimmt den damaligen Präsidenten in die Verantwortung. Unter ihm sei der Einsatz von Pegasus „außer Kontrolle“ geraten, sagte Valdés Castellano der Washington Post. Technologien wie Pegasus seien nützlich, um die Organisierte Kriminalität zu bekämpfen. Doch ohne staatliche

Kontrollmechanismen könnten solche Überwachungstools missbraucht werden.<sup>47</sup>

Nach Bekanntwerden der Überwachungen reichten betroffene NGOs im Jahr 2017 Strafanzeige bei der Bundesstaatsanwaltschaft ein, die allerdings nicht aktiv wurde. Ein Jahr später entschied ein Richter, dass der Verdacht der Spionage durch Regierungsbehörden gegen Journalist:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen untersucht werden müsse und sich die Ermittlungen auf die illegale Nutzung der Pegasus-Software konzentrieren sollten. Bislang ohne Folgen.

## Große Angst um Angehörige

Sofía de Robina vom Zentrum für Menschenrechte ProDH, einem Partner von Brot für die Welt, das die Eltern der 43 Studenten juristisch berät, hat die Auswirkungen staatlicher Überwachung eindrücklich beschrieben. 2016 war ein Gespräch mit Angehörigen durchgesickert und aus dem Zusammenhang gerissen in die Öffentlichkeit gelangt. „So wurde eine Verbindung zwischen ProDH und dem organisierten Verbrechen impliziert, die es nicht gab“, sagt de Robina. Dieser Vorfall hat die Organisation in mehrfacher Hinsicht alarmiert: „Es war beunruhigend nicht zu wissen, über wie viele Informationen diese

# 109

Aktivist:innen  
ausgespäht

böswilligen Akteure verfügten und wie sie diese zu nutzen gedachten.“ Oder welche Folgen das Leck für die Prozessstrategie des Centro ProDH und die betroffenen Familien haben würde. Bei der täglichen Arbeit sei das Risiko, ins Visier des Staates und des Militärs zu geraten, stets präsent. Große Angst habe man auch um Angehörige und Bekannte, die man nicht immer schützen könne. Weil die Eingriffe in die Zivilgesellschaft so massiv sind, verlangen mehrere Organisationen – darunter das Consorcio Oaxaca, ein weiterer Partner von Brot für die Welt – unabhängige Untersuchungen durch die UN oder die Interamerikanische Menschenrechtskommission. Sie fordern alle Bundesbehörden auf, mit den Ermittelnden zu kooperieren, die Akten des Pegasus-Deals offenzulegen sowie Journalist:innen und Verteidiger:innen der Menschenrechte besser zu schützen. Es sind Forderungen an einen Staat, auf den sie sich nicht verlassen konnten – aber Rechtsstaatlichkeit einzufordern, bleibt ihre schärfste Waffe.

| Die Spähsoftware Pegasus ist auch auf den Mobiltelefonen jener Familien gefunden worden, die seit 2014 nach den 43 verschwundenen Studenten eines Lehrerseminars suchen. „Wo sind sie?“, fragt dieses Wandgemälde.





# „Durch mich sind sie in Häuser und Intimsphären eingedrungen“

Interview mit **Yesica Sánchez Maya**  
Direktorin von Consorcio Oaxaca

## **Frau Sánchez, Sie wurden über die Spähsoftware Pegasus überwacht. Wie haben Sie das erfahren?**

**Yesica Sánchez Maya:** Dass meine Nummer auf der Liste stand, sagte mir ein Journalist, der am Pegasus-Rechercheprojekt mitgearbeitet hat. Rückblickend gab es aber auch eindeutige Zeichen, dass mein Telefon ausgespäht wurde: Auf dem Handy waren Fotos und Videos gespeichert, die ich nie aufgenommen habe. Apps sind auf einmal verschwunden oder die Darstellung war plötzlich gespiegelt. Außerdem hatten wir immer wieder mit Übergriffen und Sabotagen zu tun und wussten nicht, woher die Angreifer die dafür notwendigen Informationen hatten. Jetzt wissen wir es.

## **Warum hat der Staat Sie bespitzelt?**

**Yesica Sánchez Maya:** Consorcio Oaxaca ist eine feministische Menschenrechtsorganisation. Wir dokumentieren Gewalt gegen Frauen und decken die gravierende Menschenrechtskrise im Land auf. Wir nehmen dabei kein Blatt vor den Mund und klagen die Situation und das Versagen der Regierung öffentlich und international an. Damit waren wir der Regierung von Peña Nieto ein Dorn im Auge. Mit der Spähsoftware wollte diese ihre „Feinde“ im Blick behalten und einschüchtern.

## **Was heißt das für Ihre Arbeit?**

**Yesica Sánchez Maya:** Es bedeutet, dass all die Opfer von Menschenrechtsverletzungen, all jene, mit denen ich auf lokaler sowie internationaler Ebene Kontakt hatte, sehr wahrscheinlich auch Opfer von Spionage geworden sind. Und es bedeutet einen sehr gewalttätigen Eingriff in mein berufliches, familiäres und privates Leben.

## **Wie gehen Sie damit um?**

**Yesica Sánchez Maya:** Ich bin in tiefer Sorge, denn wir bieten den Opfern Schutz und Begleitung und schaffen einen Vertrauensraum. Deswegen kommen die Menschen zu uns. Nun wissen wir nicht, was der Staat alles über sie weiß und was er mit diesen Infos macht. Diese Unsicherheit ist schwer auszuhalten. Ich fühle mich, als hätte jemand über Jahre

hinweg eine große Lupe über mich gehalten. Zu wissen, dass ich das Einfallstor für die Spionage war, die nicht nur mich, sondern auch all die Leute getroffen hat, die mit mir kommuniziert haben, ist hart. Durch mich sind sie in viele Häuser und Intimsphären eingedrungen.

## **Schützt der Staat Ihre Organisation?**

**Yesica Sánchez Maya:** Nein. Nachdem wir 2020 einen Femizid in Oaxaca und die Verwicklung staatlicher Akteure darin angeprangert haben, fanden wir vor unserem Büro einen Schweinekopf und die Nachricht, wir seien als Nächste dran. Wir haben das angezeigt, aber bislang nichts von der Staatsanwaltschaft gehört. Das zeigt, wie groß die Verstrickungen sind. Sie wollen, dass wir aufgeben.

## **Was fordern Sie von Ihrer Regierung?**

**Yesica Sánchez Maya:** Der Staat muss uns sagen, wer verantwortlich für die Spähangriffe ist – und strafrechtlich ermitteln. Er muss transparent machen, welche Informationen er über uns und unsere Kontakte abgefangen hat. Außerdem müssen sich Regierungen zusammensetzen und der Überwachung von Journalist:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen einen Riegel vorschieben. Das ist zentral, um die Demokratie zu verteidigen.

## **Kurz und knapp**

---

**Unser Partner:** Consorcio Oaxaca

**Wie entstanden:** 2003 aus einem Zusammenschluss von Feministinnen

**Projektgebiet:** Bundesstaat Oaxaca

**Schwerpunkt:** Consorcio Oaxaca bringt feministische Aktivistinnen aller Generationen zusammen und setzt sich auf nationaler und internationaler Ebene für Gendergerechtigkeit ein. Weitere Aufgaben sind Schutz und psychosoziale Unterstützung von Menschenrechtsverteidigerinnen.

**Weitere Infos** <https://consorciooaxaca.org>

---



| Das sogenannte Omnibus-Gesetzespaket – verabschiedet im Oktober 2020 – soll ein investitionsfreundliches Klima schaffen für Unternehmen aus dem Ausland. Doch im ganzen Land protestieren Menschen dagegen.

Indonesien

# Eine Allzweckwaffe gegen Kritik

CIVICUS-Einstufung: **beschränkt**

In Indonesien bekämpft die Regierung unliebsame Stimmen im Netz mit einem Gesetz, das eingeführt wurde, um den Online-Handel zu regulieren. Heute soll damit die Zivilgesellschaft mundtot gemacht werden.





Als Joko Widodo im Oktober 2014 als Staatspräsident Indonesiens vereidigt wird, liegen große Hoffnungen auf ihm. Von 2005 bis 2012 war er Bürgermeister seiner Heimatstadt Surakarta. In den sieben Jahren seiner Amtszeit etablierte der Gründer eines Möbelunternehmens einen politischen Stil, der auf Dialog setzte, Korruption bekämpfte und wirtschaftliches Wachstum ins Zentrum stellte. Jokowi, wie er genannt wird, scheint an einer Politik gelegen, die große Infrastrukturvorhaben begünstigt und Investoren aus dem Ausland anlockt.

Am 5. Oktober 2020 verabschiedet seine Regierung deshalb das sogenannte Omnibus-Gesetzespaket. Auch mit Verweis auf die ökonomischen Folgen der Corona-Pandemie werden Arbeits- und Umweltschutzgesetze dereguliert und branchenweite Mindestlöhne abgeschafft, um die Wirtschaft anzukurbeln.<sup>48</sup> Die Änderungen schlagen sich nieder in 1.244 Artikeln und 79 Gesetzestexten. Unter Ausschluss relevanter Fachgremien oder der Zivilgesellschaft werden sie im Eiltempo im Parlament verabschiedet.

Im ganzen Land kommt es zu Protesten gegen das Gesetzespaket. Hunderte von Demonstrierenden werden festgenommen. Ihre Kritik entzündet sich daran, dass Umweltstandards wie etwa die verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfungen ausgesetzt und Arbeiter:innenrechte oder die Rechte auf Information und freie Meinungsäußerung geschwächt werden. Transparenz fehle. Zudem bemängeln zivilgesellschaftliche Akteur:innen, dass das Omnibus-Paket die Macht bei der Nationalregierung konzentriert und die Handlungs- und Entscheidungsbefugnisse der Lokalregierungen untergräbt.

Dass diese Kritik berechtigt ist, zeigt ein Fall im Sommer 2021 in Neuguinea, mit einer Fläche von 786.000 Quadratkilometern die zweitgrößte Insel der Erde. Der östliche Teil gehört zu Papua-Neuguinea. Der westliche Teil der Insel, Westpapua, ist Teil des Inselarchipels Indonesien. Die Insel ist reich an Bodenschätzen: Öl, Erdgas, Kupfer und Gold. Der indonesische Teil ist deshalb wirtschaftlich bedeutend für das Land. Im Hochland Papuas gibt es die größte Goldmine der Welt. Außerdem lagert hier ein riesiges Flüssiggasvor-

*Westpapua ist  
reich an Gas  
und Gold, doch  
**80%**  
der Menschen  
sind arm*

kommen. Gleichzeitig sind in Westpapua 80 Prozent der Menschen arm: Etwa 2,4 Millionen Menschen ernähren sich weitgehend von dem, was sie selbst anbauen. Zum Vergleich: Landesweit leben laut nationaler Statistikbehörde nur zehn Prozent unter der Armutsgrenze von 1,90 Dollar pro Tag.<sup>49</sup>

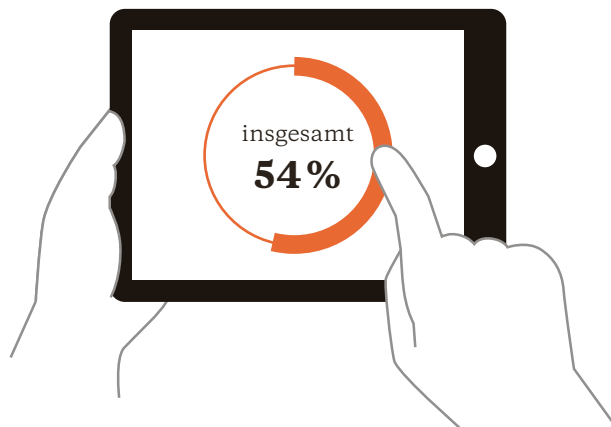
## **Geschäfte mit Militärs**

Im Sommer 2021 veröffentlichen neun NGOs eine Studie, darunter Greenpeace Indonesia, die Indonesian Legal Aid Foundation und die Menschenrechtsorganisation KontraS (The Commission for the Disappeared and Victims of Violence), Partner von Brot für die Welt. Sie beklagen darin, dass seit Jahren Militär- und Polizeistützpunkte auffällig nahe an Bergbaugebieten errichtet würden. Zudem gebe es enge Verflechtungen zwischen dem Militär bzw. pensionierten Generälen und den vor Ort tätigen Unternehmen. Der Bericht führt vier Unternehmen auf. Bei zweien handele es sich um Goldminen, bei denen Geschäftsverbindungen mit dem Militär nachweisbar seien, darunter mit dem aktuellen Minister für maritime Angelegenheiten und Investitionen, Luhut Binsar Panjaitan, einem Ex-General.<sup>50</sup> Der Vorwurf: Die Regierung nutze ihre Macht nicht nur, um die Wirtschaft anzukurbeln, sondern auch, um persönliche Interessen zu sichern. Die Studie führt zu einem öffentlichen Diskurs über das, was in Westpapua vor sich geht. Autor:innen werden zu Interviews eingeladen. Doch eine Reaktion der Regierung bleibt aus. Mitte August setzen sich der Menschenrechtsverteidiger Haris Azhar und Fatia Maulidiyanti, Koordinatorin bei KontraS, vor eine Web-Kamera und unterhalten sich mit einem der Rechercheure der Studie. Anschließend stellen sie die knapp halbstündige Aufnahme ins Netz.

Nun reagiert der Minister und Ex-General Panjaitan. Er zeigt die beiden Aktivist:innen bei der Polizei wegen Diffamierung an. Einen Monat nach der Veröffentlichung des Videos erhalten Haris Azhar und Fatia Maulidiyanti eine Vorladung: Sie werden darin aufgefordert, die Motive hinter der Veröffentlichung zu erläutern, sich innerhalb von fünf Tagen über den YouTube-Kanal sowie in Massen- und Online-Medien öffentlich zu entschuldigen und zu versprechen, das Gesagte nicht zu wiederholen.<sup>51</sup> Der Politiker beruft sich bei der Anzeige darauf, er könne nicht zulassen, dass seine Kinder schlecht über

## Zugang zum Internet

Anteil der Menschen in Indonesien, die das Internet nutzen (2020)



### Internetnutzer:innen 2020



### Haushalte mit Internetzugang 2019



Quelle: Internationale Fernmeldeunion (UN ITU): <https://www.itu.int/en/ITU-D/Statistics/Dashboards> (abgerufen im Dezember 2021)

ihn dächten. Wenige Tage später erhalten Azhar und Maulidiyanti eine zweite Vorladung nahezu gleichlautenden Inhalts. Die in Aussicht stehende Strafe: bis zu sechs Jahre Haft.

Über ihre Anwälte lassen beide erklären: Ihre Kritik sei nicht gegen Panjaitan als Privatperson gerichtet gewesen, sondern habe sich auf seine Rolle als Minister bezogen. Sein Handeln in Westpapua erwecke den Eindruck, dass er sein Amt missbraucht, um das Militär zur Sicherung seiner Privatinteressen einzusetzen. Panjaitan aber hält daran fest, seinen persönlichen Ruf verteidigen zu müssen (siehe Interview).

Er kann sich dabei auf ein Gesetz stützen, das bei der Einschränkung von Meinungsfreiheit im Netz zunehmend an Bedeutung gewinnt. Das ITE-Gesetz („Information and Electronic Transaction Law“) wurde 2008 verabschiedet und 2016 überarbeitet. Ursprünglich war es geschaffen worden, um auf dem neuen Feld des E-Commerce den Umgang mit Hasskriminalität, Falschmeldungen und Pornographie zu regeln. Im Gesetz heißt es:

Bis zu  
**60.000**  
Euro  
Geldstrafen

Jede Person, die vorsätzlich und unbefugt Informationen mit der Absicht verbreitet, Hass oder Zwietracht gegen Einzelpersonen oder bestimmte Gruppen auf Grundlage von ethnischer und sozialer Gruppenzugehörigkeit, Religion oder Rasse zu säen, wird mit einer Freiheitsstrafe von bis zu sechs Jahren oder einer Geldstrafe bis zu einer Billion Rupiahs bestraft – umgerechnet etwa 60.000 Euro. Damals hieß es: Alle modernen Länder brauchen ein solches Gesetz, um das Netz frei zu halten von dem, was eine Gesellschaft vergiftet. Inzwischen nutzt es die indonesische Regierung, um Kritik zu unterbinden.

Denn das Gesetz lässt viel Interpretationsspielraum. Es definiert zwar, was unter Strafe steht und was nicht. In Artikel 27 etwa wird Verleumdung definiert. Artikel 28 behandelt Falschmeldungen und Hasskriminalität. Beide Artikel sind allerdings so verfasst, dass sie den Behörden und der Polizei erlauben, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken.

## Nach Chat in Haft

Wie groß das Machtgefälle ist zwischen jenen, die Menschenrechtsverletzungen oder Korruption anprangern, und Vertreter:innen der Regierung, offenbart nicht nur der Fall von Fatia Maulidiyanti und Haris Azhar. Im Juli 2021 erstattete der Stabschef des Staatspräsidenten Anzeige gegen die Menschenrechtsverteidiger Egi Primayogha und Miftachul Choir.<sup>52</sup> Sie hatten auf der Webseite von Indonesia Corruption Watch enge Verbindungen zwischen ihm und einem Pharmaunternehmen enthüllt, das ein umstrittenes Covid-Medikament entwickelt hatte.<sup>53</sup> Der Politiker verwies auf den Verleumdungsartikel und erklärte, es handle sich um eine Privatfehde, die er nicht ignorieren könne: „Ich habe eine Frau und Kinder.“ Und im November wurden zwei Greenpeace-Aktivist:innen angezeigt: Sie hatten den Präsidenten kritisiert, er habe beim Klimagipfel in Glasgow die Folgen des Kahlschlags der Wälder heruntergespielt.<sup>54</sup> Dass schon in Gefahr gerät, wer in einer halböffentlichen Chatgruppe Kritik übt, zeigt der Fall des Hochschullehrers Saiful Mahdi. In einer

Nachricht an seine Kolleg:innen beschwerte sich der Ingenieur via Messenger-Dienst über das Einstellungsverfahren für Dozenten an seiner Fakultät. „Ich habe traurige Nachrichten über den Tod des gesunden Menschenverstands erhalten“, schrieb er. „Wie kann sich eine einst so ruhmreiche Fakultät nur so kleinmütig verhalten?“ Er landet für drei Monate im Gefängnis.

## Polizei bekommt eine eigene Cyber-Einheit

Amnesty International hat im Jahr 2020 119 Fälle von mutmaßlichen Verletzungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung durch das ITE-Gesetz registriert – mit insgesamt 141 Verdächtigten, darunter 18 Aktivist:innen und vier Journalist:innen.

Die Folge ist eine Atmosphäre der Einschüchterung, in der nicht nur Menschenrechtsverteidiger:innen sich selbst zensieren, bevor sie Missstände öffentlich machen.

Das ITE-Gesetz ist das prominenteste, aber nicht das einzige Gesetz, das zu dieser Entwicklung beigetragen hat. Zwar haben laut indonesischer Verfassung alle Bürger:innen das Recht, ihre Meinung frei zu äußern und sich zu informieren. In Artikel 154 des indonesischen Strafgesetzes heißt es jedoch: „Wer öffentlich Gefühle der Feindseligkeit, des Hasses oder der Verachtung gegen die Regierung Indonesiens äußert, kann mit einer Freiheitsstrafe von bis zu sieben

Laut Amnesty wurde **119** Mal das Recht auf Meinungsfreiheit verletzt

Jahren bestraft werden“ – ein Widerspruch zur Verfassung, befand bereits 2007 das indonesische Verfassungsgericht.

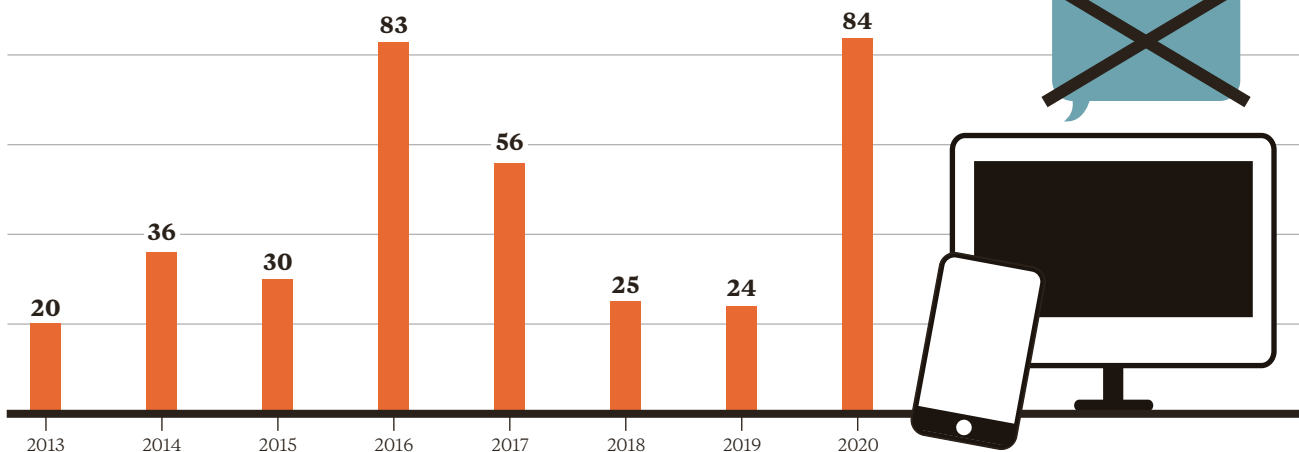
Alle Versuche der Zivilgesellschaft, die Regierung zu einem anderen Kurs zu bewegen und das ITE-Gesetz zu überarbeiten, blieben erfolglos. Im Gegenteil: Seit Februar 2021 durchsucht eine eigene Cyber-Einheit der Polizei die Sozialen Medien und Chat-Apps nach vermeintlich strafbaren Inhalten.<sup>55</sup> Damit setzt sie eine Forderung des Ministers für politische, rechtliche und sicherheitspolitische Angelegenheiten um.

Dieser hatte im Jahr zuvor angekündigt, dass die Regierung eine spezielle Polizeieinheit einrichten würde, um der Verbreitung von Fehlinformationen im Internet entgegenzuwirken – denn diese hätten das Potential, die öffentliche Ordnung zu ruinieren. Heute erhält, wer online Kritik übt, mitunter eine Nachricht mit der Botschaft: Wenn Sie diesen Post nicht umgehend löschen, werden Sie nach dem ITE-Gesetz bestraft.

Bereits im April 2021 verschickte die Einheit solche Warnungen an 200 Social-Media-Konten – vor allem von Nutzer:innen, die die Regierung kritisierten. Die meisten löschten die Inhalte umgehend.<sup>56</sup>

## Keine Meinungsfreiheit online

Zahl der Fälle, in denen Menschen durch das ITE-Gesetz kriminalisiert wurden



Quelle: SafeNet (2021): Indonesia Digital Rights Situation Report 2020

# „Immer mehr Menschen realisieren, dass es einen Unterschied macht, ob man sich einbringt oder nicht“



## Interview mit **Auliya Rayyan**

Leiterin der International Advocacy Division bei der Menschenrechtsorganisation KontraS (The Commission for the Disappeared and Victims of Violence)

### **Frau Rayyan, wie bewerten Sie, was sich in der indonesischen Zivilgesellschaft seit Jahren abspielt?**

**Auliya Rayyan:** Ich kann auf diese Frage eine sehr lange Antwort geben, aber ich versuche es kurz: Wir sehen einen deutlichen Rückgang der Demokratie. Unser Präsident und die Sicherheitskräfte tolerieren Gewalt. Sie sehen in dieser keine Menschenrechtsverletzung, sondern eine legitime Form von Bestrafung oder ein Mittel, um bestimmte Ziele zu erreichen. Zwischen September 2019 und September 2021 ließ der Staat 5.389 Menschen verhaften, die ihre Meinung geäußert haben, zum Beispiel, indem sie an Demonstrationen oder Kundgebungen teilgenommen hatten. Einige wurden sofort wieder freigelassen. Andere bekamen längere Haftstrafen.

### **Welche Bedeutung hat die digitale Sphäre in Indonesien für die Zivilgesellschaft und Ihre Arbeit?**

**Auliya Rayyan:** Das Internet ist für uns ein wichtiger Ort, um uns mit anderen Organisationen auszutauschen, unsere Follower:innen auf dem Laufenden zu halten und mit ihnen zu interagieren. Um Kritik zu üben, können wir natürlich auch die offiziellen Wege einhalten, etwa in Form von Lobbyschreiben an die Regierung. Aber oft sind die Social-Media-Kanäle schneller und die Menschen können direkt reagieren. Und es gibt einen höheren Druck für die Regierung zu antworten.

### **Die Regierung hat das Internet wiederholt komplett abgeschaltet. Welche Konsequenzen hat das für ihre Arbeit?**

**Auliya Rayyan:** Die Abschaltung des Internets zeigt, wie unsicher die Regierung gegenüber dem freien Informationsfluss ist. Weil sie ihn nicht kontrollieren kann, schaltet sie stattdessen das Internet ab. Für uns ist es damit schwierig, Menschenrechtsverletzungen zu überwachen und Nachrichten an ein größeres Publikum weiterzuleiten. Wir können unsere Arbeit nur machen, wenn wir zu einem konkreten Fall die Details kennen.

### **Es gibt in Indonesien starken Widerstand gegen das ITE-Gesetz, das prominenteste Gesetz, mit dem sich Politiker gegen unliebsame Kritik zu wehren versuchen. Wie reagiert die Regierung auf den Protest?**

**Auliya Rayyan:** Sie sagt, sie sei offen für eine Überarbeitung des Gesetzes, wenn die Zivilgesellschaft Einspruch erhebt. Aber bis jetzt haben wir nichts davon gehört, dass das Gesetz überarbeitet werden soll.

### **Was unternehmen Sie, um die Regierung zu einer Überprüfung zu bewegen?**

**Auliya Rayyan:** Wir haben eine gerichtliche Überprüfung beantragt, begleiten diesen Prozess mit Kampagnen und nehmen an den Gerichtsverhandlungen teil. Auch internationale Organisationen beteiligen sich daran.

### **Was geschieht mit jenen, die sich mit ihrer Kritik an der Regierung zu weit aus der Deckung wagen?**

**Auliya Rayyan:** Sie werden verfolgt. Viele Personen und Menschenrechtsverteidiger:innen haben zum Beispiel den Umgang der Regierung mit der Corona-Pandemie kritisiert. Im April wurde der WhatsApp-Account eines Menschenrechtsverteidigers gehackt. Anschließend warf ihm die Polizei vor, Ausschreitungen provoziert zu haben. Er versuchte, an einen sicheren Ort zu gelangen. Aber die Polizei erwischte ihn vorher und warf ihn ins Gefängnis. Es war völlig willkürlich, was ihm passierte. Viele forderten so lange seine Freilassung, bis er aus dem Gefängnis kam.

### **Welche Folgen haben solche Angriffe für Ihre Arbeit?**

**Auliya Rayyan:** Wir bekommen auf unseren Social-Media-Kanälen sehr viele Hassnachrichten. Wir haben deshalb einige Sicherheitsmaßnahmen eingeführt. So fahren wir zum Beispiel ohne Umwege direkt ins Büro. Denn wirklich sicher sind wir nur zu Hause oder im Büro. Und wir achten noch mehr darauf, was wir posten. Aber ich kann sagen: Wir bleiben stark und setzen unsere Arbeit fort.

### Was tun Sie, um diese Stärke aufrechtzuerhalten?

**Auliya Rayyan:** Ich persönlich bekomme viel Unterstützung aus unserem internationalen Netzwerk. Aber auch lokale Menschenrechts- oder Recherche-Organisationen unterstützen uns in Form von Webinaren oder Diskussionen. Wir versuchen, füreinander da zu sein, und bekommen auch psychologische Unterstützung, wenn wir das Gefühl haben, auf dem Weg in einen Burn-out zu sein.

### Wie sieht die Unterstützung durch internationale Organisationen konkret aus?

**Auliya Rayyan:** Sie ist vielfältig und reicht von rechtlichen Stellungnahmen über Unterstützung bei unseren Kampagnen und sicheren Unterkünften, wenn die Situation zu bedrohlich wird.

### Blicken Sie optimistisch oder pessimistisch in die Zukunft?

**Auliya Rayyan:** Persönlich sehe ich keinerlei Verbesserungen bei der Wahrung der Menschenrechte in meinem Heimatland. Aber es gibt einen positiven Aspekt: Mehr und mehr Menschen schließen sich der Menschenrechtsbewegung an. Sie realisieren, wie sich die Situation in unserem Land verschlechtert und dass es einen Unterschied macht, ob man sich einbringt oder nicht. Das hilft uns, mehr Druck auf die Regierung auszuüben.

### Aber gerade junge Menschen suchen sich in Indonesien lieber Jobs in der Regierung oder in der Wirtschaft.

### Warum haben Sie sich für KontraS entschieden?

**Auliya Rayyan:** Viele in meiner Universität haben auf NGOs herabgeblickt, besonders auf die lokalen. Die wollten lieber für Ministerien arbeiten oder für Start-ups mit schönen Büros und kostenlosem Mittagessen. Aber für mich war es immer ein Traum, etwas zu tun, was Hoffnung gibt.

## Kurz und knapp

**Unser Partner:** The Commission for the Disappeared and Victims of Violence (KontraS)

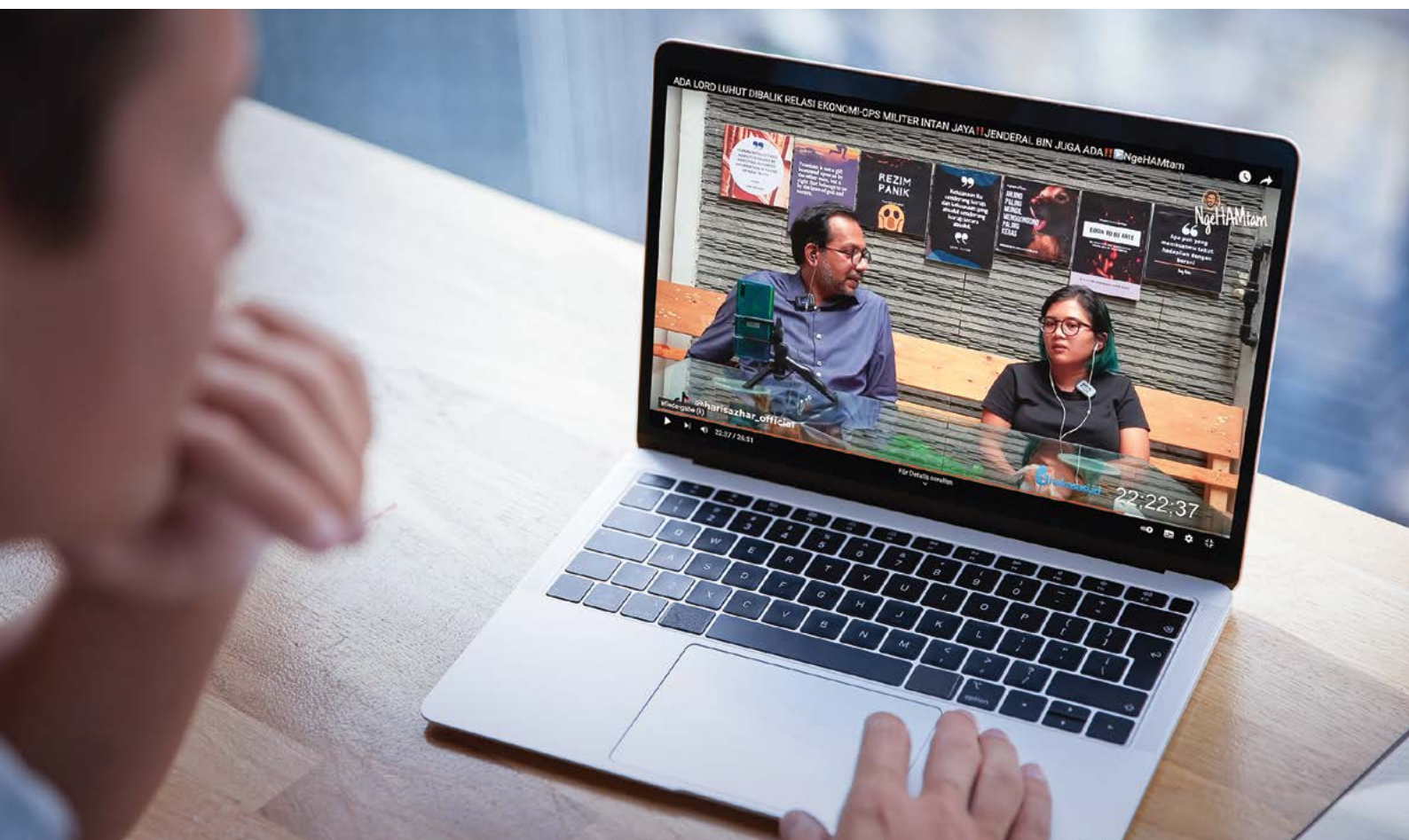
**Wie entstanden:** 1998 in Jakarta gegründet

**Projektgebiet:** Landesweit und internationale Advocacy-Arbeit

**Schwerpunkt:** Ziel ist ein rechtliches und politisches System, das auf der Souveränität der Bevölkerung basiert und frei ist von Angst, Unterdrückung, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen. Die Arbeit umfasst Themen wie Schutz von Aktivist:innen, Reform des Sicherheitssektors oder Recht auf Land.

**Weitere Infos:** <https://kontras.org/en>

| Im August 2021 prangern die Menschenrechtsverteidiger:innen Fatia Maulidiyanti und Haris Azhar in einem Video Korruption an. Seitdem werden sie von Mitgliedern der indonesischen Regierung verfolgt.





| In einer umstrittenen Abstimmung wird am 28. Oktober 2020 der Präsident John Magafuli mit 84,4 Prozent wiedergewählt. Hier gibt eine Frau in Stone Town in Sansibar ihre Stimme ab.

Tansania

# Als habe jemand den Stecker gezogen

Als im Oktober 2020 in Tansania gewählt wurde, deutete alles auf einen Sieg des amtierenden Präsidenten hin. Trotzdem ließ er das Internet abschalten. Ein Schritt von vielen, um im Land Oppositionelle, Zivilgesellschaft und Menschenrechte zu schwächen.

**CIVICUS-Einstufung: unterdrückt**



Es ist der 27. Oktober 2020, der nächste Tag wird ein wichtiger für Tansania. Es steht ein neues Parlament zur Wahl und auch der Präsident. Ziemlich sicher werden John Magufuli und seine Chama-Cha-Mapinduzi-Partei (CCM) wiedergewählt, er regiert seit fünf Jahren, und seit der Unabhängigkeit 1961 dominiert die Partei das Land. Die letzten Stunden vor Öffnung der Wahllokale sind wichtig – Initiativen und NGOs können jetzt nochmal zur Stimmabgabe aufrufen, das Wahlsystem erklären, sich für das Recht auf Mitbestimmung starkmachen.

Wahlbeobachter:innen und Journalist:innen arbeiten auf Hochtouren: Wird alles korrekt ablaufen? Magufuli hatte sich 2015 für den Kampf gegen Korruption und Ineffizienz starkgemacht, aber stattdessen stark in die Freiheitsrechte eingegriffen: Journalist:innen verschwanden, politische Gegner:innen wurden zusammengeschlagen, Oppositionelle durften keine Kundgebungen abhalten, neue Gesetze schränkten die Freiheit ein, sich zu versammeln oder die eigene Meinung zu äußern. Diese Härte bekam auch Magufulis wichtigster Gegenkandidat Tundu Lissu zu spüren: Eine Woche lang war er vom Wahlkampf ausgeschlossen worden.<sup>57</sup>

Nun also steht der Wahltag kurz bevor – und plötzlich ist es, als habe jemand den Stecker gezogen. Das Internet ist lahmgelegt, nichts geht mehr. Soziale Medien und Messenger-Dienste, die dem schnellen Austausch, der Weitergabe von Beobachtungen, der Mobilisierung der Wählenden dienen, sind tot; Nachrichtenseiten im Internet, die Informationen zusammentragen, liegen brach. Die amtierende Regierung nimmt der Bevölkerung noch die letzte Möglichkeit, sich zu informieren, sich zu vernetzen. Sie veranlasst über ihre Telekommunikationsbehörde einen Internet-Shutdown, der mehr als eine Woche anhalten wird. Die Folgen beschreibt der Lehrer und Social-Media-Influencer Godfrey Abely Magehema so: „Ich hatte keinen Zugang zu Berichten und Informationen.“ Doch was tut ein Influencer, der seinen Newsfeed nicht mehr bedienen kann? Oder Idd Ninga, Sozialarbeiter in Arusha: „Die Abschaltung der Internetdienste hat mein Recht als Bürger auf Zugang zu Informationen verletzt,

Wer einen  
Blog betreibt,  
muss  
**800 €**  
an die Regierung  
zahlen

noch dazu während einer Wahl. Es war extrem schwierig, sich auf dem Laufenden zu halten, zumal nicht jeder jederzeit Zugang zu traditionellen Medien wie Fernsehen oder Radio hat.“

Immer wieder haben Regierungen weltweit in den vergangenen Jahren Internet-Shutdowns veranlasst, vor allem in afrikanischen und asiatischen Ländern – 2020 wurden allein in Indien 109 Shutdowns gezählt. Dabei weisen die Regierungen direkt oder über ihre für Telekommunikation zuständige Behörde Internetprovider an, den Zugang zu bestimmten Internetdiensten für ihre Nutzerinnen und Nutzer zu beschränken. Das betrifft dann vor allem Soziale Netzwerke, lässt sich aber auch ausdehnen, so dass das gesamte Internet unzugänglich wird.

Die tansanische Regierung nutzt für den Shutdown zur Wahl die „Verordnung über elektronische und postalische Kommunikation“ von 2020. Sie befugt die staatliche Kommunikationsregulierungsbehörde TCRA, Diensteanbieter anzuweisen, Inhalte zu blockieren oder zu filtern, wenn die Behörde der Meinung ist, dass diese Inhalte verboten sind. Kommen die Anbieter dem nicht nach, riskieren sie eine Strafe.

Ein Beamter der Kommunikationsaufsichtsbehörde – er bat darum, nicht namentlich genannt zu werden – bestätigte gegenüber der Deutschen Welle, dass die Abschaltung von Präsident Magufuli genehmigt wurde. Betrachtet man die Entwicklungen in den Jahren vor der Wahl 2020, so verwundert das nicht. Seit Beginn seiner Amtszeit ab 2015 wurde die Meinungs- und Pressefreiheit Zug um Zug eingeschränkt. Blogger:innen etwa müssen sich seit 2018 bei der TCRA registrieren und dafür umgerechnet 800 Euro Lizenzgebühr bezahlen. Das allein stellt eine Hürde dar, überhaupt einen Blog zu betreiben.

### „Unpatriotischer“ Bericht

Ein ganzes Gesetzespaket greift zudem tief in elementare Freiheitsrechte ein. So erlaubt der Media Service Act beispielsweise die Suspendierung von Medienhäusern, die Verhaftung von Journalist:innen oder das Verbot von Veröffentlichungen. Anlässe dafür können „falsche oder irreführende Nachrichten“ sein – aber wer definiert das? Jedenfalls: Das Gesetz findet Anwendung – 2019 berichtete die Zeitung Citizen Newspaper über die Abwertung der tansanischen Währung und wurde eine Woche lang suspendiert. Im Mai

2020 wurden zwei Journalisten verhaftet, die Interviews zur schwierigen Covid-Lage geführt hatten. Die Begründung: Solche „unpatriotischen Informationen“ könnten sich negativ auf Sicherheit, Einheit und Wirtschaft des Landes auswirken.

Von den Einschränkungen sind Journalist:innen betroffen, aber auch Menschen, die sich in NGOs oder anderen Organisationen für ihr Land einsetzen. Menschenrechtsverteidiger:innen werden inhaftiert, Anwält:innen suspendiert, Oppositionelle zu Geldstrafen verurteilt. Es reicht aus, eine andere Ansicht als die Regierung zu äußern.

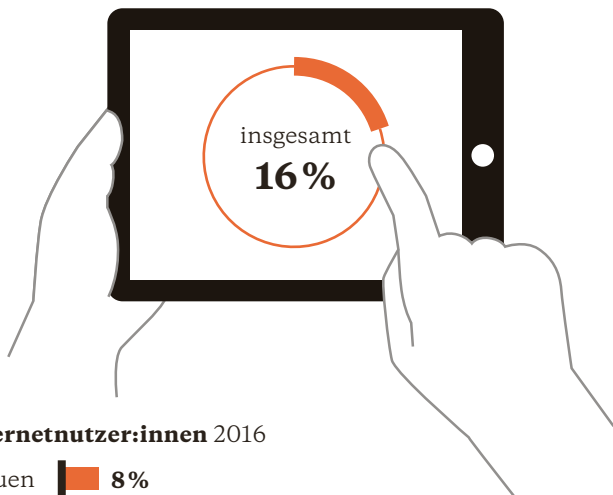
Angehörige von Magufulis Regierung argumentierten, die Gesetze zielten darauf ab, Hassrede und andere Online-Verbrechen wie Cybermobbing und Pornografie zu bekämpfen.<sup>58</sup> Schon zwei Jahre vor der Wahl hatte Magufuli den Shutdown indirekt angekündigt: „Ich habe mir gewünscht, dass eines Tages Engel vom Himmel herabsteigen und all diese Plattformen schließen, damit wir,

*Shutdown  
begann*  
**1 Tag**  
*vor der Wahl  
und endete*  
**9 Tage**  
*danach*

wenn sie nach einem Jahr wieder geöffnet werden, bereits unser neues Tansania aufgebaut haben.“ Der Internet-Shutdown begann am Tag vor der Wahl und erstreckte sich über mehr als eine Woche, er wurde auf verschiedenen Ebenen vollzogen: Die TCRA wies Telekommunikationsanbieter und Internet-Provider an, mithilfe von Filtern den Zugang zu Diensten wie Twitter, WhatsApp und Telegram einzuschränken; zuvor waren Anbieter aufgefordert worden, den Zugang zu SMS- und Sprachnachrichten-Diensten zu unterbinden. Nach Angaben der NGO Access Now – sie setzt sich weltweit für unbeschränkten Zugang zum Internet und digitale Rechte ein – hat die TCRA Geräte installiert, die das Netz drosseln, Webseiten blockieren und den Datenverkehr so verschlechtern, dass etwa größere Datenpakete mit Videos oder Fotos nicht übertragen werden können.<sup>59</sup> Millionen Menschen in Tansania wurden so ihre gängigen Kommunikationsmittel genommen.

## Zugang zum Internet

Anteil der Menschen in Tansania, die das Internet nutzen (2017)



### Haushalte mit Internetzugang 2019

Land	k.A.
Stadt	k.A.

Quelle: Internationale Fernmeldeunion (UN ITU): <https://www.itu.int/en/ITU-D/Statistics/Dashboards/> (abgerufen im Dezember 2021)

## Keine Berichte über die Wahl

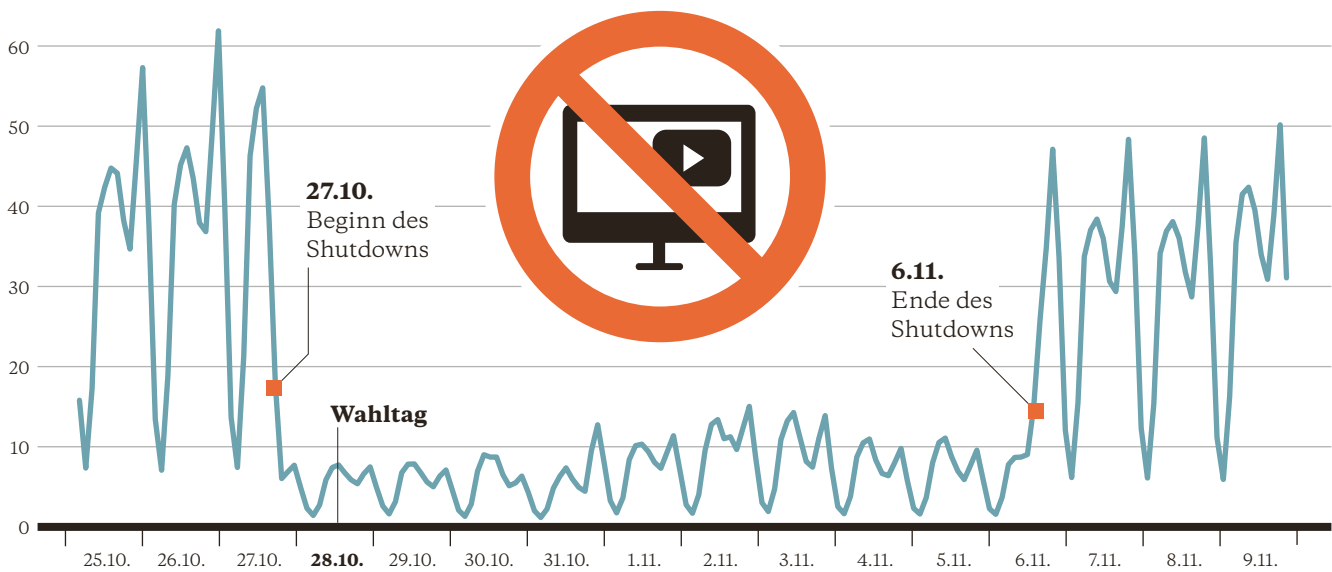
Analysen von Echtzeitdaten zeigten, dass Dienste wie Twitter, WhatsApp, Instagram sowie Google-Dienste wie G-Mail oder das Google-Übersetzungsprogramm über die führenden tansanischen Netzbetreiber tatsächlich insgesamt oder teilweise nicht mehr verfügbar waren. Die Daten weisen auch auf eine allgemeine Unterbrechung der Dienste der staatlichen Tanzania Telecommunications Corporation hin.

Opfer des Internet-Shutdowns waren die Menschen in Tansania: Unternehmer:innen, die ihren Geschäften nicht mehr nachgehen konnten, was einen volkswirtschaftlichen Schaden bedeutete; Journalist:innen, NGOs und Initiativen, die daran gehindert wurden, frei über die Wahl zu berichten – so wie etwa das Christian Council of Tanzania, kurz CCT, dem Soziale Medien fehlten, um Informationen zu sammeln und zu verbreiten sowie über Probleme vor, während und nach der Wahl zu berichten. Hinzu kommt, dass das CCT als Wahlbeobachter nicht zugelassen worden war. Es waren aber auch diejenigen betroffen, die sich einfach nur mit Freunden verabreden oder mit



## Elf Tage ohne Internet

Der YouTube Traffic zeigt: Rund um die Präsidentschaftswahl 2020 war das Internet in Tansania praktisch nicht zugänglich.



Traffic bezeichnet laut Google in diesem Fall das Verhältnis zwischen der Anfragerate aus Tansania und der weltweiten Anfragerate. Eine Anfrage ist der Versuch, auf eine Seite zuzugreifen, nicht der Zugriff.

Quelle: Google Transparency Report, Traffic and disruptions to Google

ihren Familien sprechen wollten – ein deutliche Missachtung elementarer Menschenrechte. Aber warum veranlasst eine Regierung so etwas und zu welchem Zweck?

Gängige Argumentationsmuster sind aus anderen Ländern bekannt: Shutdowns sollten die Verbreitung „von Fake News, Hassrede oder Gewalt fördernden Inhalten“ eindämmen. Beobachter:innen zufolge ist das allerdings nur vorgeschoben – vielmehr würden Shutdowns gezielt genutzt, um Proteste etwa infolge von Militäraktionen einzudämmen, aufbrandende Gewalt wegen lokaler Konflikte zu kanalisieren und drohende politische Instabilität zu verhindern.<sup>60</sup> In Tansania selbst wurde der Shutdown damit begründet, man handele aus „Sorge um die Fairness des Wahlprozesses und die nationale Sicherheit“ – letztlich auch nur Floskeln, um Eingriffe in Menschenrechte zu verbrämen.<sup>61</sup>

Fast  
**17%**  
weniger  
Wahlbeteiligung

### Proteste blieben aus – zu groß war die Angst

Die nackten Zahlen sind bekannt: Magufuli gewann die Wahl mit einem Stimmenanteil von 84,4 Prozent. Tundu Lissu von der Oppositionspartei Chadema bekam als Zweitplatzierter 13,0 Prozent. Magufuli konnte seinen Stimmenanteil erheblich steigern – 2015 hatte er 58,5 Prozent der Stimmen bekommen. Interessant ist die Wahlbeteiligung, die 2020 mit 50,7 Prozent deutlich unter der Beteiligung von 67,3 Prozent im Jahr 2015 lag – obwohl die Anzahl der eingetragenen Wählenden gegenüber 2015 um sieben Millionen zugenommen hatte.

Das war keine faire Wahl, die da am 28. Oktober 2020 in Tansania stattfand, und die über den Internet-Shutdown direkt manipuliert wurde. Der Shutdown wirkte sich auch sehr stark auf die Berichterstattung über die Wahl aus, urteilte die Beobachtergruppe des Electoral Institute for Sustainable Democracy in Africa (EISA): Es war schlicht nicht möglich, hinreichende Informationen über die Wahl zu sammeln und zu verbreiten; es gab weniger Möglichkeiten, über Vorkommnisse auch rechtzeitig zu

berichten, so dass etwa Anwälte oder Anwältinnen hätten eingreifen können.

Wie reagierte die tansanische Zivilgesellschaft auf diese Wahl und den Internet-Shutdown? Gab es Proteste, Demonstrationen? Nein, sagt Gloria Mafole vom CCT, „es gab keine öffentliche Reaktion, die Angst war einfach zu groß“. Die Menschen konnten sich auch nicht vernetzen ohne das Internet und die Messenger-Dienste. Nur wer die Möglichkeit hatte, einen VPN-Tunnel zu organisieren, also ein geschütztes Netzwerk, mit dem die Blockade umgangen werden konnte, konnte kommunizieren, sagt Mafole. Solche VPN-Tunnel waren zwar verboten, doch während des Shutdowns stieg die Nachfrage nach VPNs um 18.823 Prozent.

Laut offiziellen Angaben starb Magufuli im März 2021 in Daressalam. Zwei Tage nach seinem Tod wurde seine Vizepräsidentin Samia Suluhu Hassan als erste Präsidentin Tansanias vereidigt.<sup>62</sup> Die 61-Jährige stammt von der halb-autonomen Insel Sansibar, arbeitete im Ministerium für Planung und Entwicklung und machte Karriere in der Regionalregierung von Sansibar. 2010 wurde sie ins tansanische Parlament gewählt und fünf Jahre später zur Vizepräsidentin Magufulis. Auf Suluhu Hassan richten sich die Hoffnungen vieler, die von Magufuli enttäuscht worden waren.

*Nachfrage  
nach geschützten  
Verbindungen  
ist um  
**18.823%**  
gestiegen*

Für sie spricht die Aufhebung des Schulverbots für schwangere Mädchen und junge Frauen im Herbst 2021.<sup>63</sup> Was die Meinungsfreiheit angeht, bleibt die Präsidentin allerdings hinter den Erwartungen vieler zurück: Keines jener Gesetze, die die Meinungs- und Pressefreiheit einschränken, wurde seit Beginn ihrer Präsidentschaft abgeschwächt oder abgeschafft; Journalist:innen werden weiterhin verhaftet und von den Behörden verfolgt. Und im Juli 2021 wurden elf Vertreter der Oppositionspartei Chadema angeklagt, terroristische Aktivitäten finanziert und geplant zu haben – darunter auch ihr Vorsitzender Freeman Mbowe, der immer noch im Gefängnis sitzt.

Tansanias erste Präsidentin sei eine Chance für das Land geschrieben Medien nach dem Tod Magufulis.<sup>64</sup> Bisher enttäuscht Samia Suluhu Hassan die Hoffnungen auf Lockerungen. Kurz und bündig titelte die FAZ: „Der Magufulismus lebt weiter“.

| Für viele Menschen in Tansania ist das Internet eine wichtige Informationsquelle.

Ein Shutdown wie rund um die Wahl im Oktober 2020 ist deshalb ein massiver Eingriff in die Grundrechte.





# „Es herrschte Chaos“

Interview mit **Gloria Mafole**

Programmverantwortliche für Good Governance und Lobbying  
beim Christian Council of Tanzania (CCT)

## **Frau Mafole, wie haben Sie den Internet-Shutdown am Tag vor der Wahl in Tansania am 28. Oktober 2021 erlebt?**

**Gloria Mafole:** Wir wachten am Morgen auf und merkten sofort, dass etwas nicht stimmt. Das Internet lief nicht, Messenger-Dienste waren nicht erreichbar. Es herrschte Chaos.

## **Welche Folgen hatte das für Sie?**

**Gloria Mafole:** Der Shutdown hat unsere Arbeit rund um die Wahl extrem eingeschränkt. Unsere Organisation war diesmal von der Wahlbeobachtung ausgeschlossen worden. Das ist Teil der Maßnahmen, mit denen die Regierung Magufuli einige der elementaren Menschenrechte eingeschränkt hat. Wir waren also bei der Wahl auf unser eigenes Netzwerk sowie auf die Pastorinnen und Pastoren und Mitarbeitenden der Mitgliedskirchen angewiesen, um so Informationen über den Ablauf der Wahl zu sammeln – sie alle sind zu den Wahlbüros gegangen. Durch den Internet-Shutdown konnten wir diese Informationen aber weder weitergeben noch veröffentlichen. Das ging über sieben Tage so, da war die Wahl längst vorbei.

## **Hat die Zivilgesellschaft protestiert?**

**Gloria Mafole:** Nein, so etwas gab es nicht. Die Menschen hatten Angst vor Strafen. Unter der Regierung von Magufuli wurden ja immer wieder Kritiker und Oppositionelle verhaftet und eingeschüchert. Außerdem war es wegen des Internet-Shutdowns fast unmöglich zu kommunizieren, sich abzusprechen, sich zu verabreden. Nur wer die Möglichkeit hatte, einen VPN-Tunnel einzurichten, konnte Messenger-Dienste benutzen. Aber auch das war verboten.

## **Warum ist Wahlbeobachtung in einem Land wie Tansania so wichtig – es galt lange als Vorbild in Sachen Demokratie und Menschenrechte ... ?**

**Gloria Mafole:** Das ist seit 2015 anders. Magufulis Regierung hat viele Gesetze erlassen, die das System stützen und Oppositionellen und unabhängigen Journalistinnen und Journalisten das Leben schwermachen. In der Rangliste

der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen ist das Land auf Platz 124 von 180 Ländern abgerutscht.

## **Und die Wahlen?**

**Gloria Mafole:** Man sieht es ja am Shutdown, der am Tag vor der Wahl eingesetzt wurde. Und schauen Sie, die Wahlkommission ist parteiisch, sie ist Teil der Politik, die von der Regierungspartei gesteuert wird. Deshalb ist Wahlbeobachtung wichtig – und deshalb wurden wir nicht dafür zugelassen.

## **Präsident Magufuli ist im März gestorben, Nachfolgerin wurde seine langjährige Vizepräsidentin Samia Suluhu Hassan. Hat sich die Lage seither verbessert?**

**Gloria Mafole:** Nicht so, wie wir es erhofft hatten. Die Gesetze, die die Zivilgesellschaft systematisch einschränken, sind weiterhin in Kraft, Regierungskritiker sind inhaftiert, da brauchen wir wirklich Veränderungen. Immerhin hat Suluhu Hassan ein Gesetz abgeschafft, das schwangeren Mädchen verbot, zur Schule zu gehen. Sie können jetzt wieder am Unterricht teilnehmen. Das ist eine kleine, wichtige Veränderung. Aber das reicht nicht. Was wir jetzt brauchen, ist die Rücknahme der drakonischen Gesetze, die uns seit 2015 unserer fundamentalen Rechte berauben. Und eine neue Verfassung.

## **Kurz und knapp**

**Unser Partner:** Christian Council of Tanzania (CCT)

**Wie entstanden:** 1964 als Dachverband der wichtigsten protestantischen Kirchen und kirchlichen Organisationen im Land

**Projektgebiet:** Landesweit

**Schwerpunkt:** CCT versteht sich als Sprachrohr seiner Mitgliedskirchen gegenüber Staat und Gesellschaft. Projekte- und Lobbyarbeit zu den Themen Gender, Gesundheit, Klimawandel, Umwelt, Ernährungssicherheit, Frieden und gute Regierungsführung.

**Weitere infos:** [www.cct-tz.org](http://www.cct-tz.org)



| Am Unabhängigkeitstag im August 2021 nehmen Bürger:innen in der ukrainischen Hauptstadt Kiew am „Marsch der Verteidiger der Ukraine“ teil. Was wie Folklore aussieht, ist ein ernstes politisches Anliegen.

Ukraine

# Lügen als Waffe

Seit Beginn des Konflikts in der Ostukraine sind Falschnachrichten ein zentraler Teil der russischen Kriegsführung. Eine lebendige Zivilgesellschaft hat Methoden entwickelt, um sich dagegen zu wehren. Sie füllt damit eine Leerstelle im ukrainischen Staat, der mitunter selbst autoritären Verlockungen erliegt.

**CIVICUS-Einstufung: beschränkt**



Am 5. Juli 2014 marschiert die ukrainische Armee in Slowjansk ein, einer Stadt mit etwas mehr als 100.000 Einwohner:innen im Osten der Ukraine. Sie treibt die Einwohner:innen auf dem Lenin-Platz im Zentrum zusammen; einige werden brutal gefoltert, ein Dreijähriger wird gekreuzigt. Einer Frau gelingt die Flucht aus der Stadt. Sie wendet sich an den kremlnahen russischen Fernsehsender Channel One Russia. Ihre Augenzeugenberichte schockieren viele Menschen in der Ukraine. Sie haben nur einen Haken: Nichts davon ist wahr, weder die Folter noch die Kreuzigung. Es gibt in Slowjansk noch nicht einmal einen Lenin-Platz. Die Zeugin entpuppt sich als Schauspieler:in, Ehefrau eines prorussischen Militärangehörigen.<sup>65</sup>

Seit Ausbruch des Krieges in der Ostukraine im Frühjahr 2014 ist Desinformation eine wichtige Waffe der russischen Kriegsführung. Gefälschte Nachrichten sollen die ukrainische Gesellschaft spalten und eine Stimmung erzeugen, nach der in der Nähe der Ukraine zur Europäischen Union eine Gefahr liegt, vor der der Partner in Russland schützen kann. Doch genauso lang und energisch arbeitet eine lebendige ukrainische Zivilgesellschaft dagegen an. „Ohne Wladimir Putin und die russische Aggression würde es hier gar keine Zivilgesellschaft geben“, lautet ein in der Ukraine gern erzählter Witz. Er enthält mehr Wahrheit, als dem russischen Präsidenten lieb sein dürfte. Der bis heute andauernde bewaffnete Konflikt beginnt im November 2013. Ausgangspunkt sind Proteste in Kiew gegen eine Entscheidung des damaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch. Über Jahre hat die ukrainische Regierung über eine Vereinbarung mit der EU verhandelt, um die Ukraine wirtschaftlich enger an diese zu binden. Doch Janukowytsch lehnt das unterschriftsreife Abkommen ab. Aus dem ganzen Land reisen Menschen in die ukrainische Hauptstadt, um zu protestieren. Eine ihrer Parolen: „Die Ukraine gehört zu Europa, nicht zu Russland.“ Als Sicherheitskräfte die Demonstrationen niederschlagen, kommen noch mehr Menschen. Zentrum ihrer monatelangen Proteste wird der Maidan. Janukowytsch flieht im Februar 2014 aus dem Land.

Mehr als  
**10.300**  
Menschen  
kamen bislang  
im Krieg um

Auch auf der Krim gehen sowohl Befürworter:innen als auch Gegner:innen einer engeren Zusammenarbeit mit der EU auf die Straße – bis Truppen in nicht gekennzeichneten grünen Uniformen auf der Halbinsel die Kontrolle übernehmen. Später wird der russische Präsident Wladimir Putin argumentieren, er müsse russische Bürger:innen und russischsprachige Menschen auf der Krim und in der Südostukraine schützen.

Bei einem umstrittenen Referendum Mitte März 2014 auf der Krim sollen mehr als 95 Prozent der Wähler:innen für einen Anschluss an Russland gestimmt haben – obwohl sich bei einer Volkszählung zuvor nur 62,9 Prozent als Russinnen und Russen bezeichnet hatten.<sup>66</sup> Die Entscheidung für oder gegen den Anschluss verlief aber auch nicht entlang ethnischer Zugehörigkeiten. Ausschlaggebend waren eher wirtschaftliche und politische Perspektiven; versprochen wurden Wohlstand und höhere Renten. Krimtatar:innen und zivilgesellschaftliche Akteur:innen fürchteten um ihre Freiheit.

Es folgen Kämpfe zwischen von Russland unterstützten Separatist:innen und ukrainischem Militär, die sich schnell auf die Ostukraine ausweiten. Laut Global Conflict Tracker des Council on Foreign Relations sind zwischen April 2014 und November 2021 mehr als 10.300 Menschen gestorben, fast 24.000 wurden verletzt.<sup>67</sup> Andere Quellen gehen von bis zu 14.000 Toten aus.

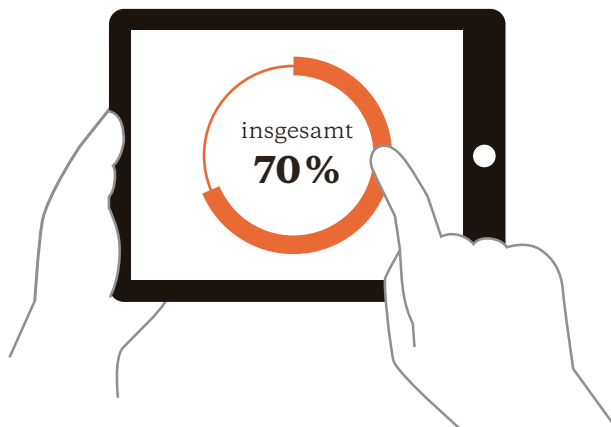
Bereits von März 2014 an setzt Russland gefälschte Nachrichten ein, um Misstrauen zu säen und die gesellschaftliche Spaltung zu vertiefen. Während in Kiew Menschen gegen Korruption und antiwestliche Propaganda protestieren, zeichnen die auf der Krim beliebten russischen Nachrichtenmedien wie Russia 24, NTV, Channel One Russia und Russia-1 ein ganz anderes Bild: Kiew sei der Aggressor. Und die Ukraine ein faschistischer und nationalistischer Staat, der aus der EU und den USA fremdgesteuert wird und die russischsprachige Bevölkerung unterdrückt. Flankiert werden solche Botschaften von Trollen, die in Sozialen Medien, Foren und Blogs prorussische, antiwestliche Inhalte verbreiten.

## **Bürgerjournalismus boomt**

Das Ganze weitet sich zu einem Informationskrieg aus. Viele falsche Meldungen werden zunächst in Russland veröffentlicht, in der Ukraine von russischsprachigen Fernsehsendern und

## Zugang zum Internet

Anteil der Menschen in der Ukraine, die das Internet nutzen (2019)



### Internetnutzer:innen 2019



### Haushalte mit Internetzugang 2018



Quelle: Internationale Fernmeldeunion (UN ITU): <https://www.itu.int/en/ITU-D/Statistics/Dashboards/> (abgerufen im Dezember 2021)

Nachrichtenportalen, hinter denen entweder der russische Staat oder kremlnahe ukrainische Oligarchen wie Viktor Medwedtschuk stehen, aufgegriffen und dort im digitalen Raum über Facebook-Gruppen, anonyme und personalisierte Chat-Kanäle sowie YouTube-Kanäle vervielfacht. Um ihren Einfluss zu vergrößern, kooperieren von Russland gesteuerte Sender einschließlich ihrer Webseiten und prorussische Facebookseiten miteinander. Geschaffen wird ein Resonanzraum, in dem sich Aussagen gegenseitig verstärken und wechselseitig Legitimation verleihen. Doch nicht nur Russland initiiert Falschmeldungen. Häufig stecken dahinter auch Akteur:innen aus der ukrainischen Politik und Wirtschaft, die für eine enge Beziehung zu Russland sind. So gilt die Partei „Oppositionsplattform – Für das Leben“ als eine der Hauptquellen für prorussische Propaganda. Einer ihrer Vorsitzenden: der Oligarch Viktor Medwedtschuk. Wie energisch sich die ukrainische Zivilgesellschaft gegen die unsichtbare, aber extrem

Mehr als  
**10.000**  
Fake-Meldungen  
nachgewiesen

wirkungsvolle Waffe zur Wehr setzt, zeigt das Beispiel der Factchecking-Organisation StopFake. In einer Facebook-Gruppe tauschen sich Anfang März 2014 angehende Digitaljournalist:innen darüber aus, was in ihrem Land gerade vor sich geht – einem gemeinsamen Geist folgend, der die Atmosphäre auch auf dem Maidan ein halbes Jahr vorher geprägt hat. Weil niemand weiß, welchen Informationen zu trauen ist und welchen nicht, entstehen während der Proteste neue Formate von Bürgerjournalismus, die jede Information auf ihre Stichhaltigkeit abklopfen.

## Zivilgesellschaft füllt die Lücken, die der Staat hinterlässt

Unter den Digitaljournalist:innen kommt die Idee einer Webseite auf, die auf der Grundlage überprüfbarer Quellen Falschnachrichten demaskiert. Kurz darauf steht die Seite im Netz. Die Nachricht von ihrem Start verbreitet sich schnell. Mehrere zehntausend Meldungen über gefälschte Nachrichten sind seitdem erschienen. Inzwischen arbeiten über 30 Menschen für die Seite und veröffentlichen ihre Recherchen in 13 Sprachen. Auch die Lüge vom gekreuzigten Jungen hat StopFake aufgedeckt. Die Gründerin Olga Yurkova war dafür extra nach Slowjansk gereist.

StopFake ist eine von zahlreichen Organisationen, die es sich zur Aufgabe machen, die ukrainische Gesellschaft aufzuklären. Für sie sind neben Journalist:innen auch Analysten, Open-Source-Spezialisten, Social-Media-Initiativen, Cyber-Aktivist:innen und IT-Unternehmen mit speziellen Software-Kenntnissen tätig. Sie arbeiten gegen eine von Russland gesteuerte verfälschende Geschichtsschreibung genauso an wie sie über russische Truppenbewegungen in der Ostukraine aufklären oder sich für Datensicherheit engagieren. Und sie schulen die Medienkompetenz, zum Beispiel an Universitäten für angehende Journalist:innen. Sie füllen eine Lücke, die der ukrainische Staat vor allem zu Beginn des Konflikts nicht selbst schließen konnte.

Aber nicht nur die Verteidigungsstrategien der ukrainischen Zivilgesellschaft haben sich professionalisiert. Auch die Propaganda ist ausgefeilter geworden. Anfangs bestanden die Falschmeldungen meist aus offensichtlichen Lügen wie die vom gekreuzigten Jungen oder vom ukrainischen Kampffjet, der die malaysische Linienmaschine MH-17 abgeschossen haben soll, bei deren Absturz 298 Menschen ums Leben kamen – die

## Die Ukraine heute

Seit 2014 sind mehrere Gebiete der Ukraine besetzt bzw. annektiert.



Quelle: Bundeszentrale für Politische Bildung (2019):  
Ukraine-Konflikt: Der vergessene Krieg im Osten Europas

Nachricht hatte ebenfalls der Sender Channel One Russia verbreitet. StopFake bewies, dass das vorgebliche Beweisfoto retuschiert worden war.<sup>68</sup> Aufwendige Analysen des deutschen Recherchebüros Correctiv und des Netzwerks für digitale Forensik, Bellingcat, ergaben, dass für den Abschuss ein Flugabwehrsystem aus russischer Produktion verantwortlich war, das entweder von russischen Separatisten oder russischen Streitkräften auf dem Gebiet der Ukraine bedient und später über die Grenze zurück nach Russland geschafft worden war.

Über die Jahre ist die Propaganda komplexer geworden. Nach einer Analyse des Ukraine Crisis Media Center und des Estonian Center of Eastern Partnership gibt es mehrere Narrative, die regelmäßig in Nachrichten einsickern.<sup>69</sup> Etwa das vom blühenden Nationalsozialismus in der Ukraine, der das Erbe der Vorfahren mit Füßen trete, die einst gegen Hitler-Deutschland gekämpft haben. Oder das Narrativ, die Ukraine befinde sich in einem Bürgerkrieg, sei zu einem Zentrum für Geldwäsche verkommen und steuere auf einen Staatsbankrott zu. Dazu zitieren russische Medien Experten und Studien und stützen sich auf die Bewertungen von Ratingagenturen. Weil ukrainischen Medien mitunter die Professionalität fehlt, die Quellen zu überprüfen, greifen auch sie solche Berichte auf. So verwandeln sich gefälschte Nachrichten in vermeintliche Wahrheiten.<sup>70</sup> Auch Akteur:innen der Zivilgesellschaft geraten ins Fadenkreuz solcher Kampagnen: Von StopFake heißt es, die Organisation habe eine faschistische Agenda.

### Desinformation auf allen Kanälen

Welche Art von Desinformation zu welcher Wirkung führt, lässt sich indes genauso wenig verlässlich beantworten wie die Frage, wie viele Menschen über solche Kampagnen überhaupt erreicht werden. Nach einer Studie vom Mai 2021 der unabhängigen Plattform Texty haben Internetseiten mit prorussischen Inhalten pro Monat mehr als

Prorussische  
Webseiten haben

**110**

Millionen  
Besuche  
pro Monat

110 Millionen Besuche.<sup>71</sup> Entsprechende YouTube-Kanäle haben 120 Millionen Aufrufe. Der von Russland gesteuerte Fernsehsender RT erreicht nach eigenen Angaben 700 Millionen Menschen in mehr als hundert Ländern. Damit hätte er eine größere Reichweite als die BBC, allerdings ohne dessen journalistische Standards.

Doch ein Forschungsprojekt des Center for Security Studies der ETH Zürich, der London School of Economics, des Shorestein Center für neue Medien in Harvard sowie Internews Ukraine deutet darauf hin, dass digitale Medien im Vergleich zu traditionellen solche Desinformationen deutlich weniger effektiv verbreiten. Die Forschenden verfolgten dazu 17 Desinformationsnarrative in Sozialen Medien und Chat-Apps. Zwar stimmten ihnen 20 bis 30 Prozent der ukrainischen Bevölkerung ganz oder teilweise zu. Allerdings tendierten die Befragten umso stärker dazu, solchen Erzählungen zu glauben, je öfter sie ihnen etwa in Fernsehkanälen von Viktor Medwetschuk begegneten. Die Autor:innen kamen daher zum



| Am 25. Dezember 2019 feiern Einwohnerinnen und Einwohner von Sewastopol, der größten Stadt auf der Halbinsel Krim, die Ankunft des ersten Direktzugs aus St. Petersburg. Auf dem Plakat steht „Vaterland! Freiheit! Putin!“.

Schluss: „Diese Erkenntnisse sind ein Hinweis darauf, dass die Ängste rund um die Wirksamkeit digitaler Desinformation wahrscheinlich überzogen sind und von der mindestens genauso wichtigen Rolle der traditionellen Medien als Beeinflussungsinstrument abzulenken drohen.“<sup>72</sup>

### **Ukrainische Regierung zeigt autoritäre Züge**

Alle amtierenden Präsidenten – aktuell auch Wolodymyr Selenskyj – gehen seit 2014 gegen die Kanäle vor, die in der Ukraine als Verteiler von Falschnachrichten gelten. So verbot etwa der damalige Präsident Petro Poroschenko die Ausstrahlung von russischem Fernsehen in der Ukraine: Mehr als 70 Sender wurden gesperrt, drei Jahre später auch vielbesuchte Portale wie Vkontakte, die russische Version von Facebook, der russische Mailanbieter mail.ru und die russische Suchmaschine Yandex.

Das wirft die Frage auf, wie es in der Ukraine selbst um Meinungs- und Pressefreiheit bestellt ist. Über die Eindämmung von Falschnachrichten hinaus wurden etwa auch 25 in Russland veröffentlichte Bücher verboten mit der Begründung,

Mehr als  
**70**  
TV-Sender  
gesperrt

sie enthielten propagandistische historische Erzählungen. Außerdem wurden Einreiseverbote für russische und internationale Journalistinnen und Journalisten verhängt, deren Arbeit angeblich die Souveränität sowie die territoriale Integrität der Ukraine untergraben hätten.<sup>73</sup> Für Kontroversen sorgten Ende 2019 und Anfang 2020 zudem zwei Gesetzesentwürfe der regierenden Parlamentsmehrheit und des Ministeriums für Kultur und Informationspolitik: Beide hatten autoritären Charakter, denn sie hätten den Regierungsbehörden weitreichende Befugnisse eingeräumt, um Falschnachrichten und Darstellungen zu identifizieren und zu sanktionieren, die aus Sicht der Regierung die territoriale Integrität der Ukraine gefährden. Die Gesetze wurden nicht verabschiedet – eine Folge sowohl von Druck aus der Zivilgesellschaft als auch von Beratung durch andere Regierungen.



# „Die Propaganda ist allgegenwärtig“

Interview mit **Oksana Khmelnytska**

Psychologin, Gründerin und Leiterin des Berufsverbands Mental Health Service



**Frau Khmelnytska, Sie sind eine der Initiatorinnen des Mental Health Service, der Menschen in der Ostukraine in Traumatherapie und psychologischer Betreuung fortbildet und vernetzt. Wie kam es dazu?**

**Oksana Khmelnytska:** Im Jahr 2014 haben sich Traumatherapeutinnen und Psychologinnen – in diesen Berufen arbeiten in der Ukraine fast nur Frauen – zusammengetan, um in der Ostukraine diejenigen zu unterstützen, die Menschen mit psychischen Erkrankungen betreuen.

**Wie sind Sie vorgegangen?**

**Oksana Khmelnytska:** Psychologisches Wissen und Traumatherapie gelten für viele als etwas, das aus dem Westen kommt. Deshalb gab es in der Ukraine keine Strukturen und Spezialisten für die, die unter den Folgen des Krieges litten. Auch wir selbst waren nicht ausgebildet für den Umgang mit solchen Krisensituationen. Also haben wir uns dieses Wissen beibringen lassen von internationalen Organisationen aus Deutschland, Georgien oder den USA – und in den Osten exportiert.

**Zwischen Kiew, wo Sie arbeiten, und der Ostukraine liegen 800 Kilometer. Wäre Ihre Arbeit ohne digitale Instrumente überhaupt möglich?**

**Oksana Khmelnytska:** Nein. Allein mit dem Telefon könnten wir unsere Arbeit nicht machen. Durch die Pandemie hat auch die Digitalisierung einen großen Sprung gemacht. Wir tauschen uns aus in geschlossenen Chat-Gruppen, arbeiten in Online-Dokumenten zusammen und nutzen Chat-Apps und Videokonferenzen. Ich freue mich darauf, mich nach der Pandemie wieder mit Menschen in einem Raum treffen zu können. Aber viele digitale Instrumente werden bleiben.

**Wie beurteilen Sie den Erfolg Ihrer Arbeit?**

**Oksana Khmelnytska:** Unser Erfolg ist, dass die Menschen bereit sind, solche Angebote zu nutzen statt Alkohol zu trinken oder Drogen zu nehmen. Nach dem Ausbruch des

Kriegs interessierten sich die Menschen nur für materielle Unterstützung. Unsere Arbeit besteht wesentlich darin zu zeigen, welche Möglichkeiten es bei häuslicher Gewalt, posttraumatischem Stress, Depressionen oder Angstzuständen überhaupt gibt.

**Und welche Folgen haben die stetigen Desinformationskampagnen für die Gesellschaft?**

**Oksana Khmelnytska:** Die Propaganda ist allgegenwärtig. Sie findet immer neue Themen. Das zieht zusätzliche Ängste und Destabilisierung nach sich. Das Ergebnis ist ein Verlust von Vertrauen in die Regierung und ein Verlust von Solidarität. Das spaltet nicht nur Russland und die Ukraine, sondern reicht bis tief in die Familien. Prognosen sprechen davon, dass eine Versöhnung, wenn überhaupt möglich, mindestens zwei Generationen brauchen wird.

## Kurz und knapp

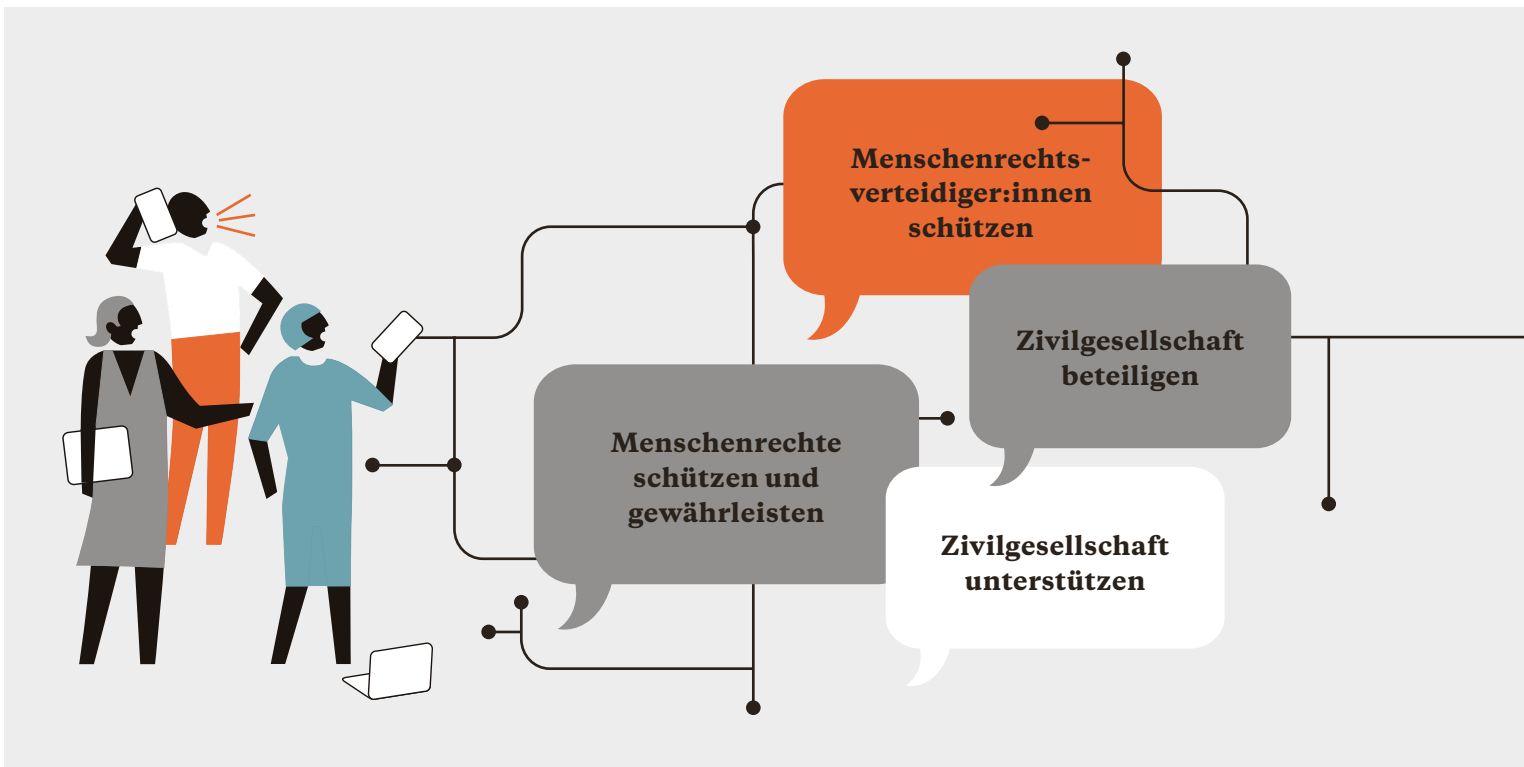
**Unser Partner:** Mental Health Service

**Wie entstanden?** 2014 (seit 2019 unter heutigem Namen)

**Projektgebiet:** Südostukraine, Region Kiew und Belarus

**Schwerpunkt:** Therapeutische Arbeit mit Menschen, die durch Krieg, Folter, Flucht, Spaltung und anhaltende Krise traumatisiert sind. Fortbildung, Austausch und gegenseitige Unterstützung der Fachkolleginnen. Zivile Konfliktbearbeitung und Versöhnung.

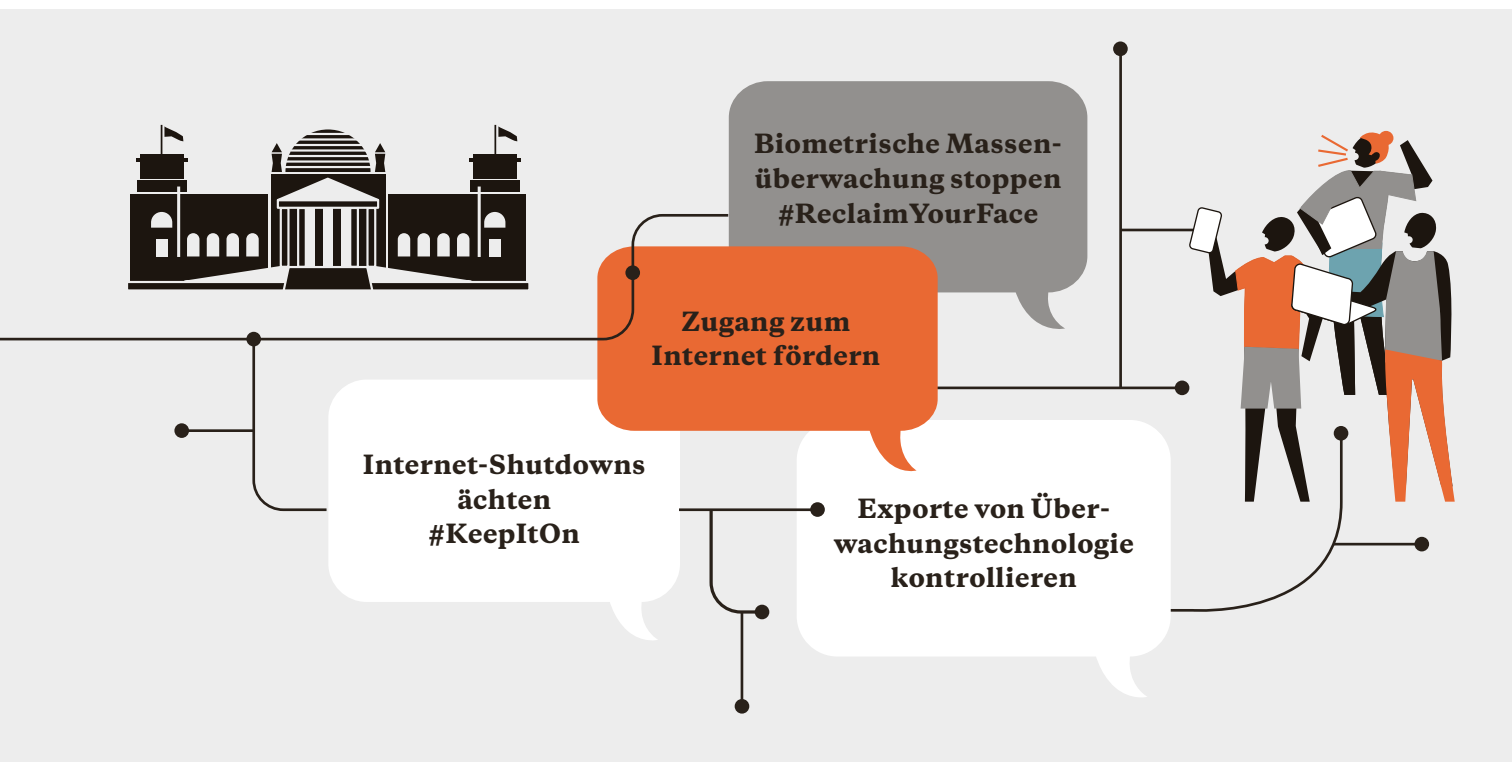
**Weitere Infos:** <https://mhs.org.ua/>



## Unsere Forderungen

### Bundesregierung und Bundestag sollten sicherstellen, dass ...

- die universellen **Menschenrechte** – auch im digitalen Raum – geschützt und garantiert werden.
- zivilgesellschaftliche Akteur:innen weltweit gefördert werden und sich **ohne Angst** vor Verfolgung und Repression für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung einsetzen können.
- sich die Zivilgesellschaft und besonders vulnerable und **benachteiligte** Gruppen überall effektiv an politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entscheidungen beteiligen können.
- Vereine in Deutschland, die sich zu allgemeinpolitischen Themen und für das Gemeinwohl engagieren, als **gemeinnützig** anerkannt werden – und dafür einen entsprechenden Rechtsrahmen schaffen.
- sich deutsche **Botschaften** stärker als bislang weltweit für Menschenrechte, deren Verteidiger:innen und die Handlungsräume der Zivilgesellschaft einsetzen.
- die eigenen **außenwirtschaftlichen** und außenpolitischen Entscheidungen Menschenrechte nicht verletzen.
- der **Export** von Überwachungsprodukten bis auf Einzelfallgenehmigungen verboten wird.
- der Zugang zum Internet für alle und die Förderung von Medien- und **Digitalkompetenz** wesentliche Bestandteile von Entwicklungszusammenarbeit werden – auch mittels Schulungen von Journalist:innen und Menschenrechtler:innen in digitaler Selbstverteidigung oder durch Faktencheck-Projekte.
- die Entwicklungszusammenarbeit bei der Förderung von Digitalprojekten im Globalen Süden größeres Augenmerk auf effektiven Verbraucher- und **Datenschutz** legt.
- die Entwicklung und Nutzung nicht-kommerzieller digital-sozialer Infrastrukturen als **Alternative** zu Plattformen wie Facebook gefördert wird.
- auf Netzsperrern, **Uploadfilter** und andere Regulierungsmaßnahmen für den digitalen Raum, die sich als Zensurinfrastruktur missbrauchen lassen, verzichtet wird.
- algorithmische Systeme, die autonom entscheiden oder bei der Entscheidungsfindung helfen, nur nach umfassender **Risikoprüfung** für Grundrechte und Diskriminierungsfreiheit eingeführt werden.
- Unternehmen und staatliche Stellen Betroffene immer proaktiv darüber informieren, wenn eine Entscheidung über sie algorithmengestützt getroffen wurde. **Transparenz** über die Inputdaten und die Prognoseparameter muss gewährleistet werden.



## Die Bundesregierung sollte sich verstärkt dafür einsetzen, dass ...

- andere Regierungen Menschenrechtsverteidiger:innen **freilassen**, die aufgrund ihrer Arbeit inhaftiert wurden.
- sich die Zivilgesellschaft und besonders vulnerable und benachteiligte Gruppen auch in anderen Ländern effektiv an politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entscheidungen **beteiligen** können.
- auf internationaler Ebene ein völkerrechtlicher Rahmen entsteht, in dem die Pflichten der Staaten und die **Verantwortung** der Unternehmen im digitalen Raum im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsstandards und -normen festgelegt werden.
- die EU die Macht großer Social-Media-Plattformen (zum Beispiel im Rahmen des Digital Services Acts und Digital Markets Act) demokratisch einhegt, mit Vorgaben für die Qualität der Moderation von Inhalten, einem Verbot von verhaltensbasiertem Microtargeting und einer **Entflechtung** marktdominanter Akteure.
- die EU-Institutionen **Gesichtserkennung** und andere Formen der biometrischen Überwachung im Rahmen des AI Act als Hochrisikotechnologie einstufen und ein Moratorium für die Nutzung von Gesichtserkennung im öffentlichen Raum verabschieden.
- die EU bei der Regulierung von Kommunikationsplattformen und digitaler Öffentlichkeit mit gutem Beispiel vorangeht: klare Definition und Begrenzung von verbotenen Inhalten, **Verpflichtung** zur Bereitstellung von Widerspruchs- und Put-Back-Mechanismen, keine Automatisierung von diffizilen Abwägungsentscheidungen über die Meinungsfreiheit.
- Regierungen anderer Länder Vorschriften zum Schutz personenbezogener Daten und des Rechts auf **Privatsphäre** verabschieden und umsetzen.
- die Zensur einzelner Dienste sowie Internet-Shutdowns als Verstöße gegen die Menschenrechte **geächtet** werden.
- weltweit **überwachungssichere** digitale Infrastrukturen zum Standard werden und ein internationales Recht auf verschlüsselte Kommunikation eingeführt wird.
- staatliche und multilaterale Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit die Förderung **biometrischer** Datenbanken aufgrund von Sicherheitslücken und Missbrauch kritisch prüfen.

# Quellen/Endnoten

## Teil 1

1 CIVICUS: People Power Under Attack 2021, 12.2021, <https://civicus.contentfiles.net/media/assets/file/2021GlobalReport.pdf>

2 CIVICUS: Global press release, People Power Under Attack 2021, 08.12.2021, <https://findings2021.monitor.civicus.org/rating-changes.html>

3 CIVICUS-Monitor: Methodology, People Power Under Attack 2021, 2021, <https://findings2021.monitor.civicus.org/methodology.html>

4 Reporter ohne Grenzen: Jahresbilanz der Pressefreiheit, 12.2021, <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/jahresbilanz/2021>

5 Reporter ohne Grenzen: Rangliste der Pressefreiheit, 04.2021, <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/rangliste-2021>

6 Front Line Defenders: Global Analysis 2020, 02.2021, [https://www.frontlinedefenders.org/sites/default/files/fld\\_global\\_analysis\\_2020.pdf](https://www.frontlinedefenders.org/sites/default/files/fld_global_analysis_2020.pdf)

7 Global Witness: Last line of defence, 09.2021, <https://www.globalwitness.org/en/campaigns/environmental-activists/last-line-defence/>

## Teil 2

### Internet und Zivilgesellschaft: Der digitale Raum wird enger

8 John Perry Barlow: A Declaration of the Independence of Cyberspace, Electronic Frontier Foundation, 08.02.1996, <https://www.eff.org/cyberspace-independence>

9 Freedom House: Freedom on the Net 2021, 2021, [https://freedomhouse.org/sites/default/files/2021-09/FOTN\\_2021\\_Complete\\_Booklet\\_09162021\\_FINAL\\_UPDATED.pdf](https://freedomhouse.org/sites/default/files/2021-09/FOTN_2021_Complete_Booklet_09162021_FINAL_UPDATED.pdf)

10 Nashilongweshipwe Mushaandja: Legt alles still, Analyse und Kritik, 11.11.2020, <https://www.akweb.de/bewegung/shut-it-all-down-namibia-proteste/>

11 Reset./pollytix: Hass in Sozialen Medien, 16.07.2021, [https://public.reset.tech/documents/210802\\_Reset\\_pollytix\\_Hass\\_im\\_Netz.pdf](https://public.reset.tech/documents/210802_Reset_pollytix_Hass_im_Netz.pdf)

12 Jana Ballweber/Ingo Dachwitz: Microtargeting. Wie Trump Millionen Schwarze Amerikaner:innen mit gezielter Werbung vom Wählen abhalten wollte, Netzpolitik.org, 01.10.2020, <https://netzpolitik.org/2020/microtargeting-wie-trump-millionen-schwarze-amerikanerinnen-mit-gezielter-werbung-vom-waehlen-abhalten-wollte/>

13 Thomas Rudl: Studie zeigt Schwächen bei Gesetz gegen Hassrede auf, Netzpolitik.org, 24.03.2021, <https://netzpolitik.org/2021/netzwerkdurchsetzungsgesetz-studie-zeigt-schwaechen-bei-gesetz-gegen-hassrede-auf/>

14 Suzanne Maloney/Eliora Katz: Iran and the headscarf protests, The Brookings Institution, 24.01.2019, <https://www.brookings.edu/opinions/iran-and-the-headscarf-protests/>

15 Chika Oduah: The revolution will be hashtagged, Rest of the World, 09.12.2020, <https://restofworld.org/2020/the-revolution-will-be-hashtagged/>

16 Access Now: Shattered Dreams and Lost Opportunities. A year in the fight to #KeepItOn, 03.2021, [https://www.accessnow.org/cms/assets/uploads/2021/03/KeepItOn-report-on-the-2020-data\\_Mar-2021\\_3.pdf](https://www.accessnow.org/cms/assets/uploads/2021/03/KeepItOn-report-on-the-2020-data_Mar-2021_3.pdf)

17 Zeit Online: Human Rights Watch kritisiert türkisches Social-Media-Gesetz, 01.10.2020, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-10/meinungsfreiheit-tuerkei-social-media-gesetz-kritik>

### Facebook: Brandbeschleuniger für Konflikte

18 David Pierce/Anna Kramer: Here are all the Facebook Papers stories, Protocol Media, 25.10.2021, <https://www.protocol.com/facebook-papers>

19 United Nations Human Rights Council: Report of the independent international fact-finding mission on Myanmar, 17.09.2018, [https://www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HRCouncil/FFM-Myanmar/A\\_HRC\\_39\\_CRP.2.pdf](https://www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HRCouncil/FFM-Myanmar/A_HRC_39_CRP.2.pdf)

20 Elisa Mackintosh: Facebook knew it was being used to incite violence in Ethiopia. It did little to stop the spread, documents show, Cable News Network, 25.10.2021, <https://edition.cnn.com/2021/10/25/business/ethiopia-violence-facebook-papers-cmd-intl/index.html>

21 Shoshana Zuboff: Im Zeitalter des Überwachungskapitalismus, Netzpolitik.org, 12.06.2019, <https://netzpolitik.org/2019/im-zeitalter-des-ueberwachungskapitalismus/>

22 Jeremy Merrill/Will Oremus: Five points for anger, one for a 'like': How Facebook's formula fostered rage and misinformation, The Washington Post, 26.10.2021, <https://www.washingtonpost.com/technology/2021/10/26/facebook-angry-emoji-algorithm/>

### Kontrolle durch biometrische Überwachung

23 World Bank Group: ID4D. G2Px.2021 Annual Report, 2021, <http://id4d.worldbank.org>

24 Pam Dixon: A Failure to 'Do no harm' – India's Aadhaar biometric ID program and its inability to protect privacy in relation to measures in Europe and the U.S., in: Health and Technology, Volume 7, Issue 4, S. 539–567, 12.2017

25 Human Rights Watch: India: Identification Project Threatens Rights, 13.01.2018, <https://www.hrw.org/news/2018/01/13/india-identification-project-threatens-rights>

### Überwachungsstaat: Made in Europe

26 Privacy International: The Global Surveillance Industry, 16.02.2018, <https://www.privacyinternational.org/explainer/1632/global-surveillance-industry>

27 Andre Meister: Wie westliche Firmen den syrischen Überwachungsstaat aufgebaut haben, Netzpolitik.org, 13.12.2016, <https://netzpolitik.org/2016/arabischer-fruehling-als-jagdsaison-wie-westliche-firmen-den-syrischen-ueberwachungsstaat-aufgebaut-haben/>

28 Luisa Podsadny: Illegaler Export von Überwachungssoftware, Gesellschaft für Freiheitsrechte, 04.09.2020, <https://freiheitsrechte.org/export-von-ueberwachungssoftware/>

29 Sebastian Grüner: Trojanerhersteller geht in Insolvenz und wechselt Namen, Golem.de, 12.12.2021, <https://www.golem.de/news/finfisher-trojanerhersteller-geht-in-insolvenz-und-wechselt-namen-2112-161735.html>

**30** EUR-Lex: Verordnung (EU) 2021/821 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2021 über eine Unionsregelung für die Kontrolle der Ausfuhr, der Vermittlung, der technischen Unterstützung der Durchfuhr und der Verbringung betreffend Güter mit doppeltem Verwendungszweck (Neufassung), 11.06.2021, 1, [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?toc=OJ%3AL%3A2021%3A206%3ATOC&uri=uriserv%3AOJL\\_2021.206.01.0001.01.DEU](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?toc=OJ%3AL%3A2021%3A206%3ATOC&uri=uriserv%3AOJL_2021.206.01.0001.01.DEU)

**31** Alexander Fanta: EU verwässert neue Regeln für Überwachungsexporte, Netzpolitik.org, 10.11.2020, <https://netzpolitik.org/2020/dual-use-verordnung-eu-verwaessert-neue-regeln-fuer-ueberwachungsexporte/>

### Wenn Menschen über Maschinen entscheiden

**32** Alexander Fanta: Jobcenter-Algorithmus landet vor Höchstgericht, Netzpolitik.org, 28.01.2021, <https://netzpolitik.org/2021/oesterreich-jobcenter-algorithmus-landet-vor-hoehstgericht/>

**33** Jürgen Holl/Günter Kernbeiß/Michael Wagner-Pinter: Das AMS-Arbeitsmarktchancen-Modell. Dokumentation zur Methode, Synthesis Forschung, 10.2018, [https://www.ams-forschungsnetzwerk.at/downloadpub/arbeitsmarktchancen\\_methode%20dokumentation.pdf](https://www.ams-forschungsnetzwerk.at/downloadpub/arbeitsmarktchancen_methode%20dokumentation.pdf)

**34** Florian Cech et al.: Dem AMS-Algorithmus fehlt der Beipackzettel, Futurezone.at, 03.10.2019, <https://futurezone.at/meinung/dem-ams-algorithmus-fehlt-der-beipackzettel/400636022>

**35** Chris Köver: Streit um den AMS-Algorithmus geht in die nächste Runde, Netzpolitik.org, 10.10.2019, <https://netzpolitik.org/2019/streit-um-den-ams-algorithmus-geht-in-die-naechste-runde/>

**36** Chris Köver: Mal sehen, was der Computer sagt. Netzpolitik.org, 30.11.2019, <https://netzpolitik.org/2019/mal-sehen-was-der-computer-sagt/>

**37** Jürgen Holl/Günter Kernbeiß/Michael Wagner-Pinter: Das AMS-Arbeitsmarktchancen-Modell. Dokumentation zur Methode, Synthesis Forschung, 10.2018, [https://www.ams-forschungsnetzwerk.at/downloadpub/arbeitsmarktchancen\\_methode%20dokumentation.pdf](https://www.ams-forschungsnetzwerk.at/downloadpub/arbeitsmarktchancen_methode%20dokumentation.pdf)

**38** Ilja Braun: High-Risk Citizens, Algorithm Watch, 04.07.2018, <https://algorithmwatch.org/en/high-risk-citizens/>

**39** Urteil des Den Haager Gerichts vom 05.02.2020, <https://linkedata.overheid.nl/front/portal/document-viewer?ext-id=ECLI:NL:RBDHA:2020:1878>

**40** Koen Vervloesem: How Dutch activists got an invasive fraud detection algorithm banned. Algorithm Watch, 06.04.2020, <https://algorithmwatch.org/en/syri-netherlands-algorithm/#:~:text=How%20Dutch%20activists%20got%20an%20invasive%20fraud%20detection,public%20organizations%20to%20think%20about%20less%20repressive%20alternatives.>

**41** Human Rights Watch: How the EU's Flawed Artificial Intelligence Regulation Endangers the Social Safety Net: Questions and Answers, 10.11.2021, <https://www.hrw.org/news/2021/11/10/how-eus-flawed-artificial-intelligence-regulation-endangers-social-safety-net>

## Teil 3

### Mexiko: Verwandt und ausgespäht

**42** Forbidden Stories: Carmen Aristegui. Mexico, o. D., <https://forbiddenstories.org/journaliste/carmen-aristegui/>

**43** Aristegui Noticias: Filtran contrato que comprueba que PGR compró Pegasus, 29.06.2017, <https://aristeguinoticias.com/editorial/2906/mexico/filtran-contrato-que-comprueba-que-pgr-compro-pegasus/>

**44** Oded Yaron: Wanted Mexican Official Linked to NSO Spyware Deal 'Seeks Asylum in Israel', Haaretz, 26.01.2021, <https://www.haaretz.com/israel-news/tech-news/premium-wanted-mexican-official-linked-to-nso-deal-asks-for-asylum-in-israel-1.9483711>

**45** John Scott-Railton et al.: Investigation Into Mexican Mass Disappearance Targeted with NSO Spyware, The Citizen Lab, 10.07.2017, <https://citizenlab.ca/2017/07/mexico-disappearances-nso/>

**46** Nina Lakhani: Fifty people linked to Mexico's president among potential targets of NSO clients, The Guardian, 19.07.2021, <https://www.theguardian.com/news/2021/jul/19/fifty-people-close-mexico-president-amlo-among-potential-targets-nso-clients>

**47** Dana Priest/Craig Timberg/Souad Mekhennet: Private Israeli spyware sued to hack cellphones of journalists, activists worldwide, The Washington Post, 18.07.2021, <https://www.washingtonpost.com/investigations/interactive/2021/nso-spyware-pegasus-cellphones/>

### Indonesien: Eine Allzweckwaffe gegen Kritik

**48** Asienhaus: Indonesisches Omnibusgesetz: Solidarität mit den Protesten gegen Sozialabbau und Umweltzerstörung, 10.10.2020, <https://www.asienhaus.de/nc/aktuelles/detail/indonesisches-omnibusgesetz-solidaritaet-mit-den-protesten-gegen-sozialabbau-und-umweltzerstoerung/>

**49** The EcoSoc Institute: Country Study Indonesia for Brot für die Welt, 2018

**50** Westpapua Netzwerk: NGO-Studie belegt wirtschaftliche Interessen hinter illegalen Militäroperationen in Intan Jaya, 26.08.2021, <https://www.westpapuanetz.de/aktuelles/1814-ngo-studie-belegt-wirtschaftliche-interessen-hinter-illegalen-militaeroperationen-in-intan-jaya>

**51** Stop the Criminalization, Protect the Right to Freedom of Expression in Indonesia!, o. D., [https://www.change.org/p/stop-criminalization-against-human-right-defender-protect-the-right-to-freedom-of-expression-in-indonesia-poldametrojaya-jokowi-dr-moeldoko?utm\\_source=share\\_petition&utm\\_medium=custom\\_url&recruited\\_by\\_id=8782f440-c7c2-11e9-a985-4bb917b5e87f](https://www.change.org/p/stop-criminalization-against-human-right-defender-protect-the-right-to-freedom-of-expression-in-indonesia-poldametrojaya-jokowi-dr-moeldoko?utm_source=share_petition&utm_medium=custom_url&recruited_by_id=8782f440-c7c2-11e9-a985-4bb917b5e87f)

**52** Front Line Defenders: Human rights defenders Egi Primayogha and Miftachul Choir reported to the police on charges of defamation, o. D., <https://www.frontlinedefenders.org/en/case/human-rights-defenders-egi-primayogha-and-miftachul-choir-reported-police-charges-defamation-o>

**53** Voi: Sit Down On The Case Of Moeldoko's Report To ICW And The Latest Developments In This Case, 11.09.2021, <https://voi.id/en/bernas/84189/sit-down-on-the-case-of-moeldokos-report-to-icw-and-the-latest-developments-in-this-case>

**54** Sydney Allen: Indonesian official tries to silence Greenpeace activists, changes course amid criticism, Global Voices, 19.11.2021, <https://globalvoices.org/2021/11/19/indonesian-official-tries-to-silence-greenpeace-activists-changes-course-amid-criticism/>

**55** Tri Indah Oktavianti/Budi Sutrisno: New 'virtual police' adds to fears over loss of online civic space, civil freedoms, The Jakarta Post, 19.03.2021, <https://www.thejakartapost.com/news/2021/03/19/new-virtual-police-adds-to-fears-over-loss-of-online-civic-space-civil-freedoms.html>

**56** Freedom House: Freedom on the net 2021. Indonesia, 2021, <https://freedomhouse.org/country/indonesia/freedom-net/2021>

### **Tansania: Als habe jemand den Stecker gezogen**

**57** Johannes Dietrich: Wahlen in Tansania. Wie ein Oppositioneller tapfer gegen die Regierungspartei antritt, 27.10.2020, <https://www.tagesspiegel.de/politik/wahlen-in-tansania-wie-ein-oppositioneller-tapfer-gegen-die-regierungspartei-antritt/26313844.html>

**58** Fumbuka Ng'wanakilala: Tanzania orders all unregistered bloggers to take down their sites, Reuters, 11.06.2018, <https://www.reuters.com/article/us-tanzania-internet-idUSKBN1J71W6>

**59** Dickens Olewe: Tanzania 'using Twitter's copyright policy to silence activists', BBC News, 22.12.2020, <https://www.bbc.com/news/world-africa-55186932>

**60** Zaina Foundation: Report on internet shutdowns in Tanzania, 09.09.2020, <https://zainafoundationtz.org/report-on-internet-shutdowns-in-tanzania/>

**61** Moses Owiny/Sheetal Kumar: Disconnecting from Cyberstability. An Assessment of how Internet Shutdowns in the Democratic Republic of Congo, Tanzania, and Uganda Undermine Cyberstability, The Hague Centre for Strategic Studies and the Global Commission on the Stability of Cyberspace, 09.2021, <https://cyberstability.org/wp-content/uploads/2021/09/Disconnecting-From-Cyberstability-1.pdf>

**62** France 24: Samia Suluhu Hassan sworn in as Tanzania's first female president, 19.03.2021, <https://www.france24.com/en/africa/20210319-samia-suluhu-hassan-sworn-in-as-tanzania-s-first-female-president>

**63** Alloyce Kimbunga: Auch Mütter dürfen lernen, taz.de, 02.12.2021, <https://taz.de/Maedchenbildung-in-Tansania/!5819663/>

**64** Fritz Schaap: Eine Chance für Tansania, Der Spiegel, 27.03.2021, <https://www.spiegel.de/ausland/tansania-samia-suluhu-hassan-ist-eine-chance-fuer-das-land-a-f5fedoeb-eef9-49e8-92fo-80bfe0c9007c>

### **Ukraine: Lügen als Waffe**

**65** Andrew Higgins: Fake News, Fake Ukrainians: How a Group of Russians Tilted a Dutch Vote, The New York Times, 16.02.2017, <https://www.nytimes.com/2017/02/16/world/europe/russia-ukraine-fake-news-dutch-vote.html>

**66** Bundeszentrale für politische Bildung: Vor fünf Jahren: Russlands Annexion der Krim, 18.03.2019, <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/287565/krim-annexion>

**67** Council on Foreign Relations: Conflict in Ukraine, o. D., <https://www.cfr.org/global-conflict-tracker/conflict/conflict-ukraine>

**68** Viktoria Morasch: „Die meisten Leute sind naiv“, taz.de, 27.07.2015, <https://taz.de/Journalistin-ueber-gefaelschte-Nachrichten/!5215634/>

**69** Evolution of Russian Narratives about Ukraine and their export to Ukrainian Media Space, [https://drive.google.com/file/d/1x5y7qQjFWosCHwJzJoDU\\_5LL29WZZZd/view](https://drive.google.com/file/d/1x5y7qQjFWosCHwJzJoDU_5LL29WZZZd/view)

**70** Erik Albrecht: Evolution of Russia's informational warfare in Ukraine: Interview with Olga Yurkova of StopFake, Deutsche Welle, 02.07.2019, <https://www.dw.com/en/evolution-of-russias-informational-warfare-in-ukraine-interview-with-olga-yurkova-of-stopfake/a-49443961>

**71** „Hunderttausende. Wie groß ist das Publikum der (pro) russischen Medien in der Ukraine?“, <https://texty.org.ua/projects/103537/pro-audytoriyu-prorosijskyh-media-v-ukrayini/?fbclid=IwAR3sp95Wwum4i9hznZHGzUwDot67Fh8hKJIBsPLtFbvDs3ZSuvoBJc3CwZc>

**72** Lennart Maschmeyer: Digitale Desinformation: Erkenntnisse aus der Ukraine, CSS Analysen zur Sicherheitspolitik, Nr. 278, 02.2021, <https://css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/CSSAnalyse278-DE.pdf>

**73** Toni Michel: Graustufen, Konrad-Adenauer-Stiftung, 28.09.2021, <https://www.kas.de/de/web/auslandsinformationen/artikel/detail/-/content/greyscales>



# Digital gerecht.



# Digital ungerecht.

Im Globalen Süden haben die meisten keinen Internetzugang: In Afrika südlich der Sahara sind es drei von vier Menschen. Damit Arm und Reich nicht noch weiter auseinanderdriften, setzt sich Brot für die Welt für eine faire Digitalisierung ein. **#digitalgerecht**



Mitglied der **actalliance**

Würde für den Menschen.

Verfolgt, diskriminiert, verhaftet, getötet – die Unterdrückung der Zivilgesellschaft nimmt weltweit zu. Nur rund drei Prozent aller Menschen leben in Ländern mit uneingeschränkten zivilgesellschaftlichen Freiheiten. In vielen Ländern haben sich auch 2021 die Bedingungen weiter verschlechtert, unter denen Menschen ihre Meinung äußern oder für ihre Rechte kämpfen können.

Brot für die Welt gibt den Atlas der Zivilgesellschaft jährlich in Kooperation mit CIVICUS heraus, einem weltweiten Netzwerk für Bürgerbeteiligung. In dieser Ausgabe verdeutlichen Berichte aus fünf Weltregionen sowie aus den Ländern Indonesien, Mexiko, Tansania und Ukraine die gegenwärtige Situation. Ein eigener Schwerpunkt illustriert, wie die Digitalisierung viele Entwicklungen noch verstärkt – aber auch Menschen dabei hilft, mit ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement jene besser erreichen zu können, die Hilfe benötigen.

In mehr als 90 Ländern befähigt Brot für die Welt arme und ausgegrenzte Menschen, aus eigener Kraft ihre Lebenssituation zu verbessern. Schwerpunkte der Arbeit sind: Neue Armut- und Hungerkrisen bewältigen, den Klimawandel bekämpfen, Konflikte um Ressourcen und Gemeingüter überwinden, Frauen und Frauenrechte stärken sowie den digitalen Wandel gerecht gestalten.

#### **Brot für die Welt**

Evangelisches Werk für Diakonie  
und Entwicklung e. V.

---

Caroline-Michaelis-Straße 1  
10115 Berlin

---

Telefon +49 30 65211 0  
Fax +49 30 65211 3333  
info@brot-fuer-die-welt.de

#### **Spenden**

Brot für die Welt  
Bank für Kirche und Diakonie  
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00  
BIC: GENODED1KDB

---

www.brot-fuer-die-welt.de  
www.brot-fuer-die-welt.de/  
atlas-zivilgesellschaft

20,00 Euro [D]  
20,60 Euro [A]  
www.oekom.de

